

WILSON. DER KRIEG. DER FRIEDE

WILSON. DER KRIEG. DER FRIEDE



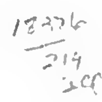

W69pr





WOODROW WILSON

Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika



Präsident Wilson

DER KRIEG * DER FRIEDE

Sammlung der Erklärungen
des Präsidenten
der Vereinigten Staaten von
Amerika über Krieg und Frieden
Vom 20. Dezember 1916 bis zum
27. September 1918

KOMMISSIONS-VERLAG:
ART. INSTITUT ORELL FÜSSLI
ZÜRICH

1918





Sammlung von Erklärungen
des Präsidenten
der Vereinigten Staaten von Amerika
über
Krieg und Frieden.

Woodrow WILSON

Geboren am 28. Dezember 1856, entstammt einer Familie schottischen und irländischen Ursprungs.

Absolvierte seine Studien auf der Universität Princeton.

Rechtsgelehrter, Universitäts-Professor, Schriftsteller.

Präsident der Universität Princeton von 1902 bis 1910.

Staatsgouverneur von New Jersey von 1911 bis 1913.

Präsident der Vereinigten Staaten, gewählt im Jahre 1912, wiedergewählt im Jahre 1916.

Verfasser von:

Die Kongress-Regierung (eine Studie über das politische System Amerikas), 1885.

Der Staat (Handbuch der Staatswissenschaften in geschichtlicher und praktischer Darstellung), 1889.

Geschichte des amerikanischen Volkes, 1902.

Die neue Freiheit (Kanditatur-Reden zur Präsidentschaft), 1913.



VORBEMERKUNG

Der vorliegenden Sammlung der Reden und Botschaften des Präsidenten Wilson über die wichtigen Fragen, die zurzeit alle Völker beschäftigen, möchte ich in meiner Eigenschaft als Bürger der Vereinigten Staaten eine kurze Bemerkung anschliessen.

Die Erklärungen des Präsidenten Wilson haben in der Presse wohl eine gewisse Verbreitung gefunden. Ihre Übersetzung erwies sich aber nicht immer als genau und vollständig. Aus diesem Grunde habe ich mich zur Herausgabe dieser kleinen Sammlung entschlossen. Dieselbe bietet dem Publikum nicht nur die sinngetreue Wiedergabe der Gedanken des Präsidenten Wilson, sondern sie zeigt auch die von den Vereinigten Staaten in diesem Krieg getätigte Politik, sowie deren Endzweck in ihrem vollen Umfang auf.

Um die eigene Urteilsbildung des Lesers nicht zu beeinträchtigen, sehe ich sowohl von einem Vorwort als von einer Einleitung ab. Übrigens ragt Präsident Wilson aus den gegenwärtigen Zeitläufen dermassen hervor, dass er auch den europäischen Völkern nicht erst vorgestellt zu werden braucht.

Ich habe mich darauf beschränkt, dem Wortlaut der einzelnen Botschaften und Reden eine kurze Inhaltsangabe voranzustellen.

T. H. Mac Carthy.

Zürich,
15. Oktober 1918.

Anmerkung. — Die Aufnahme, die der vorliegenden Sammlung der Reden und Botschaften des Präsidenten Wilson in verschiedenen Ländern zuteil geworden ist, macht es mir zur Pflicht, sie in einer weiteren Übersetzung erscheinen zu lassen. T. H. Mac C.



NOTE DES PRÄSIDENTEN WILSON

an die deutsche Regierung durch Vermittlung des Botschafters der Vereinigten Staaten.

N. B. Dieselbe Note wurde allen kriegführenden Mächten am 20. Dezember 1916 übersandt.

> Präsident WILSON ersucht die kriegführenden Mächte, ihre Kriegsziele genau zu bestimmen.
> Die Grundprinzipien sind anscheinend auf beiden Seiten dieselben.
> Es bedarf jedoch noch genauer Angaben über deren Anwendung von Fall zu Fall.
> Solange diese nicht erfolgen, vermag die Welt die Bedingungen nicht näher zu prüfen, unter denen der von allen ersehnte allgemeine und dauerhafte Friede erfolgen soll.

Ew. Exzellenz beehre ich mich ergebenst mitzuteilen, dass der Präsident der Vereinigten Staaten mir Weisung erteilt hat, durch Vermittlung Ew. Exzellenz bei der kaiserlich deutschen Regierung ein Verfahren mit Bezug auf den gegenwärtigen Krieg in Anregung zu bringen. Der Präsident hofft, dass die kaiserlich deutsche Regierung dasselbe in Erwägung ziehen werde als eine Anregung, die in freundschaftlichster Gesinnung erfolgt, und zwar nicht nur von einem Freunde, sondern zugleich von dem Vertreter einer neutralen Nation, deren Interessen durch den Krieg ernstlichst in Mitleidenschaft gezogen worden sind und deren Interesse an einer baldigen Beendigung des Krieges sich



daraus ergibt, dass sie offenkundig genötigt würde, Bestimmungen über den bestmöglichsten Schutz ihrer Interessen zu treffen, falls der Krieg fortdauern sollte.

Der Präsident hat sich schon lange mit dem Gedanken getragen, die Anregung, zu deren Übermittlung ich Weisung habe, zu geben. Er erhebt ihn im gegenwärtigen Augenblick nicht ohne eine gewisse Verlegenheit, weil derselbe jetzt den Anschein erwecken könnte, als sei er veranlasst von dem Wunsche, im Zusammenhang mit dem jüngsten Vorschlag der Zentralmächte eine Rolle zu spielen. Tatsächlich ist der ursprüngliche Gedanke des Präsidenten in keiner Weise auf diese Schritte zurückzuführen, und der Präsident hätte mit seinem Vorschlag gewartet, bis diese Vorschläge unabhängig davon beantwortet worden wären, wenn seine Anregung nicht auch die Frage des Friedens beträfe, die am besten im Zusammenhang mit anderen dahinzielenden Vorschlägen erörtert wird. Der Präsident bittet nur, dass seine Anregung für sich allein nach ihrem eigenen Werte und so beurteilt werde, als wäre sie unter anderen Verhältnissen gegeben worden.

Der Präsident regt an, dass baldigst Veranlassung genommen werde zu dem Behuf, von allen jetzt kriegführenden Staaten ihre Ansichten über die Bedingungen zu erfahren, unter denen der Krieg zum Abschluss gebracht werden könnte, sowie über die Vorkehrungen, die gegen eine Wiederholung des Krieges oder Entfachung irgendeines ähnlichen Konfliktes in Zukunft eine hinreichende Sicherheit leisten könnten, so zwar, dass sich die Möglichkeit böte, sie offen zu vergleichen. Der Präsident stellt die Wahl der zur Erreichung dieses Zieles geeigneten Mittel anheim. Er ist gerne bereit, zur Erreichung dieses Zweckes in jeder annehmbaren Weise seinerseits Beihilfe zu leisten oder sogar die Initiative zu ergreifen. Er wünscht jedoch nicht die Art und Weise und die Mittel zu bestimmen; jede Art und Weise wird ihm genehm sein, wenn nur das grosse Ziel, das er im Auge hat, erreicht wird.

Der Präsident nimmt sich die Freiheit, darauf hinzu-



weisen, dass die Ziele, die die Staatsmänner beider kriegführenden Parteien in diesem Kriege im Sinne haben, ihrem Wesen nach die gleichen sind. Sie haben sie ja in allgemeinen Worten ihren eigenen Völkern und der Welt kundgegeben. Beide Parteien wünschen für die Zukunft das Recht und die Freiheiten schwacher Völker und kleiner Staaten ebenso gegen die Unterdrückung oder Vernichtung gesichert zu sehen, wie die Rechte und Freiheiten der grossen und mächtigen Staaten, die jetzt Krieg führen. Jeder wünscht, sich neben allen anderen Nationen und Völkern in Zukunft sicher gestellt zu sehen gegen die Wiederkehr eines Krieges wie des gegenwärtigen, sowie gegen Angriffe und eigennützige Störungen jeder Art. Jeder glaubt, die Bildung weiterer gegnerischer Vereinigungen, die unter wachsendem Argwohn ein unsicheres Gleichgewicht der Mächte herbeiführen würden, mit Misstrauen befürchten zu sollen. Aber jeder ist bereit, die Bildung einer Liga von Nationen in Erwägung zu ziehen, die den Frieden und die Gerechtigkeit in der ganzen Welt gewährleistet. Ehe jedoch dieser letzte Schritt getan werden kann, hält jede Partei es für notwendig, zunächst die mit dem gegenwärtigen Krieg verknüpften Fragen unter Bedingungen zu lösen, die die Unabhängigkeit und Unverletzlichkeit des Gebiets, sowie die politische und wirtschaftliche Freiheit der an dem Kriege beteiligten Nationen sicher verbürgen.

Volk und Regierung der Vereinigten Staaten haben an den Massnahmen, die in Zukunft den Frieden der Welt sicherstellen sollen, ein ebenso dringendes wie unmittelbares Interesse, wie die jetzt im Kriege befindlichen Regierungen. Ihr Interesse an den Massnahmen, die ergriffen werden müssen, um die kleineren und schwächeren Völker der Welt vor Gefahren der Zufügung eines Unrechts und der Vergewaltigung zu schützen, ist ebenso lebhaft und brennend, wie das irgendeines anderen Volkes oder einer anderen Regierung. Das amerikanische Volk und seine Regierung sind bereit, ja sie sehnen sich darnach, nach der Beendigung des Krieges bei der Erreichung dieses Zieles mitzuwirken,



aber zuerst muss der Krieg beendigt sein. Die Vereinigten Staaten müssen es sich versagen, Bedingungen vorzuschlagen, auf Grund deren der Krieg beendigt werden soll, aber der Präsident erachtet es als sein Recht und seine Pflicht, das Interesse der Vereinigten Staaten an der Beendigung des Krieges darzutun, damit die Erreichung der grossen Ziele, die sich nach der Beendigung des Krieges auftun, nicht einst zu spät wird, damit die Lage der neutralen Staaten, die jetzt schon äusserst drückend ist, nicht ganz unerträglich wird und damit vor allem nicht die Zivilisation einen durch nichts zu sühnenden und unausheilbaren Schaden erleidet. Der Präsident fühlt sich daher durchaus im Recht, wenn er die Schaffung einer alsbaldigen Gelegenheit zum Meinungsaustausch über die Bedingungen anregt, die abschliessenden Vereinbarungen über den Weltfrieden vorausgehen müssen und, wie dies jedermann wünscht, bei denen die neutralen Staaten ebenso wie die kriegführenden bereit sind, in voll verantwortlicher Weise mitzuwirken. Wenn der Kampf bis zum unabsehbaren Ende durch langsame Aufreibung fortdauern soll, bis die eine oder die andere Gruppe der Kriegführenden erschöpft ist, wenn Millionen und aber Millionen Menschen weiter geopfert werden sollen, bis auf der einen oder der anderen Seite nichts mehr zu opfern ist, wenn eine Erbitterung entfacht werden soll, die niemals mehr gedämpft werden kann, und eine Verzweiflung erzeugt wird, von der sich niemand erholen kann, dann werden die Hoffnungen auf den Frieden und ein freiwilliges Zusammenarbeiten freier Völker vereitelt und vernichtet. Das Leben der ganzen Welt ist tief in Mitleidenschaft gezogen. Jeder Teil der grossen Familie der Menschheit hat die Last und die Schrecken dieses noch nie erlebten Waffenganges tief empfunden. Keine Nation in der zivilisierten Welt kann tatsächlich als ausserhalb seines Einflusses stehend oder als gegen seine störenden Wirkungen gesichert erachtet werden. Doch die konkreten Ziele, für die der Kampf geführt wird, sind niemals endgültig festgestellt worden. Die Führer der verschiedenen kriegführenden Mächte haben, wie gesagt, diese Ziele in allge-



meinen Wendungen aufgestellt. Aber in allgemeinen Ausdrücken gehalten, erscheinen sie als die gleichen auf beiden Seiten. Bisher haben die verantwortlichen Wortführer auf beiden Seiten kein einziges Mal die genauen Ziele angegeben, die, wenn sie erreicht würden, sie und ihre Völker so zufriedenstellen würden, dass der Krieg nun auch wirklich zu Ende gekämpft wäre.

Der Welt ist es überlassen, zu vermuten, welche endgültigen Ergebnisse, welche tatsächlichen wechselseitigen Garantien, welche politischen und territorialen Veränderungen oder Verschiebungen, ja selbst welches Stadium des militärischen Erfolges dem Krieg ein Ziel setzen würde. Vielleicht ist der Friede näher als wir glauben, vielleicht sind die Bedingungen, auf denen zu bestehen die beiden kriegführenden Parteien für nötig halten, nicht so unvereinbar als manche fürchten, vielleicht könnte ein Meinungsaustausch wenigstens den Weg zu einer Konferenz ebnen, vielleicht könnte so schon die nächste Zukunft auf ein dauerndes Einvernehmen der Nationen hoffen und sich ein Zusammenschluss der Nationen alsbald verwirklichen.

Der Präsident schlägt keinen Frieden vor, er bietet nicht einmal seine Vermittelung an. Er regt nur an, dass man prüfe, damit die neutralen und kriegführenden Staaten erfahren, wie nahe wohl das Ziel des Friedens sein mag, wonach die ganze Menschheit mit heissem, wachsendem Begehren sich sehnt. Der Präsident glaubt, dass der Geist, in dem er spricht, und die Ziele, die er anstrebt, von allen Beteiligten verstanden werden. Er hofft und vertraut auf eine Antwort, die ein neues Licht in die Angelegenheiten der Welt bringen wird.

REDE DES PRÄSIDENTEN WILSON

an den Senat der Vereinigten Staaten (22. Januar 1917).

> Die Antwort der Mittelmächte auf den Anruf des Präsidenten ist weit weniger bestimmt, als die der Entente-Mächte.
>
> Amerika kann im Verein mit den andern Nationen erst dann in Tätigkeit treten, wenn der Friede, der für die Zukunft gesichert werden soll, wirklich einer Wahrung und Aufrechterhaltung würdig ist.
>
> Die Bedingungen des neuen Friedensvertrags, zu dem wir gelangen müssen, dürfen nicht etwa eine neue, mehr oder weniger verrückbare Verteilung des Gleichgewichts der feindlichen Kräfte enthalten, sondern sie müssen allen, den Kleinen wie den Grossen, die Verwirklichung eines geordneten Rechtszustandes und der Freiheit sichern.
>
> Die Meere müssen allen offen stehen, die Kriegsrüstungen müssen eingeschränkt werden; das demokratische Prinzip bezüglich der Selbstregierung der Völker muss allüberall anerkannt werden.

Meine Herren!

Am 18. Dezember vorigen Jahres habe ich an die Regierungen der kriegführenden Staaten eine gleichlautende Note gerichtet, in der sie ersucht werden, die Bedingungen, unter denen sie den Friedensschluss für möglich halten, genauer festzulegen, als dies bis dahin aus einem der feindlichen Lager geschehen war. Ich sprach im Namen der Menschheit und der Rechte aller neutralen Staaten (zu denen auch unser Staat gehört), deren vitalste Interessen zum Teil durch den Krieg fortwährend gefährdet werden. Die Mittelmächte antworteten mit einer Note, die einfach besagte, dass sie bereit seien, mit ihren Gegnern zu einer Beratung zusammenzutreten, um die Friedensvorschläge zu erörtern. Die Mächte



der Entente haben viel ausführlicher geantwortet und, wenn auch nur in allgemeinen Umrissen, so doch mit genügender Bestimmtheit die Regelungen, Bürgschaften und Ersatzleistungen angegeben, die als unerlässliche Bedingung einer befriedigenden Lösung erscheinen. Dadurch sind wir der endgültigen Erörterung des Friedens, der den gegenwärtigen Krieg beenden soll, um soviel näher gekommen; so stehen wir auch um soviel näher vor der Erörterung über das internationale Übereinkommen, das nachher der ganzen Welt den Frieden aufrecht erhalten muss.

In jeder Erörterung über den Frieden, der diesen Krieg beenden muss, wird vorausgesetzt, dass auf diesen Krieg ein bestimmtes Einvernehmen unter den Mächten folgen muss, welches den Wiederausbruch einer so weltverheerenden Sturmflut wie die gegenwärtige, so gut wie ausschliesst. Für jeden Menschenfreund, jeden vernünftig denkenden Menschen muss dies als ausgemacht gelten.

Ich habe diese Gelegenheit, mich an Sie zu wenden, herbeigewünscht, weil ich es Ihnen als dem mir zur endgültigen Feststellung unserer internationalen Verpflichtungen beigegebenen Rate schuldig zu sein glaube, Ihnen rückhaltlos die Gedanken und die Absichten klarzulegen, die in meinem Geiste Gestalt angenommen haben, bezüglich der an unsere Regierung zu dem Zeitpunkt herantretenden Pflicht, an dem die Grundsteinlegung für einen Völkerfrieden auf einer neuen Grundlage und nach einer neuen Ordnung vorgenommen werden muss.

Es ist undenkbar, dass das Volk der Vereinigten Staaten bei diesem grossen Unternehmen keine Rolle spielen sollte. Die Teilnahme an einem solchen Dienste wird die Gelegenheit sein, für welche sich unser Volk schon durch die Prinzipien und Zwecke seiner Politik, sowie durch die bewährte Praxis seiner Regierungsform von jeher vorzubereiten bestrebt war, seit den Tagen, da es eine neue Nation begründete in der hohen und edlen Erwartung, dass diese in ihrem ganzen Wesen und Handeln der Menschheit den Weg zur Freiheit zeigen möchte. Unser Volk kann im Hinblick auf seine Ehre

sich diesem Dienste nicht entziehen, zu dem nunmehr herausgefordert werden soll. Es wünscht auch nicht, denselben zu verweigern, sondern es ist sich selbst und den anderen Nationen der Welt schuldig, die Bedingungen festzustellen, unter denen es sich imstande fühlen wird, Hilfe zu bringen.

Dieser Dienst besteht in nichts weniger als in folgendem: ihr Gewicht und ihre Macht dem Gewicht und der Macht anderer Nationen anzufügen, um den Frieden und das Recht auf der ganzen Welt zu sichern. Eine derartige Regelung kann jetzt nicht länger verschoben werden. Es ist in Ordnung, dass, bevor es dazu kommt, unsere Regierung offen die Bedingungen ausspricht, unter denen sie sich für berechtigt hielt, von unserem Volke die Zustimmung zum ausdrücklichen und feierlichen Beitritt zu einer Friedensliga zu verlangen. Ich beabsichtige nun hier an die Feststellung dieser Bedingungen heranzutreten.

* * *

Zuerst muss der gegenwärtige Krieg beendet werden. Aber die Aufrichtigkeit und die der öffentlichen Meinung schuldige Achtung erheischen eine Erklärung unsererseits darüber, dass, soweit unsere Teilnahme an der Verbürgung des künftigen Friedens in Frage kommt, ein unwesentlicher Unterschied darin liegt, auf welchem Wege und unter welchen Bedingungen dieser Krieg beendet wird. Die Verträge und Übereinkommen, die ihn beenden, müssen die Bedingungen verwirklichen, die einen Frieden schaffen, welcher wert ist, verbürgt und erhalten zu werden, einen Frieden, der den Sonderinteressen und gegenwärtigen Ansprüchen der beteiligten Staaten dienen wird. Wir sollen keine Stimme bei der Feststellung des Wesens dieser Bedingungen haben, aber wir sollen — ich bin davon überzeugt — eine Stimme haben bei der Festsetzung, ob diese Bedingungen von den Bürgen eines allumfassenden Bundes dauerhaft gestaltet werden sollen oder nicht, und unser Urteil über das, was eine grund-

legende und wesentliche Bedingung der Beständigkeit ist, sollte jetzt und nicht nachher ausgesprochen werden, wenn es zu spät sein könnte.

Ein Friedensbund, der nicht auf dem Zusammenwirken beruht, der nicht die Völker der neuen Welt in sich schliesst, ist unfähig, die Zukunft vor dem Kriege zu sichern, und doch gibt es nur eine Art Frieden, dessen Verbürgung die Völker von Amerika sich anschliessen könnten. Die Elemente dieses Friedens müssten Elemente sein, welche das Vertrauen der amerikanischen Regierung verdienen und ihren Prinzipien entsprechen, Elemente, welche mit dem politischen Glauben und den praktischen Überzeugungen übereinstimmen, die die Völker von Amerika sich zu eigen gemacht und deren Verteidigung sie übernommen haben.

Ich will nicht sagen, dass irgendeine amerikanische Regierung irgendwie sich irgendwelchen Friedensbedingungen entgegenstellen würde, über welche die gegenwärtig kriegführenden Regierungen sich einigen möchten, noch dass sie es versuchen würde, solche Vereinbarungen, wenn sie geschlossen worden sind, welcher Art sie auch immer sein mögen, umzustos en. Ich halte es lediglich für eine anerkannte Tatsache, dass blosse Friedensvereinbarungen zwischen den Kriegführenden nicht einmal die Kriegführenden selbst befriedigen werden. Blosse Vereinbarungen dürften den Frieden nicht sichern. Es wird unbedingt nötig sein, dass eine Kraft geschaffen wird, die imstande ist, die Dauerhaftigkeit der Abmachungen zu verbürgen, eine Kraft, weit grösser als diejenige irgendeines der bisher gebildeten oder geplanten Bündnisse, so zwar, dass keine Nation und keine voraussichtliche Vereinigung von Nationen in Gegensatz zu ihr treten oder ihr Widerstand entgegensetzen könnte. Wenn der jetzt zu schliessende Frieden dauerhaft sein soll, so muss es ein Frieden sein, der gesichert erscheint durch eine organisierte Kraft der Menschheit. Von den Bestimmungen des unmittelbaren Friedens, auf den man sich geeinigt haben wird, wird es abhängen, ob es ein Frieden ist, für den eine solche Bürgschaft geleistet werden kann. Die Frage, von der



für die Zukunft der Friede und die politische Gestaltung der Welt in ihrer Gesamtheit abhängt, ist die: ist der gegenwärtige Krieg ein Kampf um einen gerechten und sicheren Frieden oder geht er nur um die Bildung eines neuen Gleichgewichts der Kräfte? Wenn es nur ein Kampf um ein neues Gleichgewicht ist, wer will, wer kann die Stabilität der neuen Vereinbarung verbürgen? Nur ein ruhiges Europa kann ein dauerhaftes Europa sein. Nicht ein Gleichgewicht, sondern eine Gemeinsamkeit der Macht ist notwendig, nicht eine organisierte Nebenbuhlschaft, sondern ein organisierter Gemeinfriede.

Glücklicherweise haben wir über diesen Punkt sehr ausführliche Versicherungen erhalten. Die Staatsmänner der beiden jetzt gegeneinander stehenden Völkergruppen haben in nicht misszuverstehender Weise erklärt, dass es nicht in ihrer Absicht liege, ihre Gegner zu vernichten. Aber es dürfte vielleicht nicht allen klar sein, welche Folgen diese Erklärungen in sich bergen. Die Auffassung hierüber mag vielleicht auch nicht dieselbe auf beiden Seiten des Wassers sein. Ich halte es für zweckdienlich, auseinanderzusetzen, was nach unserer Meinung in diesen Versicherungen eingeschlossen liegt.

Vor allem ist der Gedanke einbegriffen, dass es ein Frieden werden muss ohne Sieg. Diese Äusserung mag wohl unangenehm klingen. Ich möchte dies nach meiner Auffassung auslegen. Möge es wohl verstanden werden, dass ich keine andere Deutung im Sinne habe. Ich suche lediglich die wirklichen Tatsachen ins Auge zu fassen, ohne mir etwas davon zu verheimlichen oder zu beschönigen. Der Sieg würde einen Frieden bedeuten, der den Besiegten aufgezwungen würde. Friedensbedingungen bedeuten, die dem Besiegten aufgedrungen würden. Dies würde als Demütigung und Härte, als ein unerträgliches Opfer hingenommen werden; es würde einen Stachel, einen Groll, ein bitteres Gedenken hinterlassen, eine Basis, auf der das Friedensgebäude nicht in dauerhafter Weise, sondern nur wie auf Flugsand stehen würde. Nur ein Friede unter Gleichberechtigten kann Dauer



haben — nur ein Frieden, dessen Grundprinzip die Gleichheit und die gemeinsame Teilhaberschaft an den gemeinsamen Vorteilen ist. Das Recht ist für einen dauerhaften Frieden ebenso notwendig, wie die gerechte Lösung der streitigen Gebietsfragen oder der Fragen der Stammesanhänglichkeit oder der Staatszugehörigkeit eines Volkes. Die Gleichwertigkeit der Nationen, auf die der Friede, wenn er dauerhaft sein soll, gegründet werden muss, muss eine Gleichberechtigung sein. Die gegenseitigen Bürgschaften dürfen einen Unterschied zwischen den grossen und kleinen Nationen, mächtigen und schwachen Völkern weder ausdrücklich anerkennen, noch stillschweigend in sich schliessen. Das Recht muss begründet sein auf der gemeinsamen Kraft, nicht auf der Kraft der einzelnen Nationen, von deren Zusammenwirken der Friede abhängen wird. Eine Gleichheit der Gebiete oder der wirtschaftlichen Hilfsmittel kann es natürlich nicht geben, ebensowenig irgendeine andere Art der Gleichheit, die sich nicht aus der gewöhnlichen, friedlichen, gesetzmässigen Entwicklung der Völker selbst ergäbe. Aber niemand verlangt oder erwartet irgend etwas mehr als die Gleichheit der Rechte. Die Menschheit hält jetzt Ausschau nach der Freiheit des Lebens, nicht nach dem Gleichgewicht der Macht. Und etwas Tieferes, als nur die Gleichberechtigung unter den organisierten Völkern liegt darin. Kein Friede kann dauern, oder verdient zu dauern, der nicht den Grundsatz anerkennt und annimmt, dass die Regierungen alle ihre rechtmässige Macht aus der Zustimmung der Regierten ableiten, dass es nirgends ein Recht gibt, demzufolge die Völker von Machthaber zu Machthaber abgetreten werden können, gleich als ob sie deren Eigentum wären. Ich halte es, wenn ich ein einzelnes Beispiel herausnehmen darf, für eine feststehende Tatsache, dass die Staatsmänner überall darüber einig sind, dass es ein einheitliches, unabhängiges und selbständiges Polen geben sollte, dass weiterhin die unverletzliche Sicherheit des Lebens, der Religionsübung, sowie der individuellen und sozialen Entwickelung allen Völkern gewährleistet werden sollte, die bis jetzt unter der Macht von Regierungen gelebt



haben, die einem ihnen feindlichen Glaubensbekenntnis und ihnen entgegengesetzten Zielen huldigten.

Wenn ich hiervon spreche, so geschieht dies nicht, weil ich wünsche, ein abstraktes politisches Prinzip aufzustellen, das denen, die sich um den Aufbau der Freiheit in Amerika bemüht haben, immer sehr teuer war, sondern es geschieht dies aus denselben Gründen, aus denen ich von anderen Friedensbedingungen gesprochen habe, die mir offenkundig als unerlässlich erscheinen, weil ich aufrichtig wünsche, die wirklichen Verhältnisse darzulegen. Irgendein Friede, der diesen Grundsatz nicht anerkennt und annimmt, wird unvermeidlich umgestossen werden. Er wird nicht auf den Neigungen oder Überzeugungen der Menschheit fussen. Der Geist ganzer Völker wird sich gegen ihn richten und ihn beständig bekämpfen, und die ganze Welt wird mit ihnen sympathisieren. Die Welt kann nur dann in Frieden bestehen, wenn ihr Leben auf einer dauerhaften Grundlage beruht, und eine dauerhafte Grundlage kann nicht vorhanden sein, wo der Wille sich auflehnt, wo die Ruhe des Geistes und das Gefühl der Gerechtigkeit, der Freiheit und des Rechtes fehlen.

Soweit möglich, sollte überdies jedem grossen Volk, das jetzt nach der vollen Entwicklung seiner natürlichen Hilfsmittel und seiner innern Kräfte strebt, der unmittelbare Zugang zu den grossen Heeresstrassen der See gesichert sein. Wo dies durch Gebietsabtretungen nicht bewerkstelligt werden kann, wird es zweifellos durch Neutralisierung gewisser Zufahrtstrassen unter der Gesamtgarantie erreicht werden können, die eine Sicherung für den Frieden selbst bietet. Trifft man eine Vereinbarung nach Billigkeitsrücksichten, so braucht keine Nation vom Zugang zu den offenen Strassen des Welthandels ferngehalten zu werden.

Der Seeweg muss gleichfalls de jure et de facto freigehalten werden. Die Freiheit der Meere ist eine *conditio sine qua non* für den Frieden, für die Gleichheit und gemeinschaftliche Tätigkeit. Viele der bis jetzt in allgemeiner Geltung stehenden Regeln internationaler Gebräuche müssen zweifelsohne einer



gründlichen Umarbeitung unterworfen werden, um die Freiheit der Meere tatsächlich zu gewährleisten und deren gemeinsame Benutzung für die Menschen unter allen Umständen zu sichern. Aber der Beweggrund zur Einführung derartiger Änderungen ist überzeugend und zwingend; ohne diese Änderung kann es kein Vertrauen und keine innigen Beziehungen unter den Völkern geben. Der ununterbrochene, freie, unbedrohte Verkehr von Volk zu Volk ist ein wesentlicher Teil des Friedens- und des Entwicklungsprozesses. Es braucht nicht nötigerweise schwer zu sein, die Freiheit des Meeres festzustellen oder zu verbürgen, wenn die Regierungen der Welt den aufrichtigen Willen haben, hierüber zu einer Verständigung zu gelangen. Dies ist ein Problem, das mit der Einschränkung der Seerüstungen und mit der Zusammenarbeit der Flotten der Welt zur Schaffung eines freien und gesicherten Seeverkehrs enge verknüpft ist. Und die Frage der Verminderung der Seestreitkräfte stellt uns auch vor die grössere und vielleicht noch schwierigere Frage, wie die Landheere und jegliches Programm militärischer Rüstungen einer Verminderung unterworfen werden können. So schwierig und heikel diese Fragen auch sein mögen, sie müssen mit absoluter Unvoreingenommenheit betrachtet und im Sinne eines aufrichtigen Verständigungswillens gelöst werden, wenn anders der Friede eine Besserung bringen und von Dauer sein soll.

Ohne Opfer und Zugeständnisse ist der Friede unmöglich. Das Gefühl der Ruhe und der Sicherheit wird niemals unter den Völkern heimisch werden, wenn grosse, übermächtige Heere allseits auch in Zukunft aufgerichtet und aufrechterhalten werden. Die Staatsmänner der Welt müssen für den Frieden arbeiten und die Völker müssen ihre Politik dieser Anschauungsweise anpassen, so wie sie sich bisher auf den Krieg, auf den erbitterten Kampf und auf das rohe Ringen vorbereitet haben. Die Frage der Rüstungen, gleichviel, ob zu Wasser oder zu Lande, ist jene Frage, mit welcher das künftige Geschick der Völker und des Menschengeschlechtes in der unmittelbarsten und innigsten Weise verbunden ist.

Ich habe über diese grossen Dinge rückhaltlos und mit der grössten Deutlichkeit gesprochen, weil mir dies notwendig erschien, wenn anders der sehnliche Wunsch der Welt nach Frieden irgendwo frei zu Worte und zum Ausdruck gelangen soll. Ich bin vielleicht der einzige Mensch in hoher, verantwortungsvoller Stellung unter allen Völkern der Welt, der sich frei aussprechen kann und nichts zu verschweigen braucht. Ich spreche als Privatmann und doch natürlich zugleich auch als verantwortliches Haupt einer grossen Regierung. Ich bin überzeugt, dass ich gesagt habe, was das Volk der Vereinigten Staaten von mir erwartet. Darf ich noch hinzufügen, dass ich, wie ich hoffe und glaube, tatsächlich für die Freisinnigen und Freunde der Menschheit und jedes freiheitlichen Programms in jedem Volke spreche. Gern würde ich mich dem Glauben hingeben, dass ich auch im Sinne der stummen Masse der Menschheit allerorten spreche, die noch keine Gelegenheit hatte, ihren wirklichen Empfindungen über das Hinsterben und den Ruin Ausdruck zu verleihen, von denen sie die ihr teuersten Menschen und Staaten heimgesucht sieht.

Wenn ich der Erwartung Ausdruck gebe, dass Volk und Regierung der Vereinigten Staaten sich den übrigen zivilisierten Völkern der Erde zur Sicherung eines dauerhaften Friedens auf Grund der von mir dargelegten Bedingungen anschliessen werden, so spreche ich dies mit um so grösserer Kühnheit und Zuversicht aus, als es für jeden Denkenden klar ist, dass in einer solchen Verheissung keine Abweichung von unseren nationalen Überlieferungen, noch auch von unserer nationalen Politik vorliegt, sondern dass darin vielmehr die Erfüllung alles dessen enthalten ist, was wir verkündet oder was wir angestrebt haben. Ich schlage daher vor, die Völker möchten sich einmütig die Doktrin des Präsidenten Monroe als Doktrin der Welt zu eigen machen, die besagt, dass kein Volk darnach streben sollte, seine Regierungsform auf irgendein anderes Volk oder eine andere Nation auszudehnen und dass es vielmehr einem jeden Volke, dem kleinen sowohl wie dem grossen und mächtigen, frei-



stehen sollte, seine Regierungsform und seinen Entwicklungsgang unbehindert, unbedroht und uneingeschüchtert selbst zu bestimmen.

Ich schlage vor, in Zukunft möchten es alle Völker unterlassen, sich in Bündnisse zu verwickeln, die sie in den Wettbewerb um die Macht hineintreiben, in ein Netz von Intriguen und eigennütziger Nebenbuhlerschaften verstricken und ihre eigenen Angelegenheiten durch Einflüsse verwirren, die von aussen hineingetragen werden. In der Vereinigung der Mächte gibt es keine verstrickenden Allianzen. Wenn sich alle vereinigen, um in demselben Geiste zu demselben Zwecke sich zu betätigen, dann handeln und wirken alle in dem gemeinsamen Interesse zum Genuss der Freiheit und des eigenen Lebens unter gemeinsamem Schutz.

Ich schlage überall die Regierung mit der Zustimmung der Regierten vor; ich schlage jene Freiheit der Meere vor, die in vielen internationalen Konferenzen sämtliche Vertreter des Volkes der Vereinigten Staaten mit Beredsamkeit als überzeugte Anhänger der Freiheit verfochten haben, und dann eine Einschränkung der Rüstungen, so zwar, dass die Heere und Flotten lediglich ein Werkzeug der Ordnung, nicht aber eine Waffe für einen Angriff oder für eigensüchtige Gewalttätigkeit werden.

Dies sind amerikanische Grundsätze und amerikanische Richtlinien. Für andere könnten wir nicht eintreten. Es sind die Grundsätze und Richtlinien weitsichtiger Männer und Frauen allerorts in jedem neuzeitlichen Volk und jedem aufgeklärten Gemeinwesen. Es sind die Grundsätze der Menschheit, sie müssen zur Geltung gelangen.



REDE DES PRÄSIDENTEN WILSON

an den Kongress (3. Februar 1917).

> Deutschland hat unter Missachtung der im vergangenen Jahre den Vereinigten Staaten gegebenen ausdrücklichen Versicherungen den uneingeschränkten Unterseeboot-Krieg erklärt. Amerika muss dagegen seine Rechte wahren und sieht sich daher gezwungen, die diplomatischen Beziehungen mit Deutschland abzubrechen. Es hofft zwar noch, dass letzteres seinen Entschluss nicht durchführen wird, und dass dann der Krieg vermieden werden könnte.

Meine Herren!

Die kaiserlich deutsche Regierung hat unterm 31. Januar meiner Regierung und denen der andern neutralen Mächte mitgeteilt, dass sie vom 1. Februar ab eine neue Verwendungsweise ihrer Unterseeboote einschlagen werde gegen jeglichen Seeverkehr, der bestimmte Zonen auf dem offenen Meer durchfahren würde. Ich erachte es also als meine Pflicht, Ihre Aufmerksamkeit auf diese Tatsache zu lenken.

Es sei mir daher gestattet, den Kongress daran zu erinnern, dass unsere Regierung am letzten 8. April anlässlich der ohne Warnung erfolgten Torpedierung des Dampfers „*Sussex*", wodurch der Tod mehrerer Bürger der Vereinigten Staaten verursacht wurde, an die kaiserliche Regierung eine Note gerichtet hat. In dieser Note wurde folgende Erklärung abgegeben:

„Wenn die kaiserlich deutsche Regierung darauf besteht, mittels der Unterseeboote gegen die Handelsschiffe einen rücksichts- und unterschiedslosen Krieg fortzusetzen, ohne sich darum zu kümmern, was die Regierung der Vereinigten

Staaten als die geheiligten und unbestreitbaren Gesetze des internationalen Rechts und als die allüberall anerkannten Gebote der Menschlichkeit betrachten muss, dann sieht sich die Regierung der Vereinigten Staaten zu dem Schlusse gezwungen, dass sie nur noch einen Weg einschlagen kann. „Wenn die kaiserliche Regierung nicht unverzüglich die Aufgabe dieser Betätigung des Unterseekriegs gegen Handels- oder Passagier-Schiffe erklärt und bewirkt, dann bliebe der Regierung der Vereinigten Staaten keine andere Wahl, als ihre diplomatischen Beziehungen mit dem Deutschen Reich abzubrechen.“

Auf diese Erklärung hat die Kaiserliche Regierung unserer Regierung die folgende Versicherung erteilt: „Die deutsche Regierung will ein letztes dazu beitragen, um — solange der Krieg noch dauert — die Beschränkung der Kriegführung auf die kämpfenden Streitkräfte zu ermöglichen, ein Ziel, das die Freiheit der Meere einschliesst und in dem sich die Deutsche Regierung mit der Regierung der Vereinigten Staaten auch heute noch einig glaubt. Von diesem Gedanken geleitet, teilt die Deutsche Regierung der Regierung der Vereinigten Staaten mit, dass Weisung an die deutschen Seestreitkräfte ergangen ist, in Beobachtung der allgemeinen völkerrechtlichen Grundsätze über Anhaltung, Durchsuchung und Zerstörung von Handelsschiffen auch innerhalb des Seekriegsgebiets Kauffahrteischiffe nicht ohne Warnung und Rettung der Menschenleben zu versenken, es sei denn, dass sie fliehen oder Widerstand leisten.

„In dem Daseinskampf, den Deutschland zu führen gezwungen ist, kann ihm jedoch von den Neutralen nicht zugemutet werden, sich mit Rücksicht auf ihre Interessen im Gebrauch einer wirksamen Waffe Beschränkungen aufzuerlegen, wenn seinen Gegnern gestattet bleibt, ihrerseits völkerrechtswidrige Mittel nach Belieben zur Anwendung zu bringen.

„Ein solches Verlangen würde mit dem Wesen der Neutralität unvereinbar sein. Die deutsche Regierung ist überzeugt, dass der Regierung der Vereinigten Staaten eine der-

artige Zumutung fernliegt; dies entnimmt sie aus der wiederholten Erklärung der Amerikanischen Regierung, dass sie allen Kriegführenden gegenüber die verletzte Freiheit der Meere wiederherzustellen entschlossen sei."

Die Regierung der Vereinigten Staaten hat in ihrer Antwort vom 8. Mai erklärt, dass sie diese Versicherung natürlich entgegennehme, hat aber hinzugefügt:

„Die Regierung der Vereinigten Staaten erachtet es als notwendig, zu betonen, dass sie es für sicher hält, dass die Kaiserliche Regierung damit nicht sagen wolle, die Aufrechterhaltung dieser nunmehr angekündigten Politik hänge irgendwie vom Gang oder von dem Ergebnis einer diplomatischen Verhandlung zwischen der Regierung der Vereinigten Staaten und der Regierung einer andern kriegführenden Macht ab, obwohl einige Stellen der Note der Kaiserlichen Regierung vom 4. Mai anscheinend eine solche Auslegung zulassen würden. Auf jeden Fall und um jedem Missverständnis vorzubeugen, teilt die Regierung der Vereinigten Staaten der Kaiserlichen Regierung mit, dass sie keinen Augenblick den Hinweis in Betracht ziehen, noch viel weniger in Erörterung ziehen kann, dass seitens der deutschen Marinebehörden die Achtung vor den Rechten der amerikanischen Bürger auf dem Meere im geringsten von der Haltung einer andern Regierung gegenüber den Rechten der Neutralen und der nicht im Kriege befindlichen Personen abhänge. Die Verantwortlichkeit in dieser Beziehung ist persönlich, nicht gemeinschaftlich, absolut, nicht relativ."

Auf diese Note vom 8. Mai hat die kaiserliche Regierung nicht geantwortet.

Am 31. Januar (Mittwoch dieser Woche) hat der deutsche Botschafter dem Staatssekretär eine amtliche Note überreicht mit einer Denkschrift, welche die nachstehenden Erklärungen enthielt:

„Die kaiserliche Regierung zweifelt nicht, dass die Regierung der Vereinigten Staaten die Lage begreift, in die Deutschland durch die rohe Kampfesweise der Verbündeten gedrängt ward, sowie durch deren offenkundigen Entschluss, die Mittel-



mächte zu vernichten; die Vereinigten Staaten werden ferner begreifen, dass die nunmehr öffentlich kundgegebene Absicht der Verbündeten, Deutschland die Freiheit der Handlung wiedergibt, die es in seiner am 4. Mai 1916 an die Regierung der Vereinigten Staaten gerichteten Note verlangt hat. Unter diesen Umständen wird Deutschland auf die ungesetzlichen Massnahmen seiner Feinde dadurch antworten, dass es nach dem 1. Februar 1917 jegliche Schiffahrt, die neutrale wie die übrige von oder nach Frankreich, England und Italien mit Gewalt verhindern wird, in der Zone, welche diese Länder umgibt, sowie im östlichen Becken des Mittelländischen Meeres. Jedes Fahrzeug, das in diesen Zonen getroffen wird, wird versenkt werden."

Ich denke, Sie werden mit mir darin übereinstimmen, dass angesichts dieser Erklärung, die plötzlich und ohne vorherige Mitteilung irgendwelcher Art vorsätzlich die formellen Versicherungen zurückzieht, welche in der deutschen Note vom 4. Mai gegeben wurden, der Regierung der Vereinigten Staaten keine andere Wahl bleibt, die sich mit der Würde und der Ehre der Vereinigten Staaten vereinbaren lässt, als den Weg einzuschlagen, den sie in ihrer Note vom 8. April für den Fall ankündigte, dass die deutsche Regierung sich weigern würde, ihren Verzicht auf die Art der Führung des Unterseebootkrieges, die sie damals betätigte und zu der zurückzukehren sie nun beabsichtigt, zu erklären und denselben ausführen würde.

Ich beauftragte deshalb den Staatssekretär, Sr. Exzellenz dem deutschen Botschafter mitzuteilen, dass die diplomatischen Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und dem deutschen Reich abgebrochen sind, dass der amerikanische Botschafter in Berlin sofort abberufen wird, und dass Sr. Exzellenz die Pässe ausgehändigt werden.

Trotz dieses unerwarteten Vorgehens der deutschen Regierung und dieses plötzlichen bedauerlichen Widerrufs ihrer in einem Augenblick der kritischen Spannung in den zwischen den beiden Mächten bestehenden Beziehungen unserer Regierung gegebenen Versicherungen, weigere ich mich, zu



glauben, dass die deutschen Behörden tatsächlich das zu tun beabsichtigen, wozu sie sich, wie sie uns bekannt gegeben haben, für berechtigt halten. Ich bringe es nicht über mich, zu glauben, dass sie jede Rücksicht auf die alte Freundschaft der beiden Völker oder auf die wechselseitigen feierlichen Verpflichtungen ausser Acht setzen und in mutwilliger Durchführung des angekündigten unbarmherzigen Flottenprogramms amerikanische Schiffe und Menschenleben vernichten werden. Nur wirkliche offenkundige Taten ihrerseits können mich selbst jetzt zu diesem Glauben veranlassen.

Wenn mein eingewurzeltes Vertrauen in ihre Besonnenheit und ihre kluge Umsicht sich unglücklicherweise als unbegründet erweisen sollte, wenn amerikanische Schiffe und Menschenleben in leichtfertiger Übertretung der recht- und vernunftmässigen Gebote des Völkerrechtes und der offenkundigen Grundsätze der Menschlichkeit seitens ihrer Marine-Befehlshabern geopfert werden sollten, so würde ich mich erneut an den Kongress wenden, und ihn um die Ermächtigung ersuchen, die Mittel anwenden zu können, die notwendig sein würden, um unsere Seeleute und Bürger in der Ausübung ihrer friedlichen und rechtmässigen Obliegenheiten auf dem offenen Meere zu schützen. Ich kann nicht weniger tun, und ich setze als sicher voraus, dass alle neutralen Regierungen denselben Weg einschlagen werden.

Wir wünschen keinen bewaffneten Konflikt mit der kaiserlich deutschen Regierung. Wir sind aufrichtige Freunde des deutschen Volkes, und es ist unser heisser Wunsch, den Frieden mit der Regierung aufrecht zu erhalten, die in dessen Namen spricht. Wir werden nicht glauben, dass es uns feindlich gesinnt ist, ausser wenn und bis wir einmal dazu gezwungen werden, und wir beabsichtigen nichts anderes, als eine vernunftgemässe Verteidigung der unzweifelhaften Rechte unseres Volkes. Wir verfolgen keine egoistischen Zwecke. Wir suchen nur den uralten Grundsätzen unseres Volkes dem Sinne nach und in der Tat treu zu bleiben, so wie ich dieselben in meiner Botschaft an den Kongress vor zwei Wochen darzulegen mich bemüht habe. Wir möchten

nur unser Recht auf Freiheit, Gerechtigkeit und ein unangefeindetes Leben wahren. Das sind Grundlagen des Friedens, nicht des Krieges. Wir wollen mit Gottes Fügung hoffen, dass wir nicht durch Akte vorsätzlicher Ungerechtigkeit von seiten der Regierung dazu herausgefordert werden, dieselben zu verteidigen.

REDE DES PRÄSIDENTEN WILSON

zu seiner zweiten Amtsübernahme (5. März 1917).

Darstellung der Lage. Die Angriffe auf seine wesentlichen Rechte veranlassen das Volk der Vereinigten Staaten, sich zu bewaffnen und vielleicht mit Gewalt sich zu verteidigen.

Es verfolgt dabei keinerlei ehrgeizige Zwecke und weiss sich von Eroberungssucht frei. Es will lediglich aus Treue zu seinen heiligsten Überlieferungen den Grundsätzen einer freien Menschheit Geltung verschaffen.

Mitbürger!

Die vier Jahre, seit denen ich zum letzten Mal an dieser Stelle stand, weisen eine Fülle von Entscheidungen und Handlungen auf, die äusserst lebenswichtige Interessen und Folgen haben. Kein gleichlanger Zeitabschnitt unserer Geschichte war wohl so reich an bedeutsamen Reformen auf dem Gebiet unseres wirtschaftlichen und industriellen Lebens, und keiner hat so zahlreiche und hervorragende Umgestaltungen im Geiste und in den Zielen unserer Politik zu verzeichnen. Wir waren eifrig bestrebt, unser Haus in Ordnung zu setzen, die schwereren Irrtümer und Missbräuche in unserm industriellen Leben zu berichtigen, die Bestätigungen unseres Nationalgenies und unserer nationalen Tatkraft frei zu gestalten und zu erheben und unsere Politik auf eine Stufe erweiterter Auffassung der wesentlichsten Interessen unseres Volkes zu erheben.

Hierin bietet sich uns ein Stück Geschichte von eigenartiger Mannigfaltigkeit und Erhabenheit, auf die ich hier jedoch nicht näher eingehen will. Dasselbe spricht für sich

selbst und es wird mit den Jahren seinen Einfluss immer stärker geltend machen.

Es ist übrigens gar nicht an der Zeit, rückwärts zu schauen. Es sind vielmehr die Gedanken und Entwürfe für die Gestaltung der Gegenwart und der nächsten Zukunft, die uns beschäftigen müssen. Wir haben unsere geistige und unsere praktische Tätigkeit zu Beginn unserer Amtsverwaltung auf die grossen Probleme innerpolitischer Gesetzgebung gerichtet mit einem ausserordentlichen Zusammenwirken aller Kräfte und mit einem aussergewöhnlichen Erfolg. Aber in der Folgezeit haben sich uns neue Fragen aufgedrängt. Dieselben liegen unserm nationalen Leben fern, wir besitzen keinen bestimmenden Einfluss auf sie, und dennoch, trotz unseres Willens, sie von uns fern zu halten, haben sie uns stets unwiderstehlicher in ihre Strömung und in ihren Wirkungsbereich gezogen. Es war unmöglich, sich ihnen zu entziehen. Sie haben in das Leben der ganzen Welt eingegriffen, unter dieser neuartigen Aufregung und in diesem bisher ungeahnten Angstgefühl erbeben jetzt allüberall die Menschen. Es war schwierig, diese Fragen in ruhiger Überlegung zu prüfen, währenddem die Gedanken des eigenen Volkes unter der Macht ihres Einflusses hin und her wogten.

Wir sind ein sehr gemischtes Volk aus allen Teilen der Welt. Das Blut aller kriegführenden Nationen ist in uns vertreten. Zwischen uns und ihnen herrscht ein fortgesetzter, reger Verkehr auf dem Gebiet der Gedanken wie auf dem des Handels.

Von Anfang an drückte der Krieg unvermeidlicherweise unserem Geiste, unserer Industrie, unserem Handel, unserer Politik und unserer sozialen Tätigkeit sein Gepräge auf. Es war unmöglich, ihm gleichgültig oder teilnahmslos gegenüber zu stehen. Und dennoch war uns die ganze Zeit über bewusst, dass wir an diesem Kriege keinen Teil haben. Trotz vieler Meinungsverschiedenheiten wurden wir einander in diesem Bewusstsein näher gebracht. Man fügte uns zur See grosses Unrecht zu. Wir hatten aber nicht den Wunsch, mit Unrecht und Unbilden zu antworten. Wir haben uns stets das Be-



wusstsein bewahrt, dass wir uns gewissermassen abseits hielten, unter dem Bann eines Interesses, welches sich über das unmittelbare Problem des Krieges abhob.

Obwohl einige uns zugefügte Unbilden unerträglich geworden sind, waren wir uns doch stets bewusst, dass wir nichts für uns selbst wünschen, was wir nicht für die ganze Menschheit zu fordern bereit waren, nämlich redliche Beziehungen, Gerechtigkeit und die Freiheit, von dem organisierten Unrecht ungefährdet zu leben.

In diesem Gebiete und mit diesen Gedanken gelangten wir mehr und mehr zu dem Bewusstsein und der Gewissheit, dass die Rolle, die wir zu spielen wünschten, eben die Rolle derjenigen war, die für die Verteidigung und die Stärkung des Friedens eintreten wollen. Wir mussten uns bewaffnen, um unseren Anspruch auf ein gewisses Mindestmass von Recht und Freiheit im Handel und Wandel durchzusetzen. Wir stehen fest in bewaffneter Neutralität, weil wir anscheinend auf keine andere Weise dartun können, worauf wir bestehen und was wir nicht wissen können. Es kann sogar sein, dass wir durch Umstände, nicht aber durch unseren eigenen Zweck und Wunsch zu einer regeren Behauptung unserer Rechte, wie wir sie auffassen, und zu einer mehr unmittelbaren Teilnahme an dem grossen Kampfe veranlasst werden. Aber nichts wird unsere Ideen und unseren Zweck ändern. Dieselben sind zu offenkundig, als dass sie verdunkelt werden könnten. Sie wurzeln zu tief in den Grundsätzen unseres Volkslebens, als dass sie geändert werden könnten.

Wir gehen weder auf Eroberungen noch auf Vorteile aus. Wir wünschen nichts, was nur auf Kosten eines anderen Volkes erreicht werden kann. Wir haben stets eine selbstlose Absicht feierlich verkündet, und wir sehnen uns heiss nach der Gelegenheit, zu beweisen, dass unsere Versicherungen aufrichtig sind.

Wir haben in unserem Staatswesen noch manche Verhältnisse zu läutern und der industriellen Tätigkeit unseres eigenen Lebens eine neue Auffrischung zu verleihen. Wir werden dies tun, wenn Zeit und Gelegenheit sich dazu bieten.



Aber wir besitzen die klare Einsicht, dass die grössten Aufgaben, die noch zu erfüllen sind, mit der ganzen Welt als Schaubühne und unter Mitwirkung der weitverzweigten Kräfte der ganzen Menschheit vollführt werden müssen, und wir sind eben jetzt damit beschäftigt, unsern Geist auf diese grossen Dinge vorzubereiten. Dieselben werden dem Krieg auf dem Fusse folgen und sie werden die Zivilisation erneuern.

Wir sind nicht mehr Provinzler. Die tragischen Ereignisse der dreissig Monate einer so tiefgreifenden Umwälzung, die wir durchlebt haben, haben uns zu Bürgern der ganzen Welt gemacht. Wir können nicht zurück. Unser eigenes Geschick als Nation steht auf dem Spiel, ob wir wollen oder nicht. Und doch hören wir nicht auf, Amerikaner zu sein. Wir werden dies noch mehr werden, wenn wir nur den Grundsätzen treu bleiben, in denen wir erzogen worden sind. Dieselben sind nicht die Grundsätze einer Nation oder eines Festlandes. Wir haben erkannt und wir waren stets darauf stolz, dass sie die Grundsätze einer befreiten Menschheit sind.

Wir werden daher folgende Forderungen vertreten und unterstützen, sei es im Kriege oder im Frieden: Alle Nationen haben ein gleichmässiges Interesse am Weltfrieden und an der politischen Standfestigkeit freier Völker, und sie sind in gleichem Masse für die Aufrechterhaltung derselben verantwortlich.

Das wesentliche Prinzip des Friedens ist: die tatsächliche Gleichheit der Völker in allen Fragen des Rechts und der freien Betätigung.

Der Friede kann sich nicht in gesicherter und gerechter Weise auf ein Gleichgewicht gewaffneter Mächte stützen. Die Regierungen müssen alle rechtmässige Gewalt aus der Zustimmung der Regierten ableiten, jede andere Gewalt darf nicht von den gemeinsamen Gedanken, Willensrichtungen und von den Kräften der Familie der Nationen unterstützt werden.

Die Meere müssen in gleicher Weise für den Verkehr aller Völker frei und sicher sein, nach Massgabe der durch einen gemeinsamen Vertrag und eine allseitige Zustimmung aufgestellten Bestimmungen.



Alle Nationen müssen freien Zutritt zu denselben unter den gleichen Bedingungen haben.

Die militärischen Rüstungen eines Volkes müssen ihre Schranken an den Bedürfnissen seiner innern Ordnung und seiner häuslichen Sicherheit finden.

Die Vereinigung der Interessen und Kräfte, von der in Zukunft der Friede abhängt, legt jeder Nation die Verpflichtung auf, Sicherheit darüber zu bieten, dass jede Einmischung seiner Bürger in die Angelegenheiten eines andern Staates zum Zweck der Anstiftung oder Förderung einer Revolution streng und wirksam bekämpft und niedergeschlagen wird.

Ich brauche diese Grundsätze mit Ihnen, meine Herren, nicht zu erörtern: sie sind die Ihrigen, sie bilden einen wesentlichen Teil Ihrer Gedanken und der Beweggründe Ihres Handelns. Sie blühen natürlicherweise aus unserer Heimaterde empor. Es liegt darin ein Programm über Endziele und über Taten, das wir zusammen verteidigen können. Inmitten des Feuers, in dem die ganze Welt entbrennt, ist unsere Einheit neu geschmiedet worden. In dieser Feuersbrunst hoffen wir, mit Gottes Hilfe von Klüngeln und Uneinigkeiten befreit, von den noch umherschweifenden unreinen Säften des Parteigeistes und des Eigennutzes völlig geläutert zu werden, um in künftigen Tagen aufrecht in der neubelebten Grösse unseres Nationalgeistes und Nationalstolzes vorzutreten. Möge jeder von uns darüber wachen, dass dieses heilige Gelöbnis in seinem Herzen wurzelt, dass das erhabene Ziel der Nationen als Herr über seinen Willen und seine Begierden, seinen Geist erfüllt. Ich habe mich an dieser Stelle erhoben, und ich habe den feierlichen Eid geleistet, dessen Zeugen Sie gewesen sind, weil das Volk der Vereinigten Staaten mich auserwählt hat als Träger dieser erhabenen Aufgabe, weil es mich durch sein gnädiges Urteil würdig befunden hat zur Leitung seiner Angelegenheiten. Ich bin mir nun bewusst, was diese Aufgabe in sich schliesst. Ich bin mir völlig über die Verantwortlichkeiten klar, die damit verknüpft sind. Ich bitte Gott, mir die Weisheit und Klugheit zu verleihen, die nötig sind, um in der Erfüllung meiner Pflicht dem Geist dieses grossen



Volkes treu zu bleiben. Ich bin der Diener dieses Volkes, und ich kann nur Erfolg haben, wenn es mich mit seinem Vertrauen und seinem Rat unterstützt und leitet. Das Erfordernis, auf das ich rechne, und ohne das jeder Rat und jede Handlung erfolglos blieben, besteht in der Einmütigkeit Amerikas, eines in seinen Gefühlen, seinen Absichten, der Auffassung seiner Pflicht, der bestehenden Möglichkeiten und der zweckmässigen Dienstleistungen einigen Amerikas. Wir müssen deshalb auf der Hut sein gegen jeden, der aus den neuen Aufgaben und Bedürfnissen des Landes einen persönlichen Gewinn ziehen wollte, ein Mittel, seine eigene Macht zu vergrössern.

Seien wir auf unserer Hut, auf dass kein Klüngel, keine unehrlichen Umtriebe den Einklang in unserm Volke stören und seinen Sinn beirren. Seien wir auf unserer Hut, dass nicht Unreinlichkeiten oder Bestechung sich irgendwie in unsere Regierung einschleichen. Einig in der Auffassung unserer Pflicht und in dem erhabenen Entschluss, dieselbe im Angesicht der Welt zu erfüllen, wollen wir uns der grossen Aufgabe weihen, die wir übernommen haben. Ich meinerseits ersuche um Ihrer Aller Nachsicht, Ermutigung und Unterstützung.

Die Schatten, die unsern Weg noch verdunkeln, werden sich bald zerstreuen. Wir werden im Lichte wandeln, wenn wir nur uns selbst treu bleiben, treu unserm Wesen, wie wir wünschen, dass es dem Urteil der Welt bekannt sei, allen denen, welche sich nach der Verherrlichung der Freiheit, der Gerechtigkeit und des Rechts sehnen.



REDE DES PRÄSIDENTEN WILSON

an den Kongress (2. April 1917).

> Die Vereinigten Staaten werden gerade durch die Handlungsweise der deutschen Regierung in den Krieg gedrängt.
>
> Die einfache bewaffnete Neutralität genügt nicht mehr zum wirksamen Schutz der natürlichsten Rechte des Menschenlebens.
>
> Nunmehr gilt es, den Bestrebungen einer selbstsüchtigen Autokratie mit bewaffneter Macht entgegenzutreten.
>
> Damit ändern die Vereinigten Staaten nichts an ihren ursprünglichen Beweggründen, noch auch an ihren Zielen.
>
> Als Feinde, nicht des deutschen Volkes, wohl aber der preussischen Kaste, die dasselbe regiert, und sich immer mehr als der geborene Gegner der Freiheit erweist, trachten die Vereinigten Staaten unausgesetzt darnach, den zukünftigen Frieden auf dem Einvernehmen der freien Nationen zu begründen.
>
> Im Grunde handelt es sich darum, der Demokratie die Welt wohnlich zu gestalten.

Meine Herren!

Ich habe den Kongress zu einer ausserordentlichen Sitzung einberufen, weil ernste, sehr ernste politische Massregeln getroffen werden müssen, und zwar sofort, Massregeln, deren Verantwortung mir weder verfassungsgemäss obliegt, noch rechtmässig zufällt.

Am 3. Februar legte ich Ihnen offiziell die beispiellose Anzeige der kaiserlich deutschen Regierung vor, des Inhalts, dass am und nach dem 1. Februar dieselbe beabsichtige, sich jeder durch Gesetz und Menschlichkeit gebotenen Einschränkung zu begeben und sich ihrer U-Boote zu bedienen, um jedes Schiff zu versenken, das versuchen werde, sich entweder den Häfen Englands und Irlands oder den westlichen Küsten



Europas zu nähern oder irgendeinem Hafen im Mittelländischen Meere, welche von den Feinden Deutschlands beherrscht werden.

Das scheint schon früher die Absicht des deutschen U-Boot-Krieges gewesen zu sein, aber seit April letzten Jahres hatte die kaiserliche Regierung ihre U-Boot-Kommandanten ein wenig im Zaum gehalten, gemäss dem uns damals gegebenen Versprechen, dass Passagierschiffe nicht versenkt werden sollten, und dass allen andern Schiffen, welche von deutschen Unterseebooten mit Zerstörung bedroht würden, gebührende Warnung erteilt werden sollte, im Falle dieselben keinen Widerstand leisten oder nicht versuchen würden, zu fliehen; ferner war versprochen worden, dass Sorge getroffen werden sollte, um deren Mannschaften in ehrlicher Weise mindestens die Möglichkeit zu lassen, ihr Leben in ihren offenen Booten zu retten.

Schon damals waren die Vorsichtsmassregeln nur dürftig und gewissermassen zufällig, wie es wiederholte, tiefbedauerliche Vorkommnisse im Verlaufe dieses grausamen und unwürdigen Vorgehens bewiesen; immerhin war eine gewisse Zurückhaltung zu bemerken.

Das neue Verfahren aber liess jegliche Einschränkung fallen. Schiffe jeder Art, welches auch ihre Flagge, ihr Charakter, ihre Ladung, ihr Bestimmungsort oder ihr Auftrag war, wurden erbarmungslos in die Tiefe versenkt, ohne Warnung, ohne dass man auf Hilfe für die an Bord befindlichen Menschen oder auf deren Rettung bedacht war, — waren es nun Schiffe von wohlwollenden Neutralen oder von kriegführenden Mächten. Selbst Hospitalschiffe, welche der schwer betroffenen und tiefleidenden Bevölkerung Belgiens Linderung bringen sollten, wurden mit derselben kaltblütigen Skrupellosigkeit versenkt, obgleich sie von der deutschen Regierung selber mit einem Geleitbrief zur Fahrt durch die gesperrten Gebiete versehen und durch untrügliche Bezeichnungen auffallend kenntlich gemacht waren.

Das internationale Recht hatte seinen Ursprung in einem Versuche, doch irgendein Gesetz aufzustellen, das berück-



sichtigt und beobachtet werden könnte auf den Meeren, wo keine Nation das Recht der Herrschaft hat, wo die freien Weltstrassen liegen. Mühsam, stufenweise ist dieses Recht aufgebaut worden; dürftig genug sind die Resultate nach allem, was bis jetzt in dieser Hinsicht erfolgt ist, doch hatte man wenigstens einen klaren Blick für das gewonnen, was Herz und Gewissen der Menschheit verlangen.

Dieses Minimum verwarf die deutsche Regierung, indem sie zu ihrer Entschuldigung sich auf Wiedervergeltung und Notwendigkeit berief, sowie darauf, dass sie keine Waffen hätte, welche sie zur See gebrauchen könnte, mit Ausnahme derjenigen, die nicht angewendet werden dürfen, wie sie jetzt dieselben anwendet, ohne dass man dadurch jedes Menschlichkeitsgefühl oder jede Achtung vor den Vereinbarungen, welche man als dem Weltverkehr zu Grunde liegend annahm, in den Wind schlage. Ich denke jetzt nicht an den damit verbundenen Verlust an Eigentum, so gross und ernst er auch sein mag, sondern nur an die skrupellose und massenhafte Vernichtung der Leben von am Kriege unbeteiligten Männern, Frauen und Kindern, welche Beschäftigungen obliegen, die selbst in den dunkelsten Perioden der modernen Geschichte als einwandfrei und rechtmässig angesehen worden sind. Eigentum kann entschädigt werden, das Leben friedlicher und unschuldiger Leute kann man nicht bezahlen.

Die gegenwärtige deutsche Kriegführung gegen den Handel ist eine Kriegführung gegen die Menschheit. Es ist ein Krieg gegen alle Nationen.

Amerikanische Schiffe sind versenkt und amerikanische Leben vernichtet worden auf eine Weise, welche uns tief im Innersten aufgeregt hat, aber die Schiffe und Leute anderer neutraler Länder, selbst solcher, die freundschaftliche Gefühle hegen, sind auf dieselbe Weise auf der See zugrunde gerichtet und verschlungen worden. Es wurde kein Unterschied gemacht. Die Herausforderung ist an die ganze Menschheit gerichtet. Jede Nation muss selber darüber entscheiden, wie sie derselben antworten will.

Die Wahl, die wir selber treffen, muss mit vollem Masse

reiflicher Überlegung und in voller Ruhe der Beurteilung erfolgen, wie dies unserm Charakter und unsern Beweggründen als Nation entspricht. Wir müssen von jedem leidenschaftlichen Gefühl absehen. Wir handeln nicht aus Rache oder um die physische Macht unserer Nation siegreich zur Geltung zu bringen, sondern einzig und allein um das Recht, das menschliche Recht, für das wir nur einzelner Vorkämpfer sind, zu verteidigen.

Als ich mich am letzten 26. Februar an den Kongress wandte, dachte ich, dass es genügen würde, unsere neutralen Rechte mit den Waffen zu behaupten, unser Recht, die Meere trotz jeder unrechtmässigen Einmischung zu befahren, unser Recht, das eigene Volk gegen unrechtmässige Gewalttätigkeit zu beschützen; aber bewaffnete Neutralität erscheint jetzt erfolglos. Die Unterseeboote stellen sich in der Tat ausserhalb des Gesetzes, sobald sie gegen die Handelsmarine verwertet werden, wie dies für die deutschen Unterseeboote der Fall ist. Darnach ist es unmöglich, Schiffe gegen deren Angriffe zu verteidigen, wie das Völkerrecht voraussetzt, dass Handelsschiffe sich gegen Seeräuber und Beuteschiffe, welche als sichtbare Fahrzeuge auf offenem Meere Jagd treiben, verteidigen dürfen.

Unter solchen Umständen ist der Versuch, die Unterseeboote zu vernichten, bevor sie ihre Absicht bekunden können, eine selbstverständliche Vorsichtsmassregel, und sogar eine bittere Notwendigkeit. Sie müssen, sobald sie in Sicht kommen, tatkräftig bekämpft werden, sonst ist es nicht möglich, sie zu bemeistern. Die deutsche Regierung bestreitet den Neutralen durchaus das Recht, die Waffen in den Seegebieten zu gebrauchen, welche sie gesperrt hat, selbst zur Verteidigung jener Rechte, welche bisher kein moderner Fachmann in Zweifel gezogen hat. Man hat uns wissen lassen, dass die bewaffnete Schutzmannschaft, die wir auf unseren Handelsschiffen aufgestellt haben, als ausserhalb des Gesetzes stehend und als Piraten behandelt werden wird. Bewaffnete Neutralität ist sonach also doch im besten Falle ganz und gar unwirksam. Unter solchen Umständen und

angesichts solcher Zumutungen ist sie verderblicher als unwirksam. Sie wird wahrscheinlich gerade das hervorrufen, was man vermeiden wollte. In Wirklichkeit wird sie uns sicherlich in den Krieg hineinziehen, ohne uns weder die Rechte noch die Wirkungskraft eines Kriegführenden sicherzustellen.

Es gibt eine Wahl, die wir nicht treffen können, und die man uns nicht zumuten kann. Wir werden nicht den Weg der Unterwerfung wählen und nicht dulden, dass die heiligsten Rechte unseres Landes und unseres Volkes missachtet und verletzt werden. Das Unrecht, gegen welches wir uns jetzt wappnen, ist kein gewöhnliches Unrecht, es schneidet tief in die Wurzeln des menschlichen Lebens ein.

Mit einem tiefernsten Gefühl des feierlichen, sogar tragischen Charakters des Schrittes, den ich unternehme, und der schweren Verantwortung. die in dem Schritte liegt, aber aus entschiedenem Gehorsam dem gegenüber, was ich als meine konstitutionelle Pflicht ansehe, rate ich dem Kongress, zu erklären, dass die neuerlichen Massregeln der kaiserlich deutschen Regierung letzten Endes nichts anderes bedeuten als den Krieg gegen die Regierung und das Volk der Vereinigten Staaten; dass er formell den Charakter eines kriegführenden Staates, welcher ihm auf diese Weise aufgedrängt wird, annehme, und dass er sofort Schritte einleite, nicht nur, um unser Land in einen besseren Verteidigungszustand zu versetzen, sondern auch, um alle Kraft aufzubieten, alle Mittel anzuwenden, damit die Regierung des deutschen Reiches zur Nachgiebigkeit gezwungen und der Krieg beendigt werden kann.

Was dieser Schritt erfordert, ist klar. Er erfordert die grösstmöglichste Zusammenarbeit in Rat und Tat mit den Regierungen. die jetzt gegen Deutschland Krieg führen; infolgedessen die Gewährung und Ausdehnung der weitgehendsten finanziellen Unterstützung, so dass unsere Geldmittel bestmöglichst den ihrigen angeschlossen werden können.

Er erfordert die Organisation und Mobilisation aller materiellen Hilfsmittel unseres Landes, um Kriegsmaterial zu erzeugen und so den Bedürfnissen der Nation zur Kriegführung

in der reichlichsten und dabei doch haushälterischsten und wirksamsten Weise gerecht zu werden.

Er erfordert die sofortige vollständige Ausrüstung der Flotte in jeder Hinsicht, aber besonders dadurch, dass wir sie mit den besten Mitteln versehen, um die feindlichen Unterseeboote unschädlich zu machen.

Er erfordert die sofortige Vermehrung der bewaffneten Macht der Vereinigten Staaten um mindestens 500,000 Mann, wie sie schon durch das Gesetz für den Kriegsfall vorgesehen ist. Diese Mannschaften sollen meiner Meinung nach dem Grundsatz der allgemeinen Wehrpflicht gemäss ausgehoben werden, sowie ferner die Ermächtigung, die gleiche Zahl Wehrpflichtiger auszuheben, sobald dieselben nötig werden und deren militärische Ausbildung sich ermöglichen lässt.

Er erfordert selbstverständlich auch die Bewilligung angemessener Kredite, soweit sie, wie ich hoffe, noch durch die jetzige Generation gerechterweise und mit Hilfe wohlverstandener Steuern aufgebracht werden können. Ich sage mit Hilfe von Steuern aufgebracht, soweit es gerecht sein mag, weil es mir unklug erscheinen würde, die Kredite, welche jetzt nötig sein werden, gänzlich mit geliehenem Geld zu decken. Es ist unsere Pflicht, das muss ich nachdrücklichst und ehrerbietigst betonen, unser Volk zu beschützen, soweit es uns möglich ist, gegen die Not und die sehr ernsten Schwierigkeiten, welche wahrscheinlich die Folgen der aus grossen Anleihen hervorspringenden Inflation sein werden.

Indem wir die dazu notwendigen Massregeln ergreifen, müssen wir uns fortwährend vor Augen halten, dass vernunftgemäss unsere eigenen Vorbereitungen und die Ausrüstung unserer eigenen militärischen Macht so wenig als möglich unsere Verpflichtung hemmen dürfen — die sehr praktisch dringende Verpflichtung — die Länder, die schon mit Deutschland Krieg führen, mit dem Material zu versorgen, welches sie nur von uns oder durch unsere Vermittlung erhalten können. Sie stehen im Felde. Wir müssen ihnen auf jede Weise beistehen, damit sie dort erfolgreich kämpfen.



Ich gestatte mir die Freiheit, Ihren Ausschüssen durch die verschiedenen mit der Ausführung betrauten Regierungsämter Massregeln vorzuschlagen, durch welche die einzelnen von mir erwähnten Ziele erreicht werden können. Ich hoffe, dass Sie gerne dieselben beraten werden in der Überzeugung, dass sie Ihnen vorgelegt wurden nach sorgfältiger Bearbeitung der Regierungs-Dienststellen, denen die Verantwortung hauptsächlich obliegt, den Krieg zu leiten und das Land zu schützen.

Indem wir diese Schritte, diese hochwichtigen Schritte tun, wollen wir unsere Beweggründe und unsere Kriegsziele klar vor Augen haben und der ganzen Welt offen darlegen. Die traurigen Ereignisse der beiden letzten Monate haben in keiner Weise meinen gewöhnlichen und folgerichtigen Gedankengang beeinflusst; und ich glaube nicht, dass die Stimmung der Nation durch dieselben geändert oder getrübt worden ist.

Ich hege heute noch dieselben Ansichten, die ich in meiner Rede vom 22. Januar im Senat, sowie am 3. und 26. Februar im Kongress vertrat. Jetzt wie damals haben wir das Ziel, gegenüber der selbstsüchtigen Macht der Autokratie, die Prinzipien des Friedens und des Rechts im Leben der Welt zu verteidigen, und unter jenen Völkern der Erde, die wirklich frei sind und sich selbst regieren, ein solches Einverständnis im Ziel und Handeln zu erreichen, dass von nun an die Achtung vor diesen Prinzipien für alle Zeit gesichert ist.

Solange der Frieden der Welt und die Freiheit der Völker in Frage stehen, solange jener Frieden und jene Freiheit von dem Bestand autokratischer, auf organisierter Kraft beruhender Regierungen bedroht werden, jener Regierungen, die sich auf eine Macht stützen, die einzig und allein ihren eigenen Willen kennt und nicht den Willen der Völker, solange ist die Neutralität weder wünschenswert noch durchführbar. Unter solchen Umständen wird der Neutralität der Garaus gemacht.

Wir stehen am Beginne eines Zeitalters, in welchem verlangt werden wird, dass die Nationen und deren Regierungen



genau dieselben Massstäbe des Betragens einhalten und genau dieselbe Verantwortlichkeit für zugefügtes Unrecht auf sich nehmen, wie die einzelnen Bürger zivilisierter Staaten.

Wir haben keinen Streit mit dem deutschen Volke. Wir haben gegen das deutsche Volk kein anderes Gefühl als das der Sympathie und der Freundschaft. Nicht das deutsche Volk hat seine Regierung in den Krieg erst getrieben. Dieser erfolgte ohne vorheriges Mitwissen des Volkes und ohne seine Zustimmung.

Dieser Krieg ist entfesselt worden wie die Kriege in jenen alten, unglücklichen Zeiten entfesselt wurden, in denen die Völker nirgends von ihren Herrschern zu Rate gezogen wurden, in denen Kriege hervorgerufen oder geführt wurden lediglich im Interesse der Dynastien oder kleinen Gruppen ehrgeiziger Männer, welche gewohnt waren, ihre Mitmenschen als Schachfiguren und Werkzeuge zu benutzen.

Nationen, die sich selbst regieren, schicken nicht unzählige Spione in ihre Nachbarstaaten, sie schmieden nicht Ränke, mit der Absicht, eine Krisis in den politischen Zuständen hervorzurufen, um so die kritische Gelegenheit zu schaffen, welche ihnen erlauben wird, loszuschlagen und Eroberungen zu machen. Solche Vorhaben können nur im Dunkeln erfolgreich verwirklicht werden in einem Lande, wo niemand das Recht hat, Fragen zu stellen. Listig ersonnene Pläne, deren Zweck die Täuschung oder die Einschüchterung ist und deren Ausführung sich manchmal über Generationen hinzieht, können nur in dem geschlossenen Kreise der Höfe oder im Schutze des wohlverwahrten Berufsgeheimnisses einer kleinen bevorrechtigten Klasse ausgearbeitet und dem Tageslicht entzogen werden. Solche Pläne sind glücklicherweise unmöglich in den Ländern, wo die öffentliche Meinung auf ihrem Recht besteht, über sämtliche Angelegenheiten des Volkes unterrichtet zu sein.

Ein entschlossenes Zusammenwirken für die Erhaltung des Friedens kann nur durch eine Vereinigung demokratischer Nationen erreicht werden. Keiner autokratischen Regierung kann man zutrauen, in einem solchen Verband ihrem Worte

treu zu bleiben, ihre Verträge zu halten. Derselbe muss ein Bund der Ehre und eine Genossenschaft der öffentlichen Meinung sein. Heimtücke würde seine edlen Lebensorgane zernagen; die Umtriebe im Schosse kleinerer Gruppen, die ihre eigenen Pläne schmieden könnten, ohne jemandem darüber Rechenschaft abzulegen, würden zur Verderbnis seines Herzenslebens führen.

Nur freie Völker können ein gemeinsames Ziel für ihre Entschlüsse und ihre Ehre im Auge behalten. Nur freie Völker ziehen das Wohl der Menschheit ihren kleinlichen persönlichen Interessen vor.

Fühlt nicht jeder Amerikaner, dass unsere Hoffnung auf den zukünfti en Weltfrieden gefestigt worden ist, durch die wunderbaren und herzerhebenden Ereignisse, welche sich in den letzten Wochen in Russland abgespielt haben? Diejenigen, die Russland am besten kannten, wussten, dass es im Grunde stets demokratisch war, in allen seinen wesentlichen und geistigen Gewohnheiten, in allen den geselligen Beziehungen seines Volkes, die seine natürlichen Triebe und seine Auffassung vom Leben bekunden. Die Autokratie, welche die Spitze seines politischen Aufbaues krönte, wie lange sie auch bestanden haben und wie schrecklich ihre Macht auch tatsächlich gewesen sein mag, war weder in ihrem Ursprung, noch in ihrem Charakter, noch in ihrer Tendenz russisch; jetzt ist sie ganz erschüttert worden und das grosse, edelmütige Volk reiht sich in seiner naiven Herrlichkeit und Macht den Völkern an, welche für die Freiheit der Welt, für Gerechtigkeit und Frieden kämpfen. In ihm finden wir einen würdigen Genossen für unseren Ehrenbund.

Eine der Erscheinungen, die uns die Überzeugung beigebracht hat, dass die preussische Autokratie nie und nimmer zu unseren Freunden gezählt werden kann, ist folgende: Von Anbeginn des jetzigen Krieges hat sie unsere arglosen Staaten, ja sogar unsere Regierungsämter mit Spionen durchsetzt, überall hat sie verbrecherische Intrigen geschmiedet gegen die nationale Einmütigkeit unserer Absichten, gegen unseren inneren und äusseren Frieden, gegen unsere Industrie, gegen



unseren Handel. Ja, es ist jetzt offenbar, dass Spione hier waren, schon ehe der Krieg begann. Es ist leider nicht eine blosse Vermutung, sondern eine vor unseren Gerichtshöfen bewiesene Tatsache, dass Machenschaften, welche mehr als einmal sehr nahe daran waren, den Frieden zu gefährden und die Industrien unseres Landes lahm zu legen, betrieben worden sind auf Anstiftung, mit der Unterstützung und sogar unter der persönlichen Leitung amtlicher Vertreter der kaiserlichen Regierung, die bei der Regierung der Vereinigten Staaten beglaubigt waren.

Indem wir diese Machenschaften bekämpften und auszurotten suchten, trachteten wir immer, dieselben so grossmütig wie möglich auszulegen, weil wir wussten, dass ihre Quellen nicht in irgendeinem Feindschaftsgefühl des deutschen Volkes gegen uns lagen — denn das deutsche Volk wusste zweifellos nicht mehr davon als wir — sondern in den selbstsüchtigen Absichten einer Regierung, welche nach Willkür handelte und ihr Volk in der Unwissenheit liess. Aber diese Machenschaften haben ihren Teil dazu beigetragen, uns zu überzeugen, dass jene Regierung keine wahre Freundschaft für uns hegt, und dass sie beabsichtigt, unseren Frieden und unsere Sicherheit nach ihrem Gutdünken zu unterwühlen. Dass sie beabsichtigt, vor unseren eigenen Türen Feinde gegen uns aufzuhetzen, das beweist deutlich genug die aufgefangene Note an den deutschen Gesandten in der Stadt Mexico. Wir nehmen diese feindschaftliche Herausforderung an, weil wir wissen, dass wir in einer Regierung, welche solche Methoden befolgt, niemals einen Freund haben können; weil wir wissen, dass gegenüber ihrer organisierten Macht, welche immer bereit ist, wer weiss welche Anschläge auszuführen, es keine wahre Sicherheit gibt für die demokratischen Regierungen der Welt. Wir sind nun im Begriff, den Fehdehandschuh dieses natürlichen Feindes der Freiheit aufzuheben, und wir werden, wenn nötig, die ganze Macht unseres Landes aufbieten, um seinen Anmassungen Halt zu gebieten und seine Macht zu lähmen. Jetzt, da wir die Ereignisse in ihrem wahren Lichte kennen, sind wir froh, zu



kämpfen für den endgültigen Frieden der Welt, für die Befreiung ihrer Völker, einschliesslich des deutschen Volkes, für die Rechte aller Nationen, der grossen und der kleinen, und für das Vorrecht der Menschen überall, ihren Lebensweg und ihre Obrigkeit zu wählen. Die Welt muss der Demokratie in Zukunft eine sichere Wohnung bieten. Der Friede muss auf den wohlgeprüften Grundlagen politischer Freiheit gegründet werden. Wir kennen keine selbstsüchtigen Absichten. Wir wünschen keine Eroberungen und keine Vormacht. Wir verlangen keine Entschädigung für uns selber und keinerlei materiellen Ersatz für die Opfer, die wir freiwillig bringen werden. Wir sind nur einer der Vorkämpfer für die Rechte der Menschheit und wir werden uns zufrieden geben, wenn diese Rechte dieselbe Sicherheit erlangen, die ihr der gute Glaube und die Freiheit der Nationen geben können.

Gerade weil wir ohne Groll und ohne selbstsüchtige Absichten kämpfen, indem wir nichts für uns suchen, als was wir auch den anderen freien Völkern gönnen, werden wir — das ist meine feste Zuversicht — ohne Leidenschaft Krieg führen und mit einem stolzen Selbstbewusstsein die Prinzipien des Rechts und des edel geführten Streites beobachten, für die wir in den Kampf einzutreten behaupten.

Ich habe nichts von den Regierungen gesagt, welche mit der kaiserlichen Regierung in Deutschland verbündet sind, weil sie keinen Krieg mit uns führen, noch uns durch Herausforderung gezwungen haben, unsere Rechte und unsere Ehre zu verteidigen. Die österreichisch-ungarische Regierung hat zwar zugegeben, dass sie völlig einverstanden ist mit jenem rücksichtslosen und völkerrechtswidrigen U-Boot-Krieg, der jetzt von der kaiserlich deutschen Regierung offen zugestanden wird, und es war daher nicht möglich gewesen, den Grafen Tarnowski, Botschafter Österreich-Ungarns, der neuerdings bei der Regierung der Vereinigten Staaten beglaubigt wurde, zu empfangen: jedoch ist jene Regierung tatsächlich nicht im Seekriege gegen die Bürger der Vereinigten Staaten, und so nehme ich mir die Freiheit, vorläufig wenigstens, die Erörterung unserer Beziehungen mit der Regierung in Wien

aufzuschieben. Wir treten in diesen Krieg ein nur da, wo wir offensichtlich dazu gezwungen sind, weil wir keine anderen Mittel sehen, unsere Rechte zu verteidigen.

Es wird uns um so leichter sein, Krieg zu führen mit einem hohen Gefühl des Rechts und der Rechtlichkeit, als wir ohne Leidenschaft handeln, nicht aus Feindschaft gegen ein Volk oder mit dem Wunsche, ihm irgendwie Schaden oder Nachteil zuzufügen, sondern nur zur bewaffneten Gegenwehr gegen eine unverantwortliche Regierung, welche alle Rücksichten der Menschlichkeit und des Rechtes beiseite geworfen hat und nun blindlings um sich schlägt.

Wir sind, lassen Sie es mich noch einmal sagen, aufrichtige Freunde des deutschen Volkes, und wünschen nichts so sehr, als die baldige Wiederherstellung freundschaftlicher Beziehungen zu unserem beiderseitigen Vorteil. Wie schwer es gegenwärtig dem deutschen Volke auch fallen möge, dies zu glauben, so ist es doch aus unserem Herzen gesprochen. Wegen dieser Freundschaft zu ihm haben wir seine jetzige Regierung alle diese schweren Monate hindurch ertragen mit einer Geduld und Langmut, die sonst unmöglich gewesen wären. Wir werden glücklicherweise doch noch Gelegenheit haben, diese Freundschaft zu beweisen durch unsere Haltung und Tätigkeit gegen die Millionen von Männern und Frauen deutscher Geburt, welche unter uns leben und an unserm Leben teilnehmen, und wir werden stolz sein, dies allen denen gegenüber zu beweisen, welche in einer ernsten Stunde der Prüfung redlich zu ihren Nachbarn und zu der Regierung stehen. Die meisten derselben sind so treue und loyale Amerikaner, als wenn sie nie eine andere Verpflichtung gekannt hätten und keiner anderen Obrigkeit untertan gewesen wären.

Sie werden nicht zögern, sich auf unsere Seite zu stellen, sie werden die Wenigen zurückweisen und zurückhalten, die anderen Sinnes sein mögen und andere Absichten hegen könnten. Sollte Untreue sich zeigen, so wird sie mit fester Hand unterdrückt werden; würde sie gleichwohl irgendwie ihr Haupt erheben, so geschähe dies nur vereinzelt und nur mit Billigung verbrecherischer und böswilliger Leute.



Meine Herren! Es ist eine qualvolle und bedrückende Pflicht, welche ich ausgeübt habe, indem ich mich auf diese Weise an Sie gewandt habe. Es mag sein dass uns viele Monate schwerer Prüfung und Aufopferung bevorstehen. Es ist eine furchtbare Sache, dieses grosse und friedliebende Volk in den Krieg, in den schrecklichsten und unheilvollsten aller Kriege, zu führen. Die Zivilisation selber scheint auf dem Spiel zu stehen, aber Recht ist wertvoller als Frieden, und wir werden für Dinge kämpfen, welche unseren Herzen immer am nächsten standen: für Demokratie, für das Recht derjenigen, welche sich der Autorität fügen, eine Stimme in ihrer eigenen Regierung zu haben, für die Rechte und Freiheiten kleiner Länder, für eine Weltherrschaft des Rechts durch eine Übereinstimmung aller freien Völker, eine Weltherrschaft, welche allen Nationen Frieden und Sicherheit bringen und die Welt selber endlich frei machen wird.

Solch einer Aufgabe können wir unser Leben, unsere Güter, und alles was wir haben, weihen, mit dem Stolze derer, welche wissen, dass der Tag gekommen ist, an welchem Amerika das Vorrecht hat, sein Blut und seine Kraft zu verwenden für die Prinzipien, die an seiner Wiege standen und sein Glück und seinen hochgeschätzten Frieden gegründet haben. So wahr Gott helfe, kann Amerika nicht anders handeln.



REDE DES PRÄSIDENTEN WILSON

gehalten am "Monument Grounds" zu Washington (14. Juni 1917).

> Darlegung der herrschsüchtigen Ansprüche Deutschlands.
> Sie zielen auf ganz Mittel-Europa und selbst auf Asien ab.
> Der zukünftige Weltfrieden und Deutschlands Freiheit selbst hängen von der Zerstörung dieses Alleinherrschafts-Traumes ab.
> Die Sache der Demokratie ist mit dem gegenwärtigen Kampfe eng verknüpft.

Mitbürger!

Wir wissen jetzt bestimmt, wie wir davon übrigens überzeugt waren, ehe wir in den Krieg eintraten, dass wir mit dem deutschen Volk nicht verfeindet sind und dass dasselbe auch uns nicht feind ist. Nicht das deutsche Volk hat diesen grässlichen Krieg verursacht, es hat ihn nicht herbeigewünscht, noch wollte es, dass wir hineingezogen würden; wir haben sogar eine gewisse Empfindung, dass wir mit unserer Sache die seinige verteidigen, und auch es selbst wird eines Tages diese Überzeugung gewinnen. Es ist in den Klauen dieser unheilvollen Macht, die ihre abscheulichen Krallen ausgestreckt und von unserm Blut vergossen hat.

Die militärischen Beherrscher Deutschlands sind es, die den Krieg angefangen haben, die sich übrigens in gleicher Weise als die Herren über Österreich-Ungarn erwiesen haben. Diese Menschen haben nie die Nationen als Völker betrachtet, als Männer, Frauen und Kinder, die aus demselben Fleisch und Blut gebildet sind wie sie selbst, für welche und durch welche die Regierungen ihr Wesen und ihr Leben besitzen. Sie betrachteten sie lediglich als ein nutzbares Gebilde, das



sie mit Gewalt oder List zur Ausführung ihrer Pläne zwingen oder verführen können. Im besonderen erblickten sie in den kleinen Staaten und in den Völkern, die durch Gewalt leicht zu unterdrücken sind, ihre natürlichen Werkzeuge und die Mittel zur Durchführung ihrer Herrschaft.

Seit langem hatten sie ihre Absichten offen erklärt. Die Staatsmänner der andern Nationen, denen diese Absichten unglaublich erschienen, schenkten dem, was die deutschen Professoren von ihren Lehrstühlen herab erörterten, und dem, was die deutschen Schriftsteller den Augen der Welt als das Ziel der deutschen Politik darstellten, wenig Beachtung; sie sahen darin mehr eine Träumerei dem praktischen Leben entfremdeter Geister, mehr einen törichten, rein persönlichen Begriff der Geschicke Deutschlands, als die wirklichen Ziele der verantwortlichen Staatsleiter. Aber während dieser ganzen Zeit waren sich die Herren Deutschlands durchaus bewusst, welch bestimmte Pläne, welch weit gediehene Intrigen sich unter den Auslassungen der deutschen Professoren und Schriftsteller verbergen, und sie konnten ruhig und ungestört ihre Zwecke fördern, die Throne der Balkanstaaten mit deutschen Prinzen bevölkern, deutsche Offiziere in den Dienst der Türkei stellen, um deren Heere kriegerisch zu üben, um mit ihrer Regierung Umtriebe zu veranstalten; sie konnten weiter Aufstands- und Aufruhrpläne in Indien und Ägypten entwickeln und Hader in Persien anfachen. Die Ansprüche Österreichs gegen Serbien bildeten nur einen Bruchteil des Planes, der sich über Europa und Asien erstreckte, von Berlin nach Bagdad. Die Deutschen hofften, dass Europa sich gegen diese Ansprüche nicht empören würde; aber mochte es sich empören oder nicht, sie waren entschlossen, ihre Verwirklichung durchzuführen. Denn sie glaubten sich militärisch stark genug, um dem Ausgang eines Kampfes ruhig entgegensehen zu können. Ihr Plan bestand darin, einen militärischen Gürtel um Mitteleuropa zu ziehen und darin die politische Aufsicht zu führen, die sich über das Mittelmeer bis in das Herz Asiens ausdehnen würde. Österreich-Ungarn würde ihnen als Werk-



zeug und Schachfigur dienen, genau so wie Serbien, Bulgarien, die Türkei und die andern bedeutenden orientalischen Staaten. Tatsächlich sollte Österreich-Ungarn mit Deutschland vereinigt, von denselben Kräften und Einwirkungen darin eingeschlossen und beherrscht werden, welche ursprünglich die deutschen Staaten untereinander verkittet haben.

Dieser Traum hatte Heim und Herd in Berlin; er hätte anderswo sein Herzleben nicht finden können. Der Gedanke der Stammeszugehörigkeit ward darin vollständig unterdrückt. Die freie Wahl der Völker fand keinerlei Berücksichtigung in diesem Plan, völkische und politische Einheiten aneinander zu ketten, die nur die Gewalt allein zusammenzuhalten vermöchte, nämlich die Tschechen, Magyaren, Kroaten, Serben, Rumänen, Türken, Armenier — die stolzen Völker von Böhmen und Ungarn, die wackeren kleinen Staaten der Balkanhalbinsel, die unbezwinglichen Türken, die klugen Nationen des Orients. Diese Völker wollten nicht vereinigt werden. Sie hegten das heisse Verlangen, ihre eigenen Angelegenheiten selbst zu verwalten, und sie wollten sich nur mit einer unbestrittenen Unabhängigkeit zufrieden geben. Der Friede unter ihnen konnte nur aufrecht erhalten werden durch eine tatsächlich anwesende oder beständig drohende bewaffnete Macht. Sie mochten unter einer gemeinschaftlichen Oberherrschaft nur dann leben, wenn sie dazu durch einen rücksichtslosen Zwang genötigt würden, und sie warteten auf den Tag der Revolution. Aber die militärischen Führer Deutschlands hatten alles das vorausgesehen und waren bereit, auf ihre Art dem entgegenzutreten. In der Tat haben sie den grössten Teil dieses verblüffenden Planes verwirklicht. Betrachten Sie die gegenwärtigen Verhältnisse. Österreich ist den Berliner Meistern auf Gnade und Ungnade ergeben; seit dem Anfang des Krieges hat es nicht aus eigenem Antrieb oder auf Wunsch seiner Völker gehandelt; sondern es hat die Befehle aus Berlin ausgeführt. Das österreichische Volk will den Frieden, es kann ihn aber nur erlangen, wenn Berlin dies erlaubt. Was man so die Mittelmächte nennt,



ist tatsächlich weiter nichts als eine einzige Macht. Serbien wäre in Deutschlands Gewalt, wenn dieses nur einen Augenblick irgendwo die Hände frei bekäme. Bulgarien hat sich seinem Willen gefügt. Rumänien ist von seinem Heere überschwemmt; das von Deutschland einexerzierte türkische Heer steht nun nicht in seinen, sondern in dessen Diensten; und die Kanonen der deutschen Kriegsschiffe im Hafen von Konstantinopel weisen die türkischen Staatsmänner unausgesetzt darauf hin, dass ihnen nichts übrig bleibt, als die Befehle von Berlin anzunehmen. Von Hamburg bis zum Persischen Golf ist ein Netz gespannt.

Es ist daher leicht begreiflich, dass Berlin den heissen Wunsch nach Frieden geäussert hat, sobald ihm die Falle gestellt war und zuklappte.

„Friede, Friede, Friede!" so lautete der Kehrreim seines Auswärtigen Amtes seit mehr als einem Jahr, doch die Anregung zu diesen Verhandlungen ging nicht von Deutschland aus, sondern von den Staaten. in denen es heute die Oberhand zu haben glaubt. Ein kleiner Teil dieser Redereien ward öffentlich geführt, aber die meisten derselben beschränkten sich auf private Kreise. Die Kenntnis darüber ist mir auf verschiedenen Wegen in allerlei Verkappungen zugekommen, doch nie wurden dabei die Bedingungen enthüllt, unter denen die deutsche Regierung ihre Zustimmung erteilen würde.

Diese Regierung besitzt noch andere als die bereits erwähnten wertvollen Pfandgegenstände. Obwohl seine Klaue sich etwas gelockert hat, so hält sie doch noch einen bedeutenden Teil Frankreichs und sozusagen ganz Belgien fest. Die Heere dieser Regierung sind hart an Russland und überfluten Polen wie sie wollen. Vorzudringen vermag diese Regierung nicht, zu weichen wagt sie nicht. Sie möchte ihren Handel erledigen, bevor es zu spät ist, aber sie hat wenig zu bieten im Austausch gegen das Pfund Menschenfleisch, das sie fordert.

Die militärischen Beherrscher, unter denen Deutschland blutet, sehen klar, wohin das Schicksal sie geworfen hat; sobald sie zurückweichen, oder wenn sie auch nur einen



Finger breit zurückgedrängt werden, so bricht ihre Macht ausser Landes wie im Innern zusammen wie ein Kartenhaus. Augenblicklich sind sie vorwiegend um ihre Machtstellung im Innern besorgt, sie ist es, die unter ihren Füssen erzittert, und damit umklammert eine schwere Angst ihr Herz. Es gibt für sie nur noch einen Ausweg zur Aufrechterhaltung ihrer Militärgewalt oder ihrer politischen Vormacht. Wenn sie jetzt den Frieden herbeiführen können, mit dem unermesslichen, bis jetzt augenscheinlich erworbenen Vorteil, dann sind sie in den Augen des deutschen Volkes gerechtfertigt; sie haben mittels der Gewalt erreicht, was sie versprochen haben — eine ungeheure Ausdehnung der deutschen Macht und eine erhebliche Erweiterung der Absatzplätze für Deutschlands Handel und Industrie. Ihr Ansehen wäre gesichert und mit ihrem Ansehen ihre politische Macht.

Gelingt ihnen dies nicht, dann wird sie das Volk verwerfen. Es wird eine Regierung in Deutschland erstehen, die dem Volk gegenüber verantwortlich ist, wie dies in England, in den Vereinigten Staaten, in Frankreich, in allen grossen Staaten unserer Zeit geschehen ist, ausser in Deutschland. Haben sie hingegen Erfolg, so brauchen sie nichts zu befürchten, aber Deutschland und die ganze Welt sind verloren. Wenn es ihnen misslingt, dann ist Deutschland gerettet und für die ganze Welt wird Friede werden. Gelingt es ihnen, dann fällt Amerika unter ihre ständige Bedrohung und wir, wie die gesamte übrige Welt, werden unter den Waffen bleiben müssen, wie sie, und wir werden uns gegen ihren zu erwartenden Angriff rüsten müssen. Misslingt es ihnen, dann wird die Welt sich zu einem Frieden vereinigen können, und Deutschland kann sich dieser Vereinigung anschliessen.

Verstehen Sie nun diese neuen Treibereien zur Herbeiführung des Friedens, verstehen Sie, warum die Beherrscher Deutschlands, ohne zu zögern, alle Mittel anwenden, die ihnen die Aussicht auf Erreichung ihres Zieles und die Möglichkeit der Täuschung der Nationen bieten? Ihr Hauptzweck besteht nämlich zurzeit darin, alle diejenigen zu täuschen, die in der ganzen Welt das Völkerrecht und den

ANTWORT DES PRÄSIDENTEN WILSON

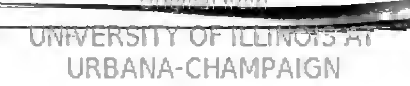
an den Papst (28. August 1917).

> Die friedlichsten und hochsinnigsten Absichten scheitern an der Roheit der Tatsachen.
>
> Die einfache Rückkehr zum ***status quo*** wird durch das unaufrichtige Wesen und den Machthunger der deutschen Regierung zur Unmöglichkeit gemacht.
>
> Den Mittel-Mächten obliegt es nun, den Beweis für die Rechtlichkeit und Ehrlichkeit ihrer Absichten zu erbringen.
>
> Die Vereinigten Staaten werden in voller Uneigennützigkeit darauf eingehen.

An seine Heiligkeit den Papst Benedikt XV.

In Bestätigung des Empfanges der Mitteilung Seiner Heiligkeit an die kriegführenden Völker vom 1. August 1917 ersucht mich der Präsident der Vereinigten Staaten nachfolgende Antwort zu übersenden.

Jedes Herz, das nicht blind und verhärtet ist durch diesen schrecklichen Krieg, muss durch den rührenden Aufruf Seiner Heiligkeit des Papstes betroffen werden, muss die Würde und die Kraft der menschenfreundlichen und edeln Motive empfinden, die diesen Aufruf anregten, und muss leidenschaftlich wünschen, dass wir den Pfad des Friedens betreten mögen, den der Papst mit soviel Wärme weist. Aber es wäre Torheit, diesen Weg zu betreten, wenn er nicht tatsächlich zu dem Ziel hinführte, das der Papst vorstellt. Unsere Antwort muss auf schroffe Tatsachen und auf nichts anderes begründet werden. Nicht ein blosser Waffenstillstand erscheint ihm wünschenswert, sondern ein bleibender und dauerhafter Frieden. Wir dürfen nicht aufs neue gezwungen

werden, diese Todesangst zu durchleben, und es bedarf lediglich eines nüchternen Urteils, um uns zu zeigen, was uns davor sichern kann.

Seine Heiligkeit schlägt in der Hauptsache vor, dass wir zu dem *statu quo ante bellum* zurückkehren; dass ein allgemeines Vergeben und eine Abrüstung erfolgt, ein Bund der Nationen, der auf die Annahme des Schiedsgerichtsprinzips gegründet sei und die Freiheit der Meere aufstellen werde; dass die territorialen Forderungen Frankreichs und Italiens und die verwickelten Probleme der Balkanstaaten, die Wiederherstellung Polens versöhnlichen Verständigungen überlassen werden, wie dies im neuen Geist eines Friedens möglich ist, der den Wünschen jener Völker gebührend Rechnung trägt, deren politisches Schicksal und deren Stammeszugehörigkeit bei dieser Regelung beteiligt sind.

Es ist offensichtlich, dass kein einziger Teil dieses Programms erfolgreich durchgeführt werden kann, wenn nicht die Wiederherstellung des *statu quo ante* dafür eine feste und befriedigende Grundlage bildet. Das Ziel dieses Krieges ist, die freien Völker der Welt von der möglichen Bedrohung und von der jetzt bestehenden Macht umfangreicher militärischer Einrichtungen zu befreien, die in den Händen einer unverantwortlichen Regierung liegen. Diese Regierung ist es, die ein heimliches Komplott schmiedete, um die Welt zu beherrschen, und sich dann anschickte, diesen Plan auszuführen ohne Achtung weder für die geheiligten Vertragsverpflichtungen, noch für die seit langem feststehende Praxis, noch für die altbewährten Prinzipien der internationalen Beziehungen und der Ehre. Diese Regierung ist es, die ihren Zeitpunkt für den Krieg selbst auswählte, die ihren Schlag brutal und plötzlich führte, die sich durch keine Schranken des Gesetzes oder des Mitleids abhalten liess, die einen ganzen Kontinent mit Blut übergoss — und zwar nicht nur mit dem Blute der Soldaten, sondern auch mit dem Blute unschuldiger Frauen und Kinder und hilfloser Armen; die in Wahrheit nun enttäuscht, aber noch nicht geschlagen ist — der Feind von vier Fünfteln der ganzen Welt.

Diese Macht ist nicht das deutsche Volk. Es ist die rücksichtslose Beherrscherin des deutschen Volkes. Es ist nicht unsere Aufgabe, nachzuprüfen, wie dieses grosse Volk unter ihre Herrschaft kam und sich mit zeitweiligem Wohlgefallen der Übermacht aller ihrer Ziele unterwarf. Aber es ist unsere Aufgabe, dafür zu sorgen, dass die geschichtlichen Ereignisse der übrigen Weltteile nicht länger von der Betätigungsweise dieser Macht abhängig seien. —

Eine solche Macht auf dem Friedensfusse zu behandeln, nach den von Seiner Heiligkeit dem Papste gemachten Vorschlägen, würde, soweit wir urteilen können, eine Erneuerung ihrer Kraft und eine Wiederholung ihrer Politik mit sich bringen. So würde es nötig werden, einen dauerhaften feindlichen Völkerverband gegen das deutsche Volk zu schaffen, das das Werkzeug dieser Macht ist; und dies würde zur Folge haben, dass das neugeborne Russland den Intrigen und mannigfachen schlauen Einmischungen und der sichern Gegenrevolution überlassen würde, die alle jene bösartigen Einflüsse versuchen würden, an welche die deutsche Regierung zuletzt die Welt gewöhnt hat.

Kann der Friede gegründet werden auf die Wiederherstellung dieser Macht oder auf irgendein Ehrenwort, das sie in einem Regelungs- und Vereinbarungsvertrag geben könnte? Überall müssen verantwortliche Staatsmänner jetzt einsehen, wenn sie es auch niemals vorher begriffen haben, dass kein Friede sicher ruhen kann auf politischen und wirtschaftlichen Einschränkungen, die die Tendenz verfolgen, bestimmte Nationen zu bevorteilen und andere zu lähmen oder ihnen die Lage zu erschweren, bzw. auf einem strafenden Vorgehen irgendwelcher Art, oder auf irgendwelchem Racheakt oder mutwilligem Unrecht. Das amerikanische Volk hat ein unerträgliches Unrecht durch die kaiserlich deutsche Regierung erlitten, aber es verlangt keine Vergeltung gegenüber dem deutschen Volke, das selbst mancherlei Dinge in diesem Kriege erlitten hat, die es nicht wünschte. Das amerikanische Volk glaubt, dass der Friede beruhen muss auf den Rechten der Völker, der grossen sowohl wie der

kleinen, der schwachen wie der kräftigen, auf ihrem gleichen Rechte auf Freiheit, Sicherheit und Selbstverwaltung und der gleichen und gerechten Beteiligung an den wirtschaftlichen Darbietungen der Welt, und zwar selbstverständlich mit Einschluss des deutschen Volkes, wenn es diese Gleichberechtigung annimmt und nicht nach Herrschaft streben will.

Der Prüfstein eines jeden Friedensplanes ist deshalb der: Ist er gegründet auf den guten Glauben aller Völker, die dabei beteiligt sind, oder allein auf das Wort einer ehr- und ränkesüchtigen Regierung auf der einen Seite und einer Gruppe von freien Völkern auf der anderen Seite? Dieser Prüfstein berührt die Frage in ihrer Wurzel; dieser Prüfstein muss hier in Anwendung gebracht werden.

Die Ziele der Vereinigten Staaten in diesem Kriege sind der ganzen Welt bekannt — sie sind jedem Volke bekannt, dem gestattet wurde, dass die Wahrheit zu ihm durchdringt. Es ist nicht nötig, sie nochmals aufzustellen. Wir suchen keine irgendwie gearteten materiellen Vorteile. Wir glauben, dass die unerträglichen Ungerechtigkeiten in diesem Kriege, die von der rasenden und brutalen Macht der deutschen Regierung verübt worden sind, wieder gutgemacht werden müssen — aber nicht auf Kosten der Souveränität irgendeines Volkes, sondern vielmehr durch die Einsetzung der Souveränität sowohl der schwachen als der starken Nationen. Eine Verhängung von schädigenden Strafen, die Zerstückelung von Reichen, die Einrichtung egoistischer und ausschliessender wirtschaftlicher Verbände erachten wir nicht als zweckmässig, sondern auf die Dauer als verderblicher denn nutzlos und als keine angemessene Grundlage für irgendwelchen Frieden, vor allen Dingen für einen bleibenden Frieden. Dieser Friede muss aufgebaut sein auf der Gerechtigkeit und der Billigkeit und auf den gemeinschaftlichen Rechten der Menschheit.

Wir können das Wort der gegenwärtig Regierenden Deutschlands nicht als Garantie für irgendetwas betrachten, das bleibender Art sein muss, wenn es nicht gestützt wird

von dem schlüssigen Beweis des Willens und der Absichten des deutschen Volkes selbst, wie ihn die anderen Völker der Welt berechtigterweise annehmen könnten. Ohne derartige Garantien könnte kein Mensch und kein Volk gegenwärtig auf Regelungsverträge, auf Abkommen über Abrüstung, auf Vereinbarungen, welche die schiedsgerichtliche Entscheidung an die Stelle der Macht setzen, auf territorialen Ausgleichungen, auf Wiederherstellung der kleinen Völker vertrauen, wenn derartige Abkommen und Verträge mit der deutschen Regierung getroffen werden.

Wir müssen irgendeinen neuen Beweis der Ziele der grossen Völker der Mittelmächte abwarten. Gebe Gott, dass dieser Beweis bald erfolge, und zwar auf eine Weise, die das Vertrauen aller Völker in den guten Glauben der Nationen und die Möglichkeit eines durch Vertrag gesicherten Friedens wiederherstellt.

gez. *R. Lansing,*
Staatssekretär der Vereinigten Staaten.

REDE DES PRÄSIDENTEN WILSON

an den Kongress (4. Dezember 1917).

> Allgemeiner Überblick über die Kriegsziele der Vereinigten Staaten.
>
> Sie wollen die bösen Kräfte vernichten, welche den Frieden der Welt stören, für alle und auf allen Gebieten das Reich einer vollen und unbeschränkten Gerechtigkeit gründen.
>
> Weder Gebiets-Aneignung, noch Kriegs-Entschädigung; doch das schreiende Unrecht muss gesühnt werden.
>
> Wird diese Forderung verwirklicht, so erfolgt keinerlei Einmischung in die innere Regierungsform der beteiligten Länder.
>
> Das Gewissen der freien Männer in aller Welt wird sich zu seiner Zeit ebenso zu erheben wissen, wie dies in Russland geschehen ist. Unsere Absichten, sowohl unsern Feinden wie unsern Freunden gegenüber, sind und bleiben einwandfrei.

Meine Herren!

Vor acht Monaten hatte ich zum letztenmal die Ehre, das Wort an Sie zu richten. Diese acht Monate sind reich an schweren und für uns hochwichtigen Ereignissen. Ich sehe von dem Versuch ab, diese Ereignisse aufzuzählen oder sie auch nur kurz zusammenzufassen. Die praktischen Einzelheiten über die Rolle, die wir darin gespielt haben, werden Ihnen in den Jahresberichten der Vollzugsämter unterbreitet werden. Ich möchte nur den gegenwärtigen Ausblick über diese grossen Zeitverhältnisse, über unsere gegenwärtigen Aufgaben und über die nächsten Mittel zur Erreichung der Ziele erörtern, die wir stets im Auge behalten werden.

Ich werde auch keine Erörterung der Ursachen des Krieges wiederholen. Die unduldbaren Unbilden, die von den unseligen Beherrschern Deutschlands beabsichtigt oder uns



zugefügt worden sind, jeder wirkliche Amerikaner kennt sie zu genau und verabscheut sie zu tief, als dass man deren Schilderung wieder aufzurollen brauchte. Doch möchte ich Sie ersuchen, Ihr ernstes Augenmerk von neuem auf unsere Ziele und die Mittel zu richten, die wir anzuwenden gedenken, um dieselben zu erreichen; denn der Gegenstand dieser Verhandlung ist das Handeln, und unser Handeln muss ganz bestimmten Zielen zustreben.

Unser Ziel ist natürlich, diesen Krieg zu gewinnen, und wir werden weder unsere Tätigkeit verlangsamen, noch uns von diesem Ziele abwenden lassen, bevor der Sieg erreicht ist. Dennoch müssen wir uns die Frage stellen und beantworten: „Wann werden wir den Krieg als gewonnen erachten?"

Es gibt einen Gesichtspunkt, von dem aus diese Grundfrage nicht näher in Angriff genommen zu werden braucht. Ich zweifle nicht daran, dass das amerikanische Volk weiss, wofür wir Krieg führen und wie derselbe ausgehen muss, damit wir darin die Verwirklichung unserer Absichten erblicken können. Als Nation sind wir in unsern Zielen und unsern Bestrebungen einig. Denen, die mir das Gegenteil behaupten, schenke ich wenig Beachtung. Ich höre wohl einige abweichende Ansichten. Wer hört sie nicht? Ich höre die abfälligen Urteile und das Geschrei einiger lärmenden und anmassgeblichen Quertreiber. Hie und da sehe ich auch Leute, die sich in erfolglose und verräterische Anstrengungen werfen gegen die ruhige und unwiderstehliche Kraft der Nation. Ich höre Leute über den Frieden verhandeln, die weder dessen Wesen verstehen, noch begreifen, wie wir denselben erhobenen Hauptes und mit stolzer Seele erreichen können. Aber ich weiss auch, dass keine dieser Personen im Namen der Nation spricht. Sie geben damit in keinem Punkte die Stimmung des amerikanischen Volkes wieder. Man kann ihnen achtlos ihre Stunde der eiteln Aufregung gewähren und sie dann der Vergessenheit anheimfallen lassen. Aber von einem andern Gesichtspunkte aus erachte ich es als notwendig, dass wir, die wir hier im Mittelpunkt

der Tätigkeit stehen, genau festlegen, was wir als das Ziel des Krieges betrachten und welche Rolle wir bei der Lösung der von ihm aufgeworfenen tiefgründigen Probleme zu spielen gedenken. Wir sind die Wortführer des amerikanischen Volkes, und dasselbe hat ein Anrecht darauf, zu wissen, ob seine Absichten sich mit den unsrigen decken. Es wünscht den Frieden durch die Vernichtung des Bösen, durch die vollständige Zermalmung aller unheilvollen Kräfte, die den Frieden brechen und ihn unmöglich machen, es will wissen, bis zu welchem Punkte unsere Gedanken in den seinigen aufgehen und wie wir zu handeln uns vornehmen. Diejenigen, welche einen auf irgendwelchem Vergleich geschlossenen Frieden anstreben, rufen in unserm Volk eine tiefentrüstete Ungeduld hervor, andererseits wird es seine Geduld aber auch verlieren, wenn wir ihm nicht eine bündige Erklärung darüber bieten, welches unser Zweck und unsere Absicht sind, währenddessen wir den Frieden durch Waffengewalt erringen wollen.

Die Gerechtigkeit für alle Nationen. Ich bin überzeugt, im Namen des amerikanischen Volkes zu sprechen, wenn ich die beiden folgenden Aufstellungen gebe: Zunächst muss diese unduldbare Erscheinung, deren abscheuliches Gesicht uns die Beherrscher Deutschlands gezeigt haben, diese aus Ränkesucht und Gewalt gemischte Drohung, die uns heute als die deutsche Macht erscheint, dieses gewissen- und ehrlose Wesen, das unfähig ist, sich an einer friedlichen Verständigung zu beteiligen, zu Boden geworfen werden, und wenn man es nicht vernichten kann, so muss es wenigstens von jedem freundschaftlichen Verkehr der Nationen untereinander ausgeschlossen werden. Dann, wenn diese deutsche Gewalt besiegt und wenn der Zeitpunkt zur Verhandlung über den Frieden gekommen sein wird — wenn das deutsche Volk glaubwürdige Wortführer besitzen wird und wenn seine Vertreter bereit sein werden, im Namen ihres Volkes die einstimmige Meinung der Nationen darüber entgegenzunehmen, was in Zukunft die Grundlage des Rechts und aller für das Leben der Welt nötigen Verträge darstellen wird — dann werden wir freiwillig, freudig und aus frohem Herzen den

für den Frieden nötigen Preis erlegen. Wir kennen die Höhe dieses Preises. Es ist die vollständige und unparteiische Gerechtigkeit, die Gerechtigkeit in allen Punkten, die Gerechtigkeit für alle Nationen, für unsere Feinde wie für unsere Freunde, die uns die Schlussabrechnung bringen muss. Wie ich, so vernehmen auch Sie aus der Ferne die Stimme der Menschlichkeit. Sie verstärkt sich mit jedem Tag, sie verdeutlicht sich, sie wird überzeugender; sie dringt aus dem Herzen eines jeden Menschen. Sie wiederholt immer, dass der Krieg sein Ende nicht durch irgendwelche Rache finden wird, dass keine Nation, kein Volk enteignet oder bestraft werden soll dafür, dass die unverantwortlichen Herren eines einzigen Landes sich in ein abscheuliches Verbrechen gestürzt haben. Dieser Gedanke ist es, der in dem Satz ausgedrückt wurde: „Weder Gebietsaneignung, noch Kriegsentschädigung, noch Sühnegeld". Aber gerade weil dieser urwüchsige Satz das natürliche Urteil der schlichten Allgemeinheit über das Recht wiedergibt, darum haben die Meister der deutschen Intrige sich desselben ausgiebig bedient, um das russische Volk irrezuführen — wie auch alle andern Völker, zu denen ihre Agenten gelangen konnten — zum Zweck, einen vorzeitigen Frieden herbeizuführen, bevor die Autokratie ihre letzte und überzeugende Lektion erhalten hat, bevor die Völker der Welt in die Lage kommen, ihre eigenen Geschicke zu leiten.

Doch die Tatsache, dass ein richtiger Gedanke missbraucht ward, verhindert nicht, davon einen guten Gebrauch zu machen! Die wahren Freunde dieses Gedankens werden denselben in Schutz nehmen müssen. Man muss stets wiederholen, dass man der Autokratie die vollständige Nichtigkeit ihrer Machtansprüche und ihrer Weltherrschaftsgelüste beweisen muss. Es ist unmöglich, irgendeinen Massstab der Gerechtigkeit anzulegen, solange Kräfte, wie sie die jetzigen Beherrscher Deutschlands besitzen, nicht bemeistert und nicht besiegt sind. Solange sie aufrecht bleiben, kann das Recht nie Schiedsrichter und Friedensstifter unter den Nationen werden. Aber wenn sie einmal zerschmettert sind

— und das wird mit Gottes Hilfe sicherlich eintreten — dann werden wir die Freiheit besitzen, eine geschichtlich beispiellose Handlung zu vollziehen, und jetzt ist die Stunde gekommen, unsere Absicht, dies zu vollführen, klar auszusprechen. Wir werden die Freiheit besitzen, dem Frieden den Edelmut und die Gerechtigkeit zu Grundlagen zu geben, unter Ausschluss jeder eigennützigen Forderung eines Vorrechts, selbst nicht zugunsten der Sieger.

Und man möge uns nicht missverstehen. Unsere erste und nächste Aufgabe ist, den Krieg zu gewinnen. und nichts wird uns von der Verfolgung dieses Zieles abwenden, bis dasselbe erreicht ist. Alle Kräfte, alle Hilfsmittel an Menschen, Geld und Material werden nunmehr dieser Aufgabe geweiht sein und geweiht bleiben, bis wir unser Ziel erreicht haben. Denen, welche den Frieden vor der Vollendung dieser Aufgabe herbeiführen möchten, empfehle ich, ihre Ratschläge anderswo anzubringen. Wir werden denselben keine Beachtung schenken. Wir werden den Krieg erst dann als gewonnen betrachten, wenn das deutsche Volk durch Vermittelung seiner formgerecht beglaubigten Vertreter uns mitteilt, dass es bereit ist, einen auf der Gerechtigkeit aufgebauten Vertrag einzugehen und das Unrecht wieder gut zu machen, das seine Vertreter verschuldet haben.

Sie haben Belgien ein Unrecht zugefügt, das eine Genugtuung erheischt. Sie haben sich zu Herren über andere Gebiete und andere Völker aufgeworfen — über das grosse Kaiserreich Österreich-Ungarn, über die bislang freien Balkanstaaten, über die Türkei bis nach Asien hinein — und diese Herrschaft muss aufhören. Wir haben Deutschland nie um seine Erfolge beneidet, noch ihm dieselben zu versperren versucht, Erfolge, die es durch seine Geschicklichkeit, seine Arbeit, seine Wissenschaft, seinen Unternehmungsgeist errungen hat; sondern wir haben dasselbe vielmehr bewundert. Es hatte sich für seinen Handel und für seinen Einfluss ein wirkliches Reich geschaffen, das durch den Frieden der Welt gesichert war. Wir waren ganz damit einverstanden, auf dem Gebiete des Gewerbefleisses, der Wissenschaft, des

Handels den Wettbewerb auszuhalten, den seine Erfolge mit sich brachten; wir waren bereit, zu stehen oder zu fallen, je nachdem wir die nötige Geisteskraft und Geschicklichkeit besassen oder nicht, ihn zu überflügeln. Als jedoch Deutschland seine Triumphe auf friedlichem Gebiet in glänzender Weise davongetragen hatte, da stiess es dieselben schon zurück und schickte sich an, an deren Stelle eine politische und militärische Herrschaft, deren Einsetzung die Welt nimmermehr dulden wird, mit Waffengewalt zu errichten, eine Herrschaft, welche die Gegner, die es am meisten fürchtete und verabscheute, enteignen sollte, da es dieselben nicht zu überflügeln vermochte.

Der Friede, den wir schaffen werden, muss dieses Übel beseitigen. Er muss unbedingt die vormals so schönen Provinzen und die so glücklichen Bewohner Belgiens und Nordfrankreichs von der preussischen Eroberungssucht und Bedrohung befreien, aber er muss desgleichen die Völker von Österreich-Ungarn, die Völker der Balkanstaaten, die Völker der Türkei in Europa wie in Asien von der schamlosen Beherrschung durch einen Ausländer, von dieser preussischen Militär- und Wirtschaftsautokratie befreien. Wir sind uns gleichwohl die Erklärung schuldig, dass wir keineswegs das österreichisch-ungarische Kaiserreich ändern oder umgestalten wollen. Die Art und Weise, wie das Leben seiner Völker in industrieller und politischer Hinsicht sich gestalten wird, geht uns nichts an. Wir haben weder die Absicht, noch den Wunsch, ihnen unsere Anschauungen aufzudrängen. Wir möchten lediglich ihre verschiedenartigen Interessen, die grossen wie die kleinen, unter ihren eigenen Händen lassen. Wir hegen die Hoffnung, den Völkern der Balkanhalbinsel und denen des türkischen Reiches das Recht und die Möglichkeit zu schaffen, ihr Gut und Leben gegen jede Unterdrückung, jede Ungerechtigkeit und gegen die Tyrannei der fremden Höfe und Parteien sicherzustellen. Mit Bezug auf Deutschland sind unser Standpunkt und unsere Absicht gleichartig. Wir beabsichtigen dem Deutschen Reich keinerlei Unrecht zu tun und uns in keiner Weise in seine innern

Angelegenheiten einzumischen. Wir würden derartige Absichten als durchaus ungerechtfertigt erachten, als durchaus im Widerspruch mit den Grundsätzen, die wir als unsere Leitgrundsätze erklärt haben, die wir als die geheiligten unseres Volkslebens schätzen.

Die Männer, die das deutsche Volk zu Herren sich erkoren und von denen es sich zurzeit betrügen lässt, haben ihm den Glauben beigebracht, es führe für das Leben und den Bestand des Reiches einen verzweifelten Verteidigungskrieg gegen einen vorbedachten Angriff. Eine gröbere und unverschämtere Fälschung gibt es nicht, und wir unsererseits müssen deshalb versuchen, das Volk von der Unrichtigkeit dieser Behauptung zu überzeugen, indem wir ihm frei und offen unser wahres Ziel darlegen. In Wirklichkeit kämpfen wir gleichzeitig für seine und unsere Befreiung von der Furcht wie von der Ausführung ungerechter Angriffe seitens seiner Nachbarn, seiner Gegner oder derjenigen, die die Weltherrschaft anstreben. Niemand will den Bestand, die Unabhängigkeit oder die friedlichen Unternehmungen des Deutschen Reiches bedrohen.

Das schlimmste Begegnis, welches das deutsche Volk treffen kann, besteht darin, dass es gezwungen sein könnte, das Leben unter herrsch- und ränkesüchtigen Störefrieden fortzusetzen, bzw. unter der Herrschaft von Menschenklassen, denen die andern Völker der Welt misstrauen müssten, und deswegen könnte es sich leicht ereignen, dass das deutsche Volk von dem Verband der Völker ausgeschlossen werden müsste, welcher den Frieden der Welt zu verbürgen bestimmt ist. Dieser Verband muss ein Völkerverband werden, nicht ein einfacher Verband von Regierungen. Im Zusammenhang damit würde es unter so unleidlichen Umständen auch unmöglich werden, Deutschland in den freien wirtschaftlichen Verkehr aufzunehmen, der sich unvermeidlich aus den andern für den wahren Frieden gegründeten Völkergenossenschaften ergeben würde. Es läge aber darin keine Anfeindung Deutschlands; diese Verhältnisse, die wegen des Misstrauens unvermeidlich sind, werden

sich wohl früh oder spät auf eine ganz natürliche Weise verbessern lassen, durch Tatumstände, die sicher eintreten werden. Die Untaten, die schweren Untaten, die während dieses Krieges verübt worden sind, müssen selbstverständlich gesühnt werden. Aber man kann und man darf dieselben nicht sühnen dadurch, dass man Deutschland und seinen Verbündeten ähnliches Unrecht zufügt. Die Welt wird nicht erlauben, dass man zur Sühne und zur Ordnung der Angelegenheiten ähnliche Untaten begeht. Die Staatsmänner müssen jetzt Kenntnis davon erhalten haben, dass die öffentliche Meinung überall die Dinge aufmerksam verfolgt und dass sie die grossen Endziele, die auf dem Spiele stehen, vollkommen versteht. Kein Vertreter einer Nation, die sich selbst regiert, würde über die öffentliche Meinung hinwegzuschreiten wagen mit Vorschlägen über selbstsüchtige Vereinbarungen und Ausgleiche, wie sie im Wiener Kongress erfolgten.

Die öffentliche Meinung der schlichten Menschen in aller Welt, die Meinung der Menschen, die kein Vorrecht geniessen und die den einfachen und ungekünstelten Massstab an das Gute und das Böse anlegen, das ist die Luft, die fürderhin jede Regierung atmen muss, wenn sie leben will. In dem alles durchstrahlenden Lichte dieser Meinung muss jede Politik aufgefasst und geschafft werden, wenn sie dauerhaft sein soll. In dem alles durchstrahlenden Lichte dieser Meinung müssen in unsern Tagen alle politischen Unternehmungen aufgefasst und ausgeführt werden, am vollen Mittag des Weltlebens.

Die deutschen Herrscher vermochten den Weltfrieden nur deshalb zu zerstören, weil das unter ihrer Vormundschaft stehende Volk sich weder in Gedanken, noch in der Tat an der Brüderschaft der andern Völker der Welt beteiligen durfte. Es hatte kein Recht, eine eigene Meinung zu besitzen, die zugleich ein Wegweiser für diejenigen hätte sein können, die dasselbe beherrschen. Aber der Kongress, der diesen Krieg abschliessen wird, wird auf der ganzen Linie von der Meeresflut der Gefühle getragen sein, die die Herzen

und Gewissen der freien Völker allüberall beseelen. Seine Beschlüsse werden sich in der Richtung bewegen, nach der ihn die Strömung dieser Gefühle heben wird.

Das alles ist seit dem Anfang dieses ungeheueren Krieges wahr. Und ich kann mich dem Gedanken nicht entziehen, dass, wenn man dies gleich zu Anfang deutlich ausgesprochen hätte, die Gefühle und die Begeisterung des russischen Volkes sich vielleicht endgültig den Verbündeten angeschlossen hätten, dass jeder Verdacht und jedes Misstrauen von vornherein weggefegt worden wären und dass sich eine wirkliche und feste Einheit der Ziele gestaltet hätte. Wenn es im Augenblick der Revolution daran geglaubt, wenn man dasselbe seither in diesem Gedanken bestärkt hätte, dann wären ihm wohl die bedauerlichen Rückschläge, die es in seinem Entwickelungsgang nach einer festen und wohlgeordneten, aus freien Männern bestehenden Regierung erlitten hat, erspart geblieben. Das russische Volk ist durch dieselben Lügen vergiftet worden, mit denen man das deutsche Volk in Unwissenheit liess, und dieses Gift ward durch dieselben Hände eingeflösst. Das einzig mögliche Gegengift ist die Wahrheit und sie kann man nicht oft und nicht klar genug wiederholen.

Ich habe es deshalb in jeder Hinsicht als meine Pflicht erachtet, diese Erklärungen über unsere Kriegsziele abzugeben und meinen dem Senat im Januar gebotenen Ausführungen diese besonderen Erläuterungen anzufügen. Unser Eintritt in den Krieg hat an unserm Standpunkt bezüglich des Friedens, der am Schlusse des Krieges erfolgen muss, nichts geändert. Ich habe im Januar erklärt, dass die Völker der Welt nicht nur ein Recht auf die Freiheit der Seefahrtstrassen haben, sondern auch, dass ihnen die Zugänge zu diesen Strassen frei und ungehindert offen stehen müssen. Ich dachte damals wie jetzt nicht nur an die kleinen und schwachen Völker, die unserer Förderung und unserer Unterstützung bedürfen, sondern auch an die grossen und mächtigen Nationen, an unsere Feinde von heute ebensowohl als an unsere Verbündeten in diesem Krieg. Ich dachte damals



wie heute selbst an Österreich ebensowohl, wie beispielsweise an Serbien und Polen. Die Gerechtigkeit und die Rechtsgleichheit können nur um einen grossen Preis erreicht werden. Wir wollen dauerhafte und nicht zeitweilige Grundlagen für den Weltfrieden legen und wir suchen sie mit voller Aufrichtigkeit und ohne Scheu zu erreichen. Das gerechte Mittel wird sich wie immer auch als das zweckmässige Mittel erweisen.

Wie werden wir also diesen grossen Krieg der Freiheit und der Gerechtigkeit zu einem rechtmässigen Abschluss führen? Wir müssen uns zunächst aller Hemmnisse entledigen, die den Erfolg gefährden, und wir müssen alle gesetzlichen Massnahmen treffen, die die volle und freie Entfaltung aller unserer Fähigkeiten und aller unserer Kräfte als Kampfeinheit erleichtern. Eine sehr hinderliche Schwierigkeit, die sich vor uns erhebt, liegt nun darin, dass wir wohl im Krieg mit Deutschland stehen, nicht aber mit seinen Verbündeten. Ich ersuche daher den Kongress dringend, den Kriegszustand zwischen den Vereinigten Staaten und Österreich zu erklären.

Kann es Sie befremden, dass dies die Schlussfolgerung aus der Ihnen soeben gebotenen Beweisführung ist? Mit nichten. Sie ist sogar die einzig logische Folgerung aus meinen Ausführungen. Österreich-Ungarn ist zurzeit nicht Herr in seinem Hause, es ist nur der Vasall der deutschen Regierung. Wir müssen die Tatsachen in ihrer Wirklichkeit betrachten und demgemäss handeln unter Ausschluss jeder Gefühlsfrage aus dieser schwerwiegenden Angelegenheit. Die österreich-ungarische Regierung handelt nicht aus eigenem Antriebe, noch in Anlehnung an die Wünsche und Gefühle seiner eigenen Völker, sondern sie ist lediglich das Werkzeug einer andern Nation. Wir müssen unsere Kraft mit der seinigen messen und die Mittelmächte als nur eine einzige Macht betrachten. Anders kann man den Krieg nicht mit Erfolg führen. Die gleiche logische Schlussfolgerung würde uns auch zu einer Kriegserklärung an die Türkei und an Bulgarien führen. Diese Länder sind in gleicher Weise die Werkzeuge Deutschlands. Doch sie sind nur einfache Werkzeuge, die

uns auf dem Feld unserer Tätigkeit noch nicht in die Quere kommen. Wir werden alles tun, was die Bedürfnisse des Krieges von uns erheischen, aber ich denke, wir müssen zunächst das tun, was die unmittelbaren praktischen Anforderungen verlangen, ohne uns um die übrigen zu kümmern.

Wenn ich ein Erfordernis zur wirksameren Führung des Krieges übersehen habe, so werden Ihre eigenen Beratungen dies ergänzen. Eine Pflicht, die mir besonders klar erscheint, besteht darin, dass wir in dieser Tagung des Kongresses unsere ganze Aufmerksamkeit und unsere gesamte Energie auf die kraftvolle, schnelle und erfolgreiche Durchführung der grossen Aufgaben, den Krieg zu gewinnen, richten müssen. Wir können uns der Erfüllung dieser Aufgabe mit um so mehr Eifer und Begeisterung hingeben, als wir wissen, dass für uns dieser Krieg ein Krieg hoher Grundsätze ist, die von keinem eigennützigen Triebe nach Eroberung oder Beraubung erniedrigt werden; wir wissen gleichfalls, wie übrigens die ganze Welt, dass wir gezwungen wurden, diesen Krieg zu führen, um unsere Lebenseinrichtungen vor der Verderbnis und der Zerstörung zu retten. Die Absichten der Mittelmächte treffen unsere Überzeugungen mitten ins Herz, ihre Art der Kriegführung ist ein Faustschlag ins Gesicht eines jeden Grundsatzes der Menschlichkeit und der Ritterehre. Ihre Treibereien haben die Gedanken und das Urteil einer grossen Anzahl unserer Mitbürger verdorben; ihre verruchte geheime Diplomatie hat versucht, uns Länderstriche zu entreissen und die Einheit des Staates zu brechen. Wenn wir denselben gestatten würden, über uns zu triumphieren, dann wäre unsere Sicherheit dahin und unsere Ehre wäre für immer befleckt und geschändet. Sie trachten unserer Demokratie und Freiheit direkt nach dem Leben.

Weil dieser Krieg für uns ein auf edlen und uneigennützigen Absichten beruhender Krieg ist, in dem sich alle Völker der Welt für die Forderung des Rechts verbunden haben, ein Krieg für das Heil unserer Nation und aller Grundsätze, aller Endziele, die ihr teuer sind, deshalb fühlen wir uns doppelt gezwungen, nur eine einzige durchaus rechtmässige Lösung

des Konflikts vorzuschlagen, deren einwandfreie Absichten sowohl unsern Feinden wie unsern Freunden gelten. Da unsere Sache eine gerechte und heilige Sache ist, so wird auch deren endgültige Erledigung aus denselben Beweggründen erfolgen und mit denselben Vorzügen ausgestattet sein. Wir können für diese Sache kämpfen, wir vermöchten es aber nicht, wenn sie weniger edel und unserer Überlieferung weniger würdig wäre. Für diese Sache sind wir in den Krieg eingetreten und für diese Sache werden wir uns schlagen, bis der letzte Schuss aus der letzten Kanone geschossen ist.

Ich habe mich deutlich ausgedrückt, weil es mir scheint, dass die Stunde gekommen ist, die mehr als bisher eine klare Ausdrucksweise erfordert, auf dass die Welt wisse, dass wir selbst in der äussersten Hitze des Kampfes und selbst unter dem Bann des einzigen Gedankens, diesen Krieg bis ans Ende durchzuführen, keines unserer Ideale, keinen unserer Grundsätze vergessen haben, welche den ehrenvollen Ruf Amerikas unter den Nationen sichern und in deren Verteidigung unsere grossen Vorfahren sich mit soviel Ruhm bedeckt haben.

Die Geschichte ist an einem ihrer höchsten Wendepunkte angelangt. Den Völkern ist es wie Schuppen von den Augen gefallen und sie sehen hell. Gott hat seine Hand über die Nationen ausgestreckt. Er wird dieselben nur dann segnen, ich habe die fromme Überzeugung, wenn sie sich zu den lichten Höhen seiner eigenen Gerechtigkeit und seiner eigenen Gnade erheben.



BOTSCHAFT DES PRÄSIDENTEN WILSON

an den Kongress (8. Januar 1918).

> Die Frage der Friedensbedingungen wird in Brest-Litowsk erneut gestellt.
>
> Bezeichnender Gegensatz zwischen der Haltung der Mittelmächte und der Stellungnahme Russlands. Zweideutigkeit der Absichten der ersteren; Freimut und Edelsinn des letzteren.
>
> Das Programm der Verbündeten in 14 Punkten als wesentliche Grundlage für das Gebäude der internationalen Gerechtigkeit.

Meine Herren!

Wieder einmal, wie schon wiederholt, haben die Wortführer der Zentralmächte den Wunsch bekundet, die Kriegsziele und womöglich eine Grundlage für einen allgemeinen Frieden zu besprechen. In Brest-Litowsk haben Verhandlungen zwischen Vertretern der Zentralmächte und Russlands stattgefunden, auf welche die Aufmerksamkeit aller Kriegführenden gelenkt wurde, um dieselben zur Erwägung anzuregen, ob es möglich sei, diese Besprechungen zu einer allgemeinen Friedenskonferenz zu erweitern.

Die Vertreter Russlands haben nicht allein eine festumschriebene Darlegung der Grundsätze vorgelegt, nach denen sie bereit wären, Frieden zu schliessen, sondern auch ein ebenso klares Programm für die praktische Anwendung dieser Grundsätze. Die Vertreter der Zentralmächte brachten ihrerseits den Entwurf zu einer Vereinbarung ein, der, wenngleich viel weniger klar, einer Auslegung im liberalen Sinne fähig schien, bis sie ihr Programm über die Einzelheiten der Durchführung anschlossen.



Das Programm der Zentralmächte enthielt keinerlei Zugeständnis weder bezüglich der Souveränität Russlands noch hinsichtlich der besonderen Wünsche der Völker, deren Schicksal in Frage steht; die Zentralmächte beabsichtigten vielmehr, jeden Fuss breit Landes, den ihre bewaffneten Massen besetzt hatten, jede Provinz, jede Stadt und jeden wichtigen Punkt als dauernden Zuwachs ihres Gebietes und ihrer Macht zu behalten. Man ist zu der Vermutung berechtigt, dass die zuerst vorgeschlagenen allgemeinen Grundsätze eines Übereinkommens von den liberalsten Staatsmännern Deutschlands und Österreichs ausgingen, von jenen Männern, welche bereits eine Ahnung der Macht der Gedanken und der Wünsche ihrer eigenen Völker hatten, während die eigentlichen Bedingungen des wirklichen Abkommens von den militärischen Führern herrührten, die keine anderen Gedanken hegten, als das zu behalten, was sie erobert hatten. Die Verhandlungen wurden abgebrochen. Die russischen Vertreter hatten aufrichtig und im Ernst gesprochen. Sie konnten solche Eroberungs- und Herrschaftsgelüste nicht unterstützen.

Der ganze Zwischenfall ist bedeutungsvoll, aber auch sehr wirr. Mit wem eigentlich verhandelten die Vertreter Russlands? In wessen Namen sprachen die Vertreter der Zentralmächte? Sprachen sie im Namen der Mehrheitsparteien ihrer beiden Parlamente oder im Namen der Minderheitsparteien, etwa im Namen jener militärischen und imperialistischen Minorität, die bisher deren ganze Politik beherrscht hat und die Geschäfte der Türkei und der Balkanstaaten so geführt hat, dass diese Staaten in die Zwangslage versetzt wurden, ihre Bundesgenossen in diesem Kriege zu werden?

Die russischen Vertreter haben sehr richtig und klug und im wahren Sinne der modernen Demokratie darauf bestanden, dass die Besprechungen, die sie mit den deutsch-österreichischen und den türkischen Staatsmännern führten, bei offenen und nicht bei verschlossenen Türen stattfinden sollten, und, ihrem Wunsche gemäss, war die ganze Welt Zeuge ihrer Verhandlungen. Wessen Meinung hörten wir nun? War es die

Meinung derer, die im Sinne der Resolution des deutschen Reichstags vom 19. Juli vorigen Jahres sprachen, d. h. im Sinne und in den Absichten der liberalen Führer und Parteien Deutschlands? Oder war es die Meinung derer, die diesen Geist in herausfordernder Weise bekämpfen und auf Eroberung und Unterjochung anderer Völker drängen? Oder haben wir tatsächlich beide Teile vor uns, die unversöhnt und in unvereinbarem Widerspruch zueinander stehen? Das sind sehr ernste, folgenschwere Fragen. Von ihrer Beantwortung hängt der Friede der Welt ab.

Aber welches auch das Ergebnis der Verhandlungen von Brest-Litowsk sein möge, welches auch das Gedanken- und Ziel-Wirrsal in den Auslassungen der Redner der Zentralmächte sein möge, diese Mächte haben es einmal wieder versucht, der Welt ihre Kriegsziele bekanntzugeben, und sie haben erneut ihre Gegner aufgefordert, zu erklären, welches ihre Ziele seien und welche Art der Lösung sie für gerecht und befriedigend erachten würden. Es besteht kein triftiger Grund, diese Aufforderung nicht zu beantworten, vielmehr soll dies mit der äussersten Offenheit erfolgen. Wir hatten auf diese Aufforderung nicht gewartet: nicht nur einmal, sondern immer und immer wieder haben wir aller Welt unser ganzes Sinnen und Trachten verkündet, und zwar nicht nur in allgemeinen Ausdrücken, sondern jederzeit mit hinreichender Bestimmtheit, damit jedermann genau wisse, welcher Art notwendigerweise die daraus entspringende Regelung sein muss.

Im Laufe der letzten Woche hat Herr Lloyd George mit bewunderungswürdiger Aufrichtigkeit und aus einem wunderbaren Geiste im Namen des Volkes und der Regierung Grossbritanniens gesprochen. Nicht etwa unter den Gegnern der Mittelmächte besteht irgendeine Gedankenwirrnis, irgendeine Unbestimmtheit der Grundsätze, irgendeine Unklarheit bezüglich der Einzelheiten. Geheimtuerei, Mangel an furchtloser Aufrichtigkeit und Vernachlässigung der genauen Angabe der Kriegsziele liegen einzig und allein auf seiten Deutschlands und seiner Verbündeten vor. Nun hängen



Leben und Tod von der Bestimmtheit dieser Erklärung ab. Kein Staatsmann, der auch nur ein Fünkchen von Verantwortungsgefühl besitzt, dürfte es auf sich nehmen diese tragische und erschreckende Vergeudung von Gut und Blut auch nur einen Augenblick fortzusetzen, es sei denn, dass er über allen Zweifel hinaus gewiss ist, dass diese Blutopfer für das wahre Leben der menschlichen Gesellschaft unbedingt notwendig sind, und dass das Volk, in dessen Namen er spricht, seine Überzeugung darin teilt, dass diese Opfer gerecht und unvermeidlich sind.

Überdies erhebt sich eine Stimme, die verlangt, dass wir unsere Grundsätze und unsere Absichten genau bekannt geben: es ist dies eine Stimme, die, wie es mir scheint, mehr anregend und eindringlich ruft als irgendeine von den vielen rührenden Stimmen, welche durch die trübe Luft der jetzigen Welt erschallen. Es ist die Stimme des russischen Volkes. Dieses Volk ist, so möchte es scheinen, niedergeworfen und ohnmächtig gegenüber der grimmigen Macht Deutschlands, welche bisher weder Nachgiebigkeit noch Mitleid gekannt hat. Die Kraft des russischen Volkes ist anscheinend gebrochen. Und doch ist seine Seele nicht unterjocht. Dieses Volk will nicht nachgeben, weder grundsätzlich noch tatsächlich. Es hat die Bedingungen, welche nach seiner Auffassung von Gerechtigkeit, Menschlichkeit und Ehre angenommen werden können, mit einer Offenheit, mit einem Weitblick, mit einer Hochherzigkeit, mit weltumfassenden Gefühlen verkündet, welche jedem Freund der Menschheit Bewunderung abzwingen, und es hat sich geweigert, von seinen Idealen im geringsten abzugehen, oder andere Völker im Stich zu lassen, um seine eigene Sicherheit zu wahren. Es fordert uns auf, zu erklären, was wir wünschen; es fragt an, ob sich unsere Absichten und unsere Auffassung von den seinen irgendwie unterscheiden; und ich bin überzeugt, dass das Volk der Vereinigten Staaten von mir eine in grösster Offenheit und deutlichster Klarheit gegebene Antwort erwartet. Ob Russlands gegenwärtige Führer es glauben wollen oder nicht, es ist unser inniger Wunsch und unsere sehn-



lichste Hoffnung, dass ein Weg gefunden werde, der uns erlaubt, dem russischen Volke zu helfen, seine höchsten Hoffnungen auf Freiheit und auf einen geordneten Frieden zu erfüllen.

Unser Wunsch, unsere Absicht gehen dahin, dass, wenn die Friedensverhandlungen begonnen haben, sie durchaus öffentlich geführt werden und demnach keinerlei Geheimabkommen enthalten oder ermöglichen dürfen. Die Zeiten der Eroberungen und Gebietserweiterungen sind vorüber, ebenso die Zeiten der Geheimverträge, welche im Interesse einzelner Regierungen geschlossen werden und geeignet sind, in einem unbedachten Augenblick den Frieden der Welt umzustossen. Diese erfreuliche Tatsache leuchtet jetzt jedem Staatsmann ein, der mit seinem Denken und Fühlen nicht im Rückstand vergangener Zeiten haftet, und dies ermöglicht jedem Volk, das nach Gerechtigkeit und Weltfrieden strebt, die Ziele, welche es im Auge hat, jederzeit öffentlich zu bekunden.

Wir sind in diesen Krieg eingetreten, weil Rechtsverletzungen begangen worden sind, die uns in unserm tiefsten Innern getroffen und die unserm Volke das Leben unmöglich machen, solange diese Unbilden nicht gesühnt sind und solange die Welt nicht gegen solche Rechtsbrüche gesichert ist.

Was wir in diesem Kriege fordern, ist also kein Vorteil, der uns allein zugute kommt. Vielmehr ist die ganze Welt so zu ordnen, dass das Leben darin sichergestellt wird, insbesondere wollen wir sie so geordnet haben für die Völker, die wie wir den Frieden lieben, die ihr eigenes Leben zu führen und sich ihre eigenen staatlichen Einrichtungen selbst zu geben wünschen, und die wollen, dass ihnen Gerechtigkeit und gute Behandlung widerfahre und dass sie nicht gewalttätigen und selbstsüchtigen Angriffen seitens anderer Nationen ausgesetzt seien. Alle Völker der Welt haben an der diesbezüglichen Verwirklichung das gleiche Interesse. Was uns betrifft, so sehen wir klar, dass, solange andern Völkern keine Gerechtigkeit zuteil wird, auch uns keine Gerechtigkeit widerfahren kann.



Unser Programm ist also das Programm des Weltfriedens, und dieses unseres Erachtens allein mögliche Programm lautet folgendermassen:

1. Alle Friedensverträge sind öffentlich und werden öffentlich geschlossen, und nach diesen Verträgen dürfen keine geheimen internationalen Vereinbarungen irgendwelcher Art mehr getroffen werden, sondern die Diplomatie soll immer offen und vor aller Welt geführt werden.

2. Vollkommene Freiheit der Schiffahrt auf dem Meere ausserhalb der territorialen Gewässer im Frieden sowohl wie im Kriege, ausser wenn die Meere durch ein internationales Vorgehen zwecks Durchsetzung internationaler Verträge ganz oder teilweise geschlossen werden.

3. Möglichste Beseitigung aller wirtschaftlichen Schranken und Aufstellung der Gleichheit der Handelsbeziehungen unter allen jenen Nationen, die sich dem Frieden anschliessen und sich zu seiner Aufrechterhaltung vereinigen.

4. Angemessene wechselseitige Garantien, um die Rüstungen eines jeden Landes auf das mit der inneren Sicherheit vereinbarliche Mindestmass zurückzuführen.

5. Ein freier, vorurteilsloser und unbedingt unparteiischer Ausgleich aller kolonialen Ansprüche, der sich auf die strenge Achtung des Grundsatzes gründet, dass bei der Entscheidung aller derartigen Souveränitätsfragen die Interessen der beteiligten Völker gleiches Gewicht haben wie die berechtigten Ansprüche der Regierungen, deren Rechte erst festzustellen sind.

6. Die Räumung des gesamten russischen Gebietes und die Regelung aller Russland betreffenden Fragen in der Weise, welche die beste und freieste Mitarbeit der anderen Völker der Welt sichert, um Russland die Möglichkeit zu geben, ungehemmt und unbeirrt eine unabhängige Entscheidung über seine eigene politische und nationale Entwickelung zu treffen und um Russland eine aufrichtige Aufnahme in der Gesellschaft freier Nationen unter selbstgewählten Staatseinrichtungen zu sichern; und darüber hinaus die Unterstützung jeder Art, die es nötig hätte und selbst wünschen

würde. Die Behandlung, die Russland von seiten seiner Schwesternationen in den kommenden Monaten zuteil werden wird, wird den besten Prüfstein ihres guten Willens, ihres Verständnisses für seine Bedürfnisse darstellen, insoweit sie sich von ihren eigenen unterscheiden mögen; sie wird ihre einsichtsvolle und selbstlose Sympathie bekunden.

7. Belgien muss — und darin stimmt die ganze Welt überein — geräumt und wiederhergestellt werden, ohne dass je versucht werden darf, seine Souveränität, deren es sich in gleicher Weise wie alle anderen freien Nationen erfreut, einzuschränken. Keine andere Tat wird durch sich selbst, so wie diese, dazu beitragen, bei den Völkern das Vertrauen wiederherzustellen in jene Gesetze, die sie sich selbst gegeben haben zur Regelung ihrer gegenseitigen Beziehungen. Wenn diese heilsame Tat nicht stattfände, so wäre das Gebäude des internationalen Rechts erschüttert für immerdar.

8. Das gesamte französische Gebiet soll befreit und die mit Krieg überzogenen Teile wiederhergestellt werden; das Unrecht, das Preussen im Jahre 1871 in bezug auf Elsass-Lothringen der französischen Nation zugefügt hat, dieses Unrecht, welches seit nahezu fünfzig Jahren den Weltfrieden gelockert hat, soll wieder gutgemacht werden, damit der Friede im Interesse aller wieder sichergestellt werden kann.

9. Die Berichtigung der italienischen Grenzen soll bewirkt werden, und zwar nach den klar ersichtlichen nationalen Scheidelinien.

10. Den Völkern von Österreich-Ungarn, deren Platz unter den anderen Nationen wir sichergestellt und gewahrt zu sehen wünschen, soll die nächste Gelegenheit zu einer autonomen Entwickelung geboten werden.

11. Rumänien, Serbien und Montenegro müssen geräumt, die besetzten Länder wiederhergestellt werden. Serbien soll einen freien und sichern Zugang zum Meere erhalten. und die Beziehungen der Balkanstaaten zueinander müssen durch eine freundschaftliche Verständigung gemäss den historisch feststehenden Grundsätzen über die Zusammengehörigkeit und die Nationalität geordnet werden; für die politische und

wirtschaftliche Unabhängigkeit und territoriale Unverletzlichkeit der verschiedenen Balkanstaaten sollen internationale Garantien geschaffen werden.

12. Den türkischen Teilen des jetzigen osmanischen Kaiserreichs soll eine ungefährdete Selbständigkeit sichergestellt werden, auch die anderen Nationalitäten. die jetzt unter türkischer Herrschaft stehen, sollen unzweifelhaft ihres Lebens gesichert werden und es muss ihnen eine vollkommene und unbehinderte Entwickelung in autonomer Hinsicht ermöglicht werden. Die Dardanellen sollen dauernd als freie Durchfahrt unter internationalen Garantien den Handelsschiffen aller Nationen geöffnet werden.

13. Ein unabhängiger polnischer Staat soll geschaffen werden, der alle Gebiete umschliesst, deren Bewohner unstreitbar Polen sind; ein freier und sicherer Zugang zum Meere soll demselben gewährleistet werden; seine politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit, seine territoriale Unverletzlichkeit soll durch einen internationalen Vertrag garantiert werden.

14. Eine allgemeine Vereinigung der Nationen muss gebildet werden durch eigene Vereinbarungen, welche seine gegenwärtige Sicherheit bilden werden für die politische Unabhängigkeit und territoriale Unverletzlichkeit der kleinen wie der grossen Nationen.

In diesen äusserst wichtigen Forderungen, welche die Entschädigung für das Unrecht und die Wiedereinsetzung in das vorige Recht erstreben, wissen wir uns einig mit allen Regierungen und Völkern, die sich zusammengeschlossen haben, um gegen die imperialistischen Reiche zu kämpfen. Wir können weder in unseren Interessen getrennt, noch in unsern Endzielen geschieden werden. Wir werden zusammenhalten bis zum Ende.

Wir sind bereit, für derartige Vereinbarungen und Abkommen zu kämpfen und den Kampf fortzusetzen, bis wir dazu gelangt sind; aber wir tun dies nur, weil wir den Sieg des Rechtes, weil wir einen gerechten und dauernden Frieden



erstreben, wie er nur erreicht werden kann durch die Beseitigung der Hauptursachen, welche den Krieg heraufbeschwören, die aber durch dieses Programm tatsächlich beseitigt würden.

Wir hegen keinerlei Eifersucht gegen Deutschlands Grösse, und dieses Programm enthält nichts, was diese Grösse gefährdet. Wir hegen keinerlei Neid auf die deutschen Errungenschaften, auf die deutsche Wissenschaft und den friedlichen Unternehmungsgeist, denen das Deutsche Reich einen so glänzenden und bewunderungswürdigen Ruf verdankt. Wir wollen Deutschland nicht schaden, noch ihm in seinem Einfluss und in seiner Machtstellung, soweit dieselben rechtmässig sind, in den Weg treten. Wir wünschen nicht, das deutsche Volk mit Waffengewalt oder durch feindselige Handelsverträge zu bekämpfen, wenn es bereit ist, Hand in Hand zu gehen mit uns und den anderen friedliebenden Völkern der Welt, sowie Verträge zu schliessen, die auf Recht und Redlichkeit gegründet sind. Wir wünschen nur, dass es einen Platz einnehme im gleichen Rechtsmassstab mit den anderen Völkern in dieser erneuten Welt, in der wir jetzt leben, anstatt eines Platzes der Vorherrschaft. Auch stecken wir uns keineswegs das kühne Ziel, eine Abänderung seiner staatlichen Einrichtungen nahezulegen. Aber — wir bekennen es offen — es ist notwendig — und das ist eine Vorbedingung für alle verständigen Beziehungen mit Deutschland — dass wir wissen, in wessen Namen seine Wortführer sprechen, wenn sie zu uns reden. Sprechen sie im Namen der Reichstagsmehrheit oder im Namen der Militärpartei, das heisst jener Leute, deren Evangelium die imperialistische Vorherrschaft ist?

Wir haben hiermit gewiss in so deutlichen Worten gesprochen, dass jeder weitere Zweifel und jede weitere Frage ausgeschlossen ist. Ein Grundsatz zieht sich offensichtlich klar durch das ganze Programm, das ich entworfen habe. Es ist der Grundsatz der Gerechtigkeit für alle Völker und alle Nationalitäten. Er verkündet das Recht aller Völker, die Freiheit und Sicherheit in gleichem Masse zu geniessen, ob sie nun mächtig oder schwach sind.



Auf diesem Grundsatz muss aufgebaut werden, sonst wird kein Teil des Gebäudes der internationalen Gerechtigkeit sicher stehen. Das Volk der Vereinigten Staaten könnte sich zu keinem anderen Grundsatz bekennen; für ihn aber ist es bereit, sein Leben, seine Ehre und alles, was es besitzt, hinzugeben.

Dieser grösste und letzte aller Kriege für menschliche Freiheit hat jetzt seinen sittlichen Höhepunkt erreicht. Das amerikanische Volk ist bereit, seine eigene Kraft, sein eigenes höchstes Streben, seinen eigenen rechtschaffenen, opferwilligen Geist in die Prüfung einzusetzen.



REDE DES PRÄSIDENTEN WILSON

an den Kongress (11. Februar 1918).

> Deutschland und Österreich haben auf die letzte Rede geantwortet.
> Der Präsident freut sich darüber, dass der Meinungsaustausch in aller Öffentlichkeit erfolgt.
> Aber er kennzeichnet die stillen Vorbehalte, die Widersprüche in der Antwort des deutschen Reichskanzlers.
> Er erblickt darin ein Wiederaufleben des Geistes des Wiener Vertrags (1815).,
> Die Welt darf nicht mehr mit Ränken und Gewalt regiert werden.
> Vier Grundsätze für jegliche Friedensverhandlung.
> Amerika beharrt im Dienste der Freiheit.

Meine Herren!

Am 8. Januar hatte ich die Ehre, Ihnen die Auffassung unseres Volkes über die Kriegsziele darzulegen. Der englische Premierminister hat am 5. Januar in ähnlichen Ausdrücken darüber gesprochen. Auf diese beiden Reden hat der deutsche Reichskanzler am 24. Januar und Graf Czernin am selben Tage für Österreich geantwortet.

Unser Wunsch, alle Ansichten über diesen wichtigen Gegenstand zur Kenntnis der ganzen Welt gebracht zu sehen, hat sich sonach sehr rasch verwirklicht. Wir können uns dazu nur beglückwünschen.

Die Antwort, welche Graf Czernin hauptsächlich auf meine am 8. Januar gehaltene Rede gegeben hat, ist von einem sehr freundschaftlichen Tone getragen. Meine Erklärungen erscheinen ihm als ein hinreichend ermutigendes Entgegenkommen in bezug auf die Anschauungen seiner Regierung, dergestalt, dass er sich zu der Annahme berechtigt fühlt,



dieselben können eine Basis zu einem Austausch der gegenseitigen einzelnen Absichten der beiderseitigen Regierungen bieten. Czernin hat angeblich angedeutet, dass seine Anschauungen mir vorher mitgeteilt worden seien und dass ich den Inhalt seiner Rede schon zu der Zeit kannte, als er sie hielt. Aber darin muss man ihn missverstanden haben. Ich hatte keinerlei Mitteilung darüber empfangen, was er die Absicht hatte zu sagen. Es bestand natürlich kein Grund dagegen, dass er sich privatim mit mir in Verbindung setzen sollte. Ich bin sehr zufrieden, einen Teil seiner öffentlichen Zuhörerschaft zu bilden.

Graf Hertlings Antwort lautet, das muss ich sagen, sehr unbestimmt und sehr verwirrend. Sie ist voll von doppelsinnigen Wendungen, und es ist nicht klar, wohin er damit zielt. Sie klingt jedenfalls viel anders, als die Rede des Grafen Czernin und hat offenbar ein gegensätzliches Ziel. Sie bestärkt uns, ich bedauere, dies sagen zu müssen, eher in dem ungünstigen Eindruck, den unsere Nachrichten über die Verhandlungen in Brest-Litowsk auf uns gemacht haben, als dass sie diesen Eindruck verwischt. Die Bewertung und die Annahme unserer allgemeinen Prinzipien seinerseits führt ihn zu keiner praktischen Schlussfolgerung. Er weigert sich, dieselben auf die tatsächlichen Punkte anzuwenden, die die Verwirklichung jeder endgültigen Lösung bilden müssen. Ihm ist jede internationale Handlung, jede internationale Beratung verdächtig.

Er sagt, dass er das Prinzip öffentlicher Diplomatie akzeptiere. Er scheint jedoch darauf zu bestehen, dass in diesem Fall wenigstens dieses Prinzip auf Allgemeinheiten beschränkt bleibe und dass die verschiedenen Sonderfragen, nämlich die Gebiets- und die Souveränitätsfragen, von deren Regelung die Annahme des Friedens durch die 23 jetzt im Krieg befindlichen Staaten abhängen muss, nicht in einer allgemeinen Beratung besprochen und geregelt werden sollen, sondern durch die Nationen, die infolge von Interessen oder Nachbarschaft unmittelbar daran beteiligt sind. Er erkennt an, dass die Meere frei sein sollen, aber er sieht misstrauisch auf jede



Beschränkung dieser Freiheit durch eine internationale Dazwischenkunft im Interesse der gemeinschaftlichen Ordnung. Er würde ohne Vorbehalt gerne die Wirtschaftsgrenzen zwischen den Nationen aufgehoben sehen, denn diese Aufhebung könnte in keinem Fall ein Hindernis bilden für die herrschsüchtigen Pläne der Militärpartei, zu der gute Beziehungen zu unterhalten er sich gezwungen fühlt. Auch erhebt er keinerlei Einwendungen gegen eine Beschränkung der Rüstungen. Diese Frage, so meint er, würde von selbst geregelt werden durch die wirtschaftlichen Zustände, die dem Kriege folgen werden. Aber die deutschen Kolonien, so verlangt er, müssen ohne weiteres zurückgegeben werden. Mit niemand anders als mit Vertretern Russlands will er über die Frage verhandeln, wie über die Völker und Länder der Ostseeprovinzen verfügt werden soll. Mit niemand anders als mit der französischen Regierung will er die „Bedingungen" besprechen, unter denen das französische Gebiet geräumt werden soll. Und nur mit Österreich will er darüber verhandeln, was mit Polen geschehen soll. Bezüglich der Lösung sämtlicher Fragen, die auf die Balkanstaaten Bezug haben, hält er sich, wie ich ihn verstehe, an Österreich und an die Türkei; und bezüglich der abzuschliessenden Übereinkommen über die nichttürkischen Völker des gegenwärtigen ottomanischen Reiches, wendet er sich in gleicher Weise nur an die ottomanischen Behörden. Wenn er auf diese Weise eine allgemeine Durchführung durch individuelle Tauschhandlungen und Zugeständnisse zustande gebracht hätte, dann würde er, wenn ich seine Erklärungen richtig verstehe, keine Bedenken gegen einen Völkerbund hegen, der sich dann verbinden würde, um das neue Machtgleichgewicht gegen jede Störung von auswärts sicherzustellen.

Es muss für jeden klar sein, der versteht, welche Neuerungen der Krieg in den Ansichten und in der Denkungsart der Welt verwirklicht hat, dass kein allgemeiner Friede aufgerichtet werden kann, der den unendlichen Opfern dieser drei Jahre tragischen Leidens entspricht. Das Verfahren, das der deutsche Reichskanzler vorschlägt, ist die Methode



des Wiener Kongresses. Wir können und wollen darauf nicht mehr zurückkommen. Was jetzt auf dem Spiele steht, ist der Weltfriede. Wonach wir streben, das ist eine neue internationale Ordnung, die auf einer breiten Basis von Recht und allumfassenden Gerechtigkeitsgrundsätzen aufgebaut ist — nicht aber ein blosser Friede aus Flickarbeit. Ist es möglich, dass Graf Hertling nicht begreift, dass Deutschland nicht sieht, dass es tatsächlich in einer Gedankenwelt forthaftet, die tot und vergangen ist? Hat er so ganz die Reichstagsresolution vom 19. Juli vergessen, oder denkt er absichtlich nicht daran? Dieselbe spricht von den Bedingungen eines allgemeinen Friedens, nicht von einer nationalen Vergrösserung oder von Abmachungen von Staat zu Staat. Der Weltfriede hängt ab von einer billigen Regelung jedes einzelnen der schwebenden Probleme, auf die ich in meiner neulichen Rede im Kongress hingewiesen habe. Ich meine natürlich nicht, dass der Weltfriede abhänge von der Annahme irgendeiner besonderen Anzahl der Hinweise darüber, wie diese Probleme behandelt werden müssen. Ich meine nur, dass diese Probleme, jedes für sich und alle insgesamt, auf die ganze Welt sich erstrecken, und dass, wenn sie nicht in einem Geist selbstloser und vorurteilsloser Gerechtigkeit behandelt würden, in der Absicht, die Wünsche, die nationalen Überzeugungen, die stammeseigenen Ansprüche, die völlige Sicherheit und Zufriedenheit der beteiligten Völker zu fördern, kein dauernder Friede erzielt werden kann. Diese Fragen können nicht getrennt oder in heimlichen Zusammenkünften besprochen werden. Keine dieser Fragen darf ein privates oder abgesondertes Interesse bilden, aus dem das Urteil der Welt ausgeschlossen werden kann. Was auf den Frieden Bezug hat, das bezieht sich auf die ganze Menschheit; und was durch militärische Gewalt falsch erledigt würde, das kann man nicht als wirklich erledigt bezeichnen, sondern man muss damit von vorne anfangen.

Ist Graf Hertling sich nicht bewusst, dass er vor dem Gerichtshof der Menschheit spricht und dass alle diese wachgerufenen Nationen der Welt jetzt ein Urteil zu fällen haben

darüber, was jeder Staatsmann, gleichgültig welcher Nation er angehört, über die Probleme dieses Streites sagen mag, der sich bis zum äussersten Ende der Welt ausgedehnt hat? Selbst in der Reichstagsresolution vom Juli wurden die eventuellen Entscheidungen dieses Gerichtshofes offen angenommen. Es sollen keine Gebietsaneignungen, keine Kriegsentschädigungen, keine Geldbussen erfolgen. Die Völker sollen nicht durch eine internationale Konferenz oder durch ein unter vormaligen Gegnern und Nebenbuhlern getroffenes Übereinkommen von der einen Herrschaft zu der andern übergehen. Die nationalen Wünsche müssen respektiert werden. Die Völker dürfen nur noch auf Grund ihrer eigenen Zustimmung beherrscht und regiert werden.

„Selbstbestimmung" ist keine leere Phrase. Es ist ein zwingendes Aktionsprinzip, das Staatsmänner künftighin nicht ohne eigene Gefahr ausser acht lassen dürfen. Wir können einen allgemeinen Frieden nicht auf Wunsch, nicht durch blosse Regelungen seitens einer Friedenskonferenz erlangen. Er kann nicht aus besonderen Übereinkommen unter mächtigen Staaten zusammengefügt werden. Alle Parteien, die in diesen Krieg hineingezogen wurden, müssen an der Regelung jedes Streitpunktes teilnehmen, weil wir eben einen Frieden wollen, den wir alle garantieren und aufrechterhalten können, so muss jeder Punkt einem gemeinsamen Urteil unterzogen werden, um festzustellen, ob er recht und billig ist, ob er einen Akt der Gerechtigkeit darstellt oder vielmehr einen Tauschhandel zwischen Gewalthabern.

Die Vereinigten Staaten hegen nicht den Wunsch, sich in europäische Angelegenheiten zu mischen oder als Schiedsrichter in europäischen territorialen Zwistigkeiten aufzutreten. Sie würden es unter ihrer Würde halten, aus irgendeiner innern Schwäche oder Unordnung Vorteil zu ziehen, um daraus ihren Willen einem andern Volk aufzuzwingen.

Sie sind bereit, den Beweis anzunehmen, dass die Regelungen, die sie vorgeschlagen haben, nicht etwa die besten oder dauerhaftesten sind; in der Tat sind sie nur ein vorläufiger Entwurf über Grundsätze und über die Art und

Weise, wie dieselben angewendet werden sollen. Amerika ist in diesen Krieg eingetreten, weil es, mochte es wollen oder nicht, zum Teilnehmer an den Leiden und der unwürdigen Behandlung gemacht worden ist, die die militärischen Beherrscher Deutschlands dem Frieden und der Sicherheit der Menschheit zugefügt hatten; und die Friedensbedingungen werden die Vereinigten Staaten ebenso interessieren wie jede andere Nation, der eine leitende Rolle in dem Werk der Erhaltung der Zivilisation zugefallen ist. Amerika sieht keinen Weg zum Frieden, bevor die Ursachen dieses Krieges beseitigt sind und bevor eine Wiederholung so gut wie unmöglich gemacht worden ist.

Dieser Krieg wurzelte in der Verachtung der Rechte der kleinen Nationen und Nationalitäten, die der Einheit und Macht entbehren, um ihren Forderungen nach der Selbstbestimmung ihrer Anhänglichkeiten und ihrer politischen Lebensführung Geltung zu verschaffen. Es müssen jetzt Übereinkommen getroffen werden, die so etwas für die Zukunft ausschliessen; und diese Übereinkommen müssen auf die vereinigte Kraft aller Nationen gestützt werden, die die Gerechtigkeit lieben, und bereit sind, sie um jeden Preis aufrecht zu erhalten. Wenn die territorialen Regelungen und die politischen Beziehungen zwischen Völkern, die über keine organisierte Macht verfügen, um Widerstand leisten zu können, bestimmt werden müssen durch Verträge unter den mächtigen Regierungen, die sich daran als am meisten interessiert erachten, so wie sich dies Graf Hertling vorstellt, warum könnten dann nicht auch wirtschaftliche Probleme in gleicher Weise gelöst werden? In der veränderten Welt, in der wir jetzt leben, sind wir dahin gelangt, dass die Gerechtigkeit und die Völkerrechte das gesamte Gebiet der internationalen Verhältnisse beeinflussen, genau so, wie dies für den Zugang zu den Rohstoffen und für die gerechten und gleichmässigen Handelsbeziehungen der Fall ist.

Graf Hertling wünscht die wesentlichen Grundlagen des Industrie- und Handelslebens durch ein Abkommen und durch Garantien gesichert zu sehen. Aber er kann nicht

erwarten, dass ihm das zugebilligt wird, während die anderen Punkte, die durch den Friedensvertrag bestimmt werden, nicht in gleicher Weise als gleichwichtige Teile der endgültigen Regelung behandelt werden. Er kann den Vorteil eines gemeinsamen Übereinkommens nicht auf einem Gebiet fordern, ohne denselben auch dem anderen zuzuweisen. Ich nehme an, dass er wohl einsieht, dass abgesonderte und eigennützige Verträge bezüglich des Handels und der wichtigsten Rohmaterialien keine Grundlage für den Frieden bieten würden. Ebensowenig — davon mag er überzeugt sein — würden abgesonderte und eigennützige Verträge bezüglich ganzer Landesgebiete und Völker dies erreichen.

Graf Czernin scheint einen klaren Blick für die Grundelemente des Friedens zu haben, und er strebt keineswegs darnach, sie zu verdunkeln. Er sieht ein, dass ein unabhängiges Polen, gebildet aus allen Völkern, die ausser Zweifel der polnischen Rasse angehören und aneinander grenzende Länder bewohnen, für ganz Europa von wesentlichem Interesse ist und als selbstverständlich gewährt werden muss. Er sieht ferner ein, dass Belgien geräumt und wiederhergestellt werden muss, gleichgültig, welche Opfer und Zugeständnisse dabei bewilligt werden müssen, und dass nationale Ansprüche, sogar in seinem eigenen Reiche, im allgemeinen Interesse Europas und der Menschheit befriedigt werden müssen. Wenn er stillschweigend über Fragen hinweggeht, die die Interessen und Ziele seiner Bundesgenossen weit mehr als diejenigen Österreichs allein näher berühren, so tut er dies natürlich, weil er sich gezwungen fühlt, dem Wunsch Deutschlands und der Türkei in diesen Verhältnissen nachzukommen. Da er die wesentlichen Prinzipien und die Notwendigkeit der aufrichtigen Anwendung derselben einsieht und anerkennt, so fühlt er natürlich, dass Österreich weniger Schwierigkeiten hat als Deutschland, dem von den Vereinigten Staaten entworfenen Friedensplan näher zu kommen. Er würde wahrscheinlich viel weiter gegangen sein, wenn ihn die Bundesgenossenschaft Österreichs und dessen Abhängigkeit von Deutschland nicht daran gehindert hätten.

Übrigens ist die Frage, ob es für beide Regierungen möglich ist, in dieser Vergleichung unserer gesamten Absichten weiter zu gehen, sehr einfach und klar. Die Prinzipien, die angewendet werden müssen, sind folgende:

1. Jeder Teil der endgültigen Regelung muss auf die wesentliche Gerechtigkeit jedes einzelnen Falles und auf die allgemeinen Ausgleichungen gegründet werden, die die meisten Aussichten für einen dauerhaften Frieden bieten.

2. Dass die Völker und Länder nicht von einem Fürsten an einen anderen Fürsten verhandelt werden, als ob sie nichts anderes als Hausgeräte oder als Bauern in einem Schachspiel wären, und zwar im grossen Spiele um das Machtgleichgewicht, das für immer in Misskredit geraten ist.

3. Jede territoriale Regelung, die in diesem Kriege in Betracht kommt, muss im Interesse und zum Vorteil der betreffenden Völker erfolgen und nicht bloss als ein Teil der Ausgleichungen oder Kompromisse, die von neidischen Staaten getroffen werden können.

4. Alle klar bestimmten nationalen Ansprüche müssen die grösstmögliche Befriedigung erhalten, ohne dass die früheren Streit- und Nebenbuhlerschaftselemente fortbestehen oder von neuem geweckt werden, die wahrscheinlich im Laufe der Zeit den europäischen Frieden und damit den der ganzen Welt zerreissen würden.

Ein allgemeiner Friede auf einer solchen Basis könnte besprochen werden. Aber solange ein solcher Friede nicht verbürgt werden kann, vermögen wir nichts anderes zu tun, als im Krieg fortzufahren. Soweit wir darüber urteilen können, sind diese Prinzipien, die wir als fundamentale ansehen, schon überall als zwingend angenommen worden, ausgenommen von den Wortführern der militärischen und annexionistischen Partei in Deutschland. Wenn sie irgendwo anders abgelehnt worden sind, dann waren diejenigen, die dagegen Einwände erhoben haben, nicht zahlreich oder nicht einflussreich genug, um ihre Stimme geltend zu machen.

Der tragische Umstand liegt darin, dass diese einzige Partei in Deutschland anscheinend bereit und imstande ist, Millionen Menschen in den Tod zu schicken, damit das verhindert wird, was die gesamte Welt jetzt als gerecht anerkennt.

Ich würde die Gefühle des amerikanischen Volkes nicht richtig wiedergeben, wenn ich nicht wiederholte, dass wir nicht um einer Kleinigkeit willen in den Krieg gezogen sind und dass wir niemals von der aus Prinzip gewählten und eingeschlagenen Bahn abweichen können. Unsere Hilfsquellen sind jetzt teilweise mobilisiert, und wir werden nicht ruhen, bevor sie ganz mobilisiert sind. Unsere Armeen gehen schnell zur Schlachtfront ab, und schneller werden sie noch in Zukunft gehen. Unsere ganze Kraft wird in diesem Befreiungskampf angespannt werden, der die Befreiung von der Bedrohung und vom gegenwärtigen Versuch eigennütziger Gruppen, autokratischer Monarchen, die Oberherrschaft über die Welt an sich zu reissen, zum Ziele hat, wie gross auch die Schwierigkeiten und vorübergehenden teilweisen Verzögerungen sein können. Wir sind in unserer Fähigkeit, selbständig zu handeln, unbesiegbar, und wir können uns unter keinerlei Umständen damit zufrieden geben, in einer Welt zu leben, die von der Intrige und der Gewalt beherrscht wird. Wir glauben, dass unser persönlicher Wunsch nach einer neuen internationalen Ordnung, in welcher Redlichkeit, Recht und die gemeinsamen Interessen der Menschheit die Oberhand behalten werden, ebenso der Wunsch aller aufgeklärten Menschen ist. Ohne diese Neuordnung bleibt die Welt ohne Frieden, und das Menschengeschlecht entbehrt der erträglichen Bedingungen für seine Existenz und Entwickelung. Nachdem wir zur Erledigung dieser Aufgabe Hand ans Werk gelegt haben, können wir nicht zurückgehen.

Ich hoffe, dass es unnötig für mich sein wird, hinzuzufügen, dass kein Wort, das ich gesprochen habe, als Drohung gedeutet werden soll; das wäre mit unserem Volksgeist unvereinbar. Ich habe nur deshalb so gesprochen, damit die ganze Welt den wahren Geist Amerikas kennen lernt, dass



die Menschen überall wissen, wie unsere Begeisterung für Recht und Selbstregierung kein leerer Wörterrausch ist, sondern eine Begeisterung, die, nachdem sie einmal geweckt ward, befriedigt werden muss. Die Macht der Vereinigten Staaten bedroht kein Volk und keinen Staat. Sie wird niemals zu Angriffszwecken, zu irgendwelcher Ausbreitung unserer eigenen egoistischen Interessen angewendet werden. Sie hat ihren Ursprung in der Freiheit und steht nur im Dienst dieser Freiheit.

REDE DES PRÄSIDENTEN WILSON

anlässlich des Jahrestages des Eintritts der Vereinigten Staaten in den Krieg.

BALTIMORE, 6. April 1918.

> Notwendigkeit des Opfersinnes.
> Seit den Ereignissen in Russland sind die Gründe, aus denen die Verbündeten kämpfen, in ein immer helleres Licht getreten.
> Kein Zweifel ist mehr möglich. Deutschland strebt eine Gewaltherrschaft an.
> Darauf müssen die Kämpfer für das Recht ihrerseits mit der Gewalt antworten.

Meine Herren!

Heute jährt sich der Tag, an dem wir die Herausforderung Deutschlands annahmen, zu kämpfen für unser Recht auf das Leben und auf die Freiheit, sowie für die geheiligten Rechte der freien Menschen allüberall. Das Gewissen der Nation ist erwacht; es braucht nicht mehr aufgerufen zu werden. Wir wissen, was der Krieg uns kosten muss: er wird uns die äussersten Opfer kosten, das Leben unserer besten Männer — er wird uns nötigenfalls alles kosten, was wir besitzen.

Die Anleihe, zu deren Beratung wir hier versammelt sind, bildet, obwohl sie sich als äusserst notwendig aufdrängt, einen der kleinsten Teile dessen, was wir zu geben und auszuführen berufen sind. Das Volk im ganzen Land begreift die Notwendigkeit dieser Anleihe; es ist bereit, alles hinzugeben, was erforderlich ist, selbst wenn ihm diese Hingabe aus spärlichen Löhnen empfindliche Einschränkungen und



tägliche Opfer auferlegen würde. Es wird mit verächtlichem und vorwurfsvollem Blicke auf diejenigen herabschauen, die können und nicht wollen, die einen erhöhten Zinsfuss verlangen, die in der Anleihe eine reine Geschäftssache sehen.

Ich werde daher nicht länger bei der Frage der Anleihe verweilen. Ich möchte womöglich Ihnen bloss eine lebhaftere Auffassung der Ziele dieser Anleihe übermitteln. Die Ursachen dieses grossen Krieges, die Ursache, aus der er notwendigerweise erstehen musste, der Zwang, ihn bis ans Ende durchzuführen, die Fragen, die von seinem Ausgang abhängen, das alles offenbart sich heute klarer als je.

Es ist leicht, die genaue Bedeutung dieser Anleihe zu erkennen, weil die Sache, für die wir kämpfen, nunmehr in einem grelleren Licht erscheint, als zu irgendeinem andern Wendepunkt dieses verhängnisvollen Kampfes.

Jeder Mensch, mag er auch noch so unwissend sein, kann nun leicht begreifen, wie die Sache der Gerechtigkeit sich darstellt und mit welch unvergänglicher Sache er sein Vermögen verknüpfen soll.

Die Bürger Amerikas können mehr als je versichert sein, dass diese Sache ihre eigene ist und dass deren eventueller Verlust den Verlust unserer Stellung und unserer hohen Aufgabe in der Welt im Gefolge haben würde.

Ich rufe Sie, meine Mitbürger, zu Zeugen dafür auf, dass ich in jedem Stadium dieser schrecklichen Angelegenheit die Ziele Deutschlands mit einer gewissen Mässigung beurteilt habe. Ich würde mich schämen, angesichts so ernster, so tief in die Geschicke der Menschheit einschneidender Fragen in aufgeregter Weise zu sprechen, mich der schwächlichen Sprache des Hasses und der Rachsucht zu bedienen.

Wir müssen urteilen, so wie wir beurteilt werden wollen. Ich habe mich bestrebt, die Ziele Deutschlands in diesem Kriege aus dem Munde ihrer eigenen Wortführer kennen zu lernen, und ihnen gegenüber so offen zu handeln, wie ich wünschte, dass sie mir gegenüber handeln würden. Ich habe unser eigenes Ideal enthüllt, unsere eigenen Ziele, ohne Vorbehalt und in aller Eindeutigkeit und ich habe von ihnen



verlangt, dass sie mir mit derselben Klarheit mitteilen, was sie wollen. Wir unsererseits beabsichtigen weder eine Ungerechtigkeit noch einen Überfall. Wir sind bereit, uns bei der Schlussabrechnung als gerecht gegen das deutsche Volk zu erzeigen, anständig gegen die deutsche Macht zu handeln, gerade so wie gegen alle andern Mächte.

Bei der Fällung des Endurteils kann kein Unterschied zwischen den Völkern statthaben, falls dasselbe wirklich gerecht sein soll. Würden wir Deutschland etwas anderes als eine gleichmässige und leidenschaftslose Gerechtigkeit zu irgendwelchem Zeitpunkt und wie auch der Krieg ausfallen möge, vorschlagen, so würden wir unsere eigene Sache aufgeben und dieselbe entehren; denn wir verlangen nur, was wir selbst zu bewilligen bereit sind.

In diesem Sinne war ich bestrebt, von denen, die im Namen Deutschlands sprachen, zu erfahren, ob die deutschen Gewalthaber die Gerechtigkeit suchen oder im Gegenteil die Alleinherrschaft und die Durchführung ihrer eigenen Absichten bezüglich der andern Nationen der Welt anstrebten. Sie haben in Wendungen geantwortet, die nicht misszuverstehen sind: sie haben zugegeben, dass sie nicht nach der Gerechtigkeit, sondern nach der Alleinherrschaft streben, nach der schrankenlosen Freiheit für die Ausführung ihrer eigenen Absichten.

Dieses Eingeständnis ist uns nicht seitens der Staatsmänner Deutschlands zugegangen; wir haben dasselbe vernommen von seinen militärischen Führern, welche seine wirklichen Herren sind. Seine Staatsmänner haben erklärt, dass sie den Frieden wünschen und dass sie bereit seien, über dessen Bedingungen zu verhandeln, wann ihre Gegner geneigt wären, sich mit ihnen an den Unterhandlungstisch zu setzen. Der derzeitige Reichskanzler hat erklärt — in unbestimmten und zweifelhaften Redewendungen zwar, die sich oft zu widersprechen scheinen, aber mit so viel Klarheit, als er anzuwenden für angezeigt hielt — dass nach seiner Auffassung der Friede auf den selben Grundsätzen aufgebaut werden müsse, von denen wir erklärt haben, dass sie bei der Schlussabrechnung



die unsrigen sein würden. In Brest-Litowsk haben die deutschen Zivil-Vertreter sich ähnlicher Ausdrücke bedient und geäussert, dass sie einen auf der Billigkeit beruhenden Frieden wünschen und dass sie den Völkern, deren Geschicke sie ausgestalten, das freie Bestimmungsrecht über sich selber bewilligen würden. Aber die Tat hat diese Äusserungen begleitet oder ist ihnen sofort gefolgt. Die militärischen Machthaber, die Leute, die für Deutschland handeln und seinen Endzweck in dessen tatsächlicher Wirklichkeit zeigen, haben ganz andere Schlussfolgerungen verkündet. Wir können uns über deren Verfahren in Russland, Finnland, in der Ukraine und in Rumänien nicht täuschen. Ihren Gerechtigkeitssinn und die Ehrlichkeit ihres Spiels sehen wir bereits in ihrer Probe. Und auf Grund dieser Probe können wir alles übrige beurteilen.

Sie feiern gegenwärtig in Russland einen billigen Triumph, einen Triumph, auf den keine andere tapfere und mutige Nation sich lange etwas einbilden würde. Ein grosses Volk, ohnmächtig aus eigener Schuld, ist ihnen zurzeit auf Gnade und Ungnade ergeben. Ihre schönen Erklärungen sind mit dem gleichen Schlag vergessen. Nirgends führen sie die Gerechtigkeit ein, sondern überall zwingen sie ihre Macht auf, beuten alles zu ihrem eigenen Nutzen und zu ihrer Bereicherung aus; die Bevölkerung der eroberten Provinzen wird eingeladen, sich unter ihrer Herrschaft frei zu fühlen.

Sind wir nicht zu der Annahme berechtigt, dass sie dasselbe Treiben auf der Westfront einschlagen würden, wenn sie sich nicht Armeen gegenüber befänden, deren Stärke selbst von ihren unzähligen Divisionen nicht überwunden werden kann? Und wenn sie dereinst ihren endgültigen Misserfolg gewahr werden und wenn sie dann ihre Vorschläge zu günstigen und billigen Friedensbedingungen bezüglich Belgiens, Frankreichs und Italiens vorlegen, werden sie es uns dann verübeln können, wenn wir daraus die Schlussfolgerung ziehen, dass sie dies nur zu dem Zwecke tun, um in Russland und im Osten freie Hand zu gewinnen?

Ihr Ziel ist zweifellos die Unterwerfung aller slavischen



Völker, aller unabhängigen und stolzen Nationen der Balkan-Halbinsel, aller Länder, welche die Türkei beherrscht und tyrannisiert hat: ihr Ziel ist die Aufrichtung eines Gewaltreiches, auf dem sie das Reich des geschäftlichen Gewinnes und der Oberherrschaft des Handels aufzubauen wähnen — ein Reich, das den beiden Amerika ebenso feindlich ist wie dem übrigen Europa, das damit eingeschüchtert werden soll, ein Reich, das in letzter Linie Persien, Indien und die Völker des äussersten Ostens beherrschen soll. In einem solchen Programm kann unser Ideal, das Ideal der Gerechtigkeit, der Menschlichkeit, der Freiheit, das Prinzip des freien Bestimmungsrechts der Völker über sich selbst, nach dem die ganze Welt strebt, keinen Platz finden. Das alles wird von unseren Feinden verworfen zugunsten des Ideals der Gewalt, zugunsten des Grundsatzes, dass der Starke den Schwachen beherrschen soll, dass der Handel der Flagge folgen soll (mag das nun denjenigen, zu denen er kommt, gefallen oder nicht), dass die Völker der Welt der Lehens-Vormundschaft derjenigen unterworfen sein sollen, die die Macht besitzen, ihnen dieselbe aufzuerlegen.

Wenn dieses Programm einmal durchgeführt wäre, dann müssten Amerika und alle Völker, denen am Herzen liegt oder die es wagen, ihm zur Seite zu stehen, sich bewaffnen und sich zur Abwehr gegen die Herrschaft über die Welt vorbereiten, dieser Herrschaft, von der die Rechte aller Menschen, der Frauen, aller Schwachen zurzeit mit Füssen getreten und missachtet wären. Dann müsste der schon hundertjährige Kampf für Recht und Freiheit von neuem begonnen werden. Dann müsste alles, wofür Amerika gelebt, das es geliebt hat, für dessen Verteidigung und ruhmreiche Verwirklichung es sich aufgeschwungen hat, in elende Trümmer zerfallen; alle Türen der Gnade wären der Menschheit von neuem unerbittlich verschlossen. Diese Sache ist töricht, unmöglich. Und doch, zielten nicht alle Schritte, alle Handlungen der deutschen Kräfte darauf ab, wohin sie sich auch immer bewegten? Ich möchte, selbst in diesem Augenblick völliger Enttäuschung kein hartes oder ungerechtes Urteil

fällen. Ich stelle nur das fest, was die deutschen Waffen mit einer unerbittlichen Zielsicherheit in allen schönen Ländern vollführt haben, zu denen sie vorgedrungen sind.

Was wollen wir tun? Ich meinerseits bin stets bereit, auch jetzt noch, über die Bedingungen eines billigen, gerechten, ehrenhaften Friedens zu verhandeln, sobald derselbe aufrichtig angestrebt wird, eines Friedens, in dem der Starke und der Schwache auf dem gleichen Fusse behandelt werden. Als ich jedoch einen solchen Frieden vorschlug, da erfolgte seitens der deutschen Beherrscher Russlands eine Antwort, über deren Sinn ich mich nicht täuschen kann. Ich nehme also diese schroffe Abweisung an, ich weiss, dass Sie dieselbe mit mir annehmen. Die ganze Welt weiss, dass wir sie annehmen.

Wir werden dies im vollständigen Sinne der Opferwilligkeit und der Selbstverleugnung beweisen, mit dem wir alles hingeben, was wir lieben, alles was wir besitzen, um die Welt wohnlich zu gestalten für freie Menschen, wie wir selbst. Das ist der Sinn alles dessen, was wir in Zukunft tun werden. Mitbürger! Möge alles was wir sagen, alles was wir vorschlagen, alles was wir ausführen in Zukunft mit dieser Antwort in Einklang stehen bis die Erhabenheit und die Macht unserer vereinigten Kräfte die Sinnesart des Feindes zu durchdringen und die rohe Gewalt derjenigen völlig niederzuschmettern vermögen, die für das, was wir verehren und lieben, nur Spott und Missachtung haben.

Deutschland hat von neuem erklärt, dass die Kraft und die Kraft allein entscheiden soll, ob die Gerechtigkeit und der Friede unter den Menschen herrschen sollen, ob das Recht, wie Amerika es auffasst, oder die Alleinherrschaft eines einzigen, wie Deutschland dies versteht, die Geschicke der Menschheit leiten sollen.

Uns ist daher nur eine einzige Antwort möglich, und das ist die Gewalt, die Gewalt bis zum Äussersten, ohne Einschränkung, ohne Grenze, die gerechte und siegreiche Gewalt, die das Recht zum Gesetz der Welt erheben und alle selbstsüchtigen Herrschaften in den Staub schmettern wird.



REDE DES PRÄSIDENTEN WILSON

zu New-York am 27. September 1918.

Je mehr die Hoffnung auf den militärischen Sieg steigt, desto fester und bestimmter muss das grosse Menschheitsziel der Verbündeten in diesem Krieg sein.

Dieses Ziel ist nicht etwa dasjenige des einen oder des andern der Verbündeten, dieses oder jenes Staatsmannes. Es wird durch den Charakter des Konflikts selbst bestimmt. Der „Militarismus“, die „autokratische Regierung“, das angebliche „Recht des Stärkeren“, das sind die Feinde, gegen die sich die Menschheit nach und nach erhoben hat.

Mit den Mächten natürlich, die zu Brest-Litowsk und zu Bukarest sich als ehrlos und als Feinde der Gerechtigkeit erwiesen haben, ist keine Verständigung, keine Vereinbarung möglich. Da hilft nur der Sieg. Aber dieser Sieg muss uns dem neuen Regime der unparteiischen Gerechtigkeit, die von der ganzen Welt gefordert wird, näher bringen.

Damit man aber dieses Regime bestimmen und im voraus sichern kann, muss man jetzt schon auf das beste Mittel zu dessen Einsetzung bedacht sein. Die Völker empfinden ein sehr lebhaftes Bedürfnis darnach. Vielleicht haben die Staatsmänner, die noch von den veralteten Ideen über Gebietsverschiebungen und das Spiel der feindlichen Kräfte eingenommen sind, nicht das gleiche Gefühl.

Präsident Wilson erachtet den Zeitpunkt als gekommen, diesen Völkerbund in seinen grossen Zügen zu entwerfen, wenn auch in demselben Streitpunkte gefunden würden. Der Entwurf selber darf weder vor noch nach dem Frieden, sondern muss gleichzeitig mit dessen Schliessung gestaltet werden.

Meine Mitbürger!

Ich bin gekommen, um Gelegenheit zu finden, einige Ideen vorzutragen, die, wie ich vertraue, dazu dienen werden, viel-



leicht in einem vollständigeren Masse als bisher ein lebendiges Bild von den grossen Dingen zu geben, um die es geht, damit Sie mit noch mehr Begeisterung die ernste Pflicht schätzen und auf sich nehmen, die Pflicht, die Regierung mit Mitteln bis zum äussersten Punkte der Opferwilligkeit und Selbstverleugnung zu unterstützen. Kein Mann und keine Frau, die wirklich erfasst hat, was der Krieg bedeutet, kann zögern, alles bis zur äussersten Grenze darzubringen. Es ist heute Abend hier meine Aufgabe, zu versuchen noch einmal die wirkliche Bedeutung des Krieges klarzulegen. Sie bedürfen zweifellos keiner weiteren Anregung und keines weiteren Hinweises auf ihre Pflicht.

An jedem Wendepunkt des Krieges wird es uns von neuem bewusst, was wir zu erreichen beabsichtigen. Wenn unsere Hoffnungen und Erwartungen am meisten gespannt sind, dann denken wir bestimmter als vorher an die Folgen, die vom Kriege abhängen und an das Ziel, das verwirklicht werden muss, denn der Krieg hat positive, wohl definierte Ziele, die nicht wir bestimmt und die auch wir nicht ändern können. Kein Staatsmann und keine Volksvertretung hat sie geschaffen und kein Staatsmann und keine Volksvertretung kann sie abändern. Sie ergaben sich aus der Natur und den Umständen des Krieges von selbst. Das einzige, was die Staatsmänner oder die Volksvertretungen tun können, ist, sie auszuführen oder ihnen untreu zu werden. Sie waren zu Beginn des Krieges vielleicht nicht klar, aber jetzt sind sie klar. Der Krieg dauert mehr als vier Jahre, und die ganze Welt wurde hineingezogen. Der gemeinsame Wille der Menschheit hat sich an die Stelle der einzelnen Ziele der verschiedenen Staaten gedrängt. Einzelne Staatsmänner haben vielleicht den Konflikt heraufbeschworen, aber weder sie noch ihre Gegner können ihm nach ihrem Belieben ein Ende setzen. Der Krieg ist ein Völkerkrieg geworden, Völker aller Arten und Rassen, sowie die verschiedensten Macht- und Vermögensverhältnisse sind in die umstürzende Entwickelung der damit verbundenen Veränderungen und des endgültigen Abschlusses des Krieges verwickelt. Wir sind in den



Krieg eingetreten, als sein Charakter bereits vollständig klar und es allen deutlich war, dass keine Nation abseits stehen oder seinem Ergebnis gleichgültig gegenüber stehen konnte. Die darin liegende Herausforderung war gegen das gerichtet, was wir liebten und wofür wir lebten. Die Stimme des Krieges wurde klar und hat unser Herz ergriffen. Unsere Brüder aus vielen Ländern, wie auch unsere eigenen hingemordeten Mitbürger, die auf dem Grund der See liegen, haben uns zugerufen. Wir haben geantwortet. Die Luft um uns war klar. Wir sahen die Dinge in ihren vollen, überzeugenden Abmessungen wie sie waren, und wir betrachteten sie seither immer ruhigen Blickes und mit unveränderlichem Verständnis. Wir haben die Probleme des Krieges als eine Tatsache und nicht so hingenommen, wie irgendeine Gruppe von Männern hier oder anderswo sie definiert hat, und wir können keinen Abschluss hinnehmen, der dieselben nicht rücksichtslos erfassen und endgültig lösen würde.

Diese Probleme sind folgende: Soll es der Militärmacht irgendeiner Nation oder einer Gruppe von Nationen gestattet sein, über das Schicksal von Völkern zu entscheiden, über die zu herrschen sie kein anderes Recht haben, als das Recht der Gewalt?

Soll es starken Völkern freistehen, schwachen Völkern Unrecht zuzufügen und sie ihren Zwecken und ihren Interessen zu unterwerfen?

Sollen die Völker selbst in ihren eigenen inneren Angelegenheiten von willkürlicher, unverantwortlicher Gewalt beherrscht und regiert werden oder aber nach der Wahl ihres eigenen Willens?

Soll es einen gemeinsamen Massstab für die Rechte und Gerechtsame aller Völker und Nationen geben, oder sollen die Staaten tun, was sie wollen und die Schwachen hilflos Unrecht leiden?

Soll die Behauptung des Rechts der Willkür und einem zufälligen Bündnis von Nationen überlassen werden, oder soll ein gemeinsamer Verband die Beobachtung des gemeinsamen Rechts verbürgen?



Kein einziger Mensch, keine Gruppe von Menschen hat diese Probleme zu den wesentlichsten Problemen des Streites ausgewählt; es sind die ureigenen Probleme des Krieges, und sie dürfen weder durch Verständigung, noch durch Kompromiss, noch durch Interessen-Ausgleich gelöst werden, sondern sie müssen endgültig ein für alle Mal durch volle, unzweideutige Annahme des Grundsatzes, dass die Interessen des Schwächsten ebenso heilig sind wie die Interessen des Stärksten, ihre Lösung finden. Das ist es, was wir meinen, wenn wir von einem dauerhaften Frieden sprechen, wenn wir aufrichtig, mit Verständnis und mit vollem Bewusstsein von der Sache sprechen, um die es sich handelt. Wir sind alle darüber einig, dass kein Friede durch irgendeine Art von Feilschen oder durch einen Vergleich mit den Mittelmächten erlangt werden kann, weil wir schon mit ihnen verhandelt haben und sie mit anderen Regierungen und Teilnehmern an diesem Krieg haben verhandeln sehen, in Brest-Litowsk und in Bukarest. Sie haben uns überzeugt, dass sie ohne Ehre sind, dass sie keine Verträge halten und keine Grundsätze anerkennen, als den der Macht und des eigenen Interesses. Wir können nicht mit ihnen zu „Friedens-Bedingungen" gelangen. Sie haben es unmöglich gemacht. Das deutsche Volk muss sich jetzt völlig klar darüber sein, dass wir das Wort derer, die uns den Krieg aufgezwungen haben, nicht entgegennehmen können. Wir denken nicht dieselben Gedanken, und wir sprechen nicht dieselbe Sprache der Verständigung. Es ist von höchster Wichtigkeit, dass wir ebenso ausdrücklich einig darüber sind, dass kein Friede erlangt werden kann durch irgendeine Art von Kompromiss oder eine Abschwächung der Grundsätze, die wir als die Grundsätze, für die wir kämpfen, ausgesprochen haben. Darüber darf nicht der mindeste Zweifel bestehen. Ich werde mir daher die Freiheit nehmen, mit äusserster Offenheit über die taktischen Verwicklungen zu sprechen, die dabei in Betracht kommen. Wenn es in der Tat und in Wahrheit das gemeinsame Ziel der am Krieg gegen Deutschland beteiligten Regierungen und der von ihnen regierten Nationen ist (wie ich dies wirklich

glaube), durch die zukünftigen Bestimmungen zu einem sichern und dauerhaften Frieden zu gelangen, dann wird es nötig sein, dass alle, die an den Tisch zu Friedensverhandlungen kommen, bereit und willig sind, den Preis zu bezahlen, den einzigen Preis, der einen dauernden Frieden verschaffen wird und dass sie bereit und willig sind, in irgendeiner männlichen Weise das einzige Instrument zu schaffen, durch das sichergestellt werden kann, dass die Friedensabmachungen respektiert und ausgeführt werden. Der Preis ist unparteiische Gerechtigkeit in jedem Punkte der Abmachungen, unbekümmert darum, wessen Interessen dadurch gekreuzt werden, und nicht allein unparteiische Gerechtigkeit, sondern auch Zufriedenstellung der verschiedenen Völker, um deren Schicksal es sich handelt. Dieses unerlässliche Instrument ist ein Völkerbund, geschlossen unter Bedingungen, die ihn wirksam machen. Ohne ein solches Instrument, durch das der Weltfriede verbürgt werden kann, würde der Friede zum Teil auf dem Wort von Gesetzesverächtern beruhen und allein auf diesem Wort, denn Deutschland wird seinen verlorenen Charakter wieder gewinnen müssen, nicht durch das, was an dem Friedenstische geschieht, sondern durch das, was später erfolgt. Und so viel ich sehe, muss die Bildung eines Völkerbundes und eine klare Bestimmung seiner Ziele ein Teil und im gewissen Sinne der wesentlichste Teil des Friedensvertrages selbst sein. Zur Stunde kann er nicht gebildet werden. Würde er jetzt gebildet, so könnte er nur ein neues, auf die gegen den gemeinsamen Feind zusammengeschlossenen Nationen beschränktes Bündnis sein. Es ist auch nicht wahrscheinlich, dass er nach Friedensschluss gebildet werden kann. Es ist notwendig, den Frieden zu verbürgen, und der Friede kann nicht nachträglich verbürgt werden. Der Grund — um mich noch einmal ganz deutlich auszudrücken —, warum er verbürgt werden muss, ist der, dass es Teilnehmer am Frieden geben wird, deren Versprechungen sich als unzuverlässig erwiesen haben. Deshalb müssen im Zusammenhang mit dem Friedensschluss selbst Mittel gefunden werden, um diese Quelle der Unsicherheit zu ver-



stopfen. Es wäre töricht, die Verbürgung des Friedens einer späteren freiwilligen Aktion der Regierungen zu überlassen, die wir Russland haben zerstören und Rumänien betrügen sehen. Aber diese allgemeinen Ausdrücke enthüllen den ganzen Gegenstand nicht. Einige Einzelheiten sind notwendig, um sie weniger als eine These und mehr als ein praktisches Programm klingen zu lassen. Ich spreche von diesen Einzelheiten mit um so grösserem Vertrauen, weil ich sie als autoritative Auslegung der Regierung von ihrer eigenen Pflicht in Sachen des Friedens bezeichnen kann.

Erstens darf die unparteiische Gerechtigkeit, die allen zuteil wird, keine Unterscheidung zwischen denen einschliessen, gegen die wir gerecht zu sein wünschen, und denen, gegen die wir nicht gerecht zu sein wünschen. Es muss eine Gerechtigkeit sein, die keine Begünstigung kennt und keine verschiedenen Massstäbe, sondern gleiche Rechte für die verschiedenen in Betracht kommenden Völker.

Zweitens, kein besonderes oder abgetrenntes Interesse irgendeiner einzelnen Nation oder einer Gruppe von Nationen, das mit dem gemeinsamen Interesse aller unverträglich ist, kann zur Grundlage irgendeines Teiles des Abkommens gemacht werden.

Drittens, es kann in der allgemeinen, gemeinsamen Familie des Völkerbundes keine Verbände, Bündnisse oder besondere Abmachungen und Verständigungen geben.

Viertens, es kann, und das geht mehr aufs einzelne, keine besonderen wirtschaftlichen Kombinationen innerhalb des Bundes geben und keine Anwendung irgendeiner Form eines wirtschaftlichen Boykotts oder Ausschlusses, ausser insofern als die wirtschaftliche Strafbefugnis durch Ausschluss von den Weltmärkten dem Völkerverband gewährt werden darf als ein Mittel der Disziplin und des Zwanges.

Fünftens, alle internationalen Abmachungen und Verträge jeder Art müssen der ganzen übrigen Welt bekannt gegeben werden. Sonderbündnisse und wirtschaftliche Rivalitäten und Feindschaften sind in der modernen Welt eine ergiebige Quelle von Plänen und Leidenschaften geworden, die zum Krieg ge-



führt haben. Es wäre ein unaufrichtiger und unsicherer Friede, der das nicht durch genaue und zwingende Bestimmungen ausschlösse. Das Vertrauen, mit dem ich für unser Volk über diese Dinge zu sprechen wage, entspringt nicht allein den Überlieferungen und den uns wohlbekannten Grundsätzen der internationalen Beziehungen, zu denen wir uns immer bekannt und die wir immer befolgt haben. In demselben Sinne, in dem ich sage, dass die Vereinigten Staaten in keine besonderen Abmachungen und Vereinbarungen mit einzelnen Nationen eingehen, darf ich auch sagen, dass die Vereinigten Staaten bereit sind, ihren vollen Anteil an der Verantwortung für die Aufrechterhaltung der gemeinsamen Abmachungen und Verständigungen zu übernehmen.

Wir lesen immer noch Washingtons unsterbliche Warnung vor „verstrickenden Bündnissen" mit vollem Verständnis und der ihr entsprechenden Absicht. Aber nur besondere und begrenzte Bündnisse verstricken, und wir nehmen und erkennen die Pflicht eines neuen Tages an, an dem uns gestattet wird, auf ein allgemeines Bündnis zu hoffen, das Verstrickungen vermeiden und die Luft der Welt für gemeinsameVerständigungen und für die Aufrechterhaltung des gemeinsamen Rechts klären wird. Ich habe die internationale Lage, die der Krieg geschaffen hat, analysiert, natürlich nicht, weil ich daran gezweifelt hätte, dass die Führer der grossen Nationen und Völker, mit denen wir am Krieg beteiligt sind, derselben Ansicht wären und die gleichen Zwecke verfolgten, sondern weil die Luft immer und immer wieder verdunkelt wird, durch Nebel und grundlose Zweifel böswilliger Verdrehungen und weil es notwendig ist, immer wieder all das unverantwortliche Gerede von Friedensintrigen, sinkender Moral und zweifelhaften Absichten auf seiten der Regierenden völlig, und zwar, wenn nötig, ohne Umschweife wegzuräumen und die Dinge in der möglichst klaren Form auszudrücken, selbst wenn man damit etwas wiederholen würde, was bereits ebenso klar, wenn auch in weniger ungeschminkter Sprache gesagt worden ist. Wie bereits gesagt, weder ich noch ein anderer Mann in regierender Stellung hat Kriegsprobleme geschaffen



oder ihnen ihre Form gegeben. Ich bin lediglich mit soviel Einsicht, als mir zur Verfügung stand, darauf eingegangen. Aber ich habe darauf mit Freude und mit einer Entschlossenheit geantwortet, die um so wärmer und zuversichtlicher wurde, je klarer sich die Kriegsprobleme herausgestalteten. Es ist jetzt klar, dass niemand mehr diese Kriegsprobleme verdrehen kann, wenn er es nicht absichtlich tut. Ich fühle mich verpflichtet, für deren Ziele zu kämpfen und dafür so zu kämpfen, wie die Zeiten und die Umstände sie mir und der ganzen Welt geoffenbart haben. Unsere Begeisterung dafür wird grösser und unwiderstehlicher in dem Masse, in dem sie sich uns in immer lebendigeren und unmissverständlicheren Umrissen darstellen. Die Kräfte, die für sie kämpfen, schliessen sich immer enger aneinander. Sie organisieren ihre Millionen zu einer immer unbesiegbarerern Macht, in demselben Masse, in dem die Kriegsprobleme den Gedanken und den Absichten der beteiligten Völker immer deutlicher werden. Es ist eine Eigentümlichkeit dieses grossen Krieges, dass, während die Staatsmänner allseits nach Definitionen ihrer Ziele geschäftig umhertasteten und manchmal ihren Standpunkt zu verändern schienen, der Gedanke der grossen Masse der Völker, die von den Staatsmännern angeblich belehrt und geleitet werden, mehr und mehr von Schatten befreit und mehr und mehr sich darüber aufklärt, wofür sie kämpfen. Die nationalen Ziele sind mehr in den Hintergrund getreten; das gemeinsame Ziel einer erleuchteten Menschheit hat ihre Stelle eingenommen. Das Urteil schlichter Männer ist auf jeder Seite stets einfacher, zielbewusster und einheitlicher gewesen als das Urteil spitzfindiger Geschäftsleute, die immer noch unter dem Eindruck stehen, dass sie das Spiel zur Macht mit hohem Einsatz spielen. Aus diesem Grunde sagte ich, dass dieser Krieg ein Krieg der Völker und nicht der Staatsmänner ist. Die Staatsmänner müssen dem geklärten allgemeinen Empfinden folgen, oder sie werden zerbrochen werden.

Das ist nach meiner Ansicht die Bedeutung der Tatsache, dass die verschiedenartigsten Versammlungen und Vereini-

gungen schlichter Arbeitsmänner fast jedes Mal, wenn sie zusammentraten, die Forderung aufstellten, wie sie dies noch weiter pflegen, die Leiter ihrer Regierungen sollen ihnen schlicht und deutlich sagen, wonach sie in diesem Krieg eigentlich trachten, und wie sie sich den Inhalt der schliesslichen Abmachungen denken. Sie sind mit dem, was ihnen gesagt wurde, noch nicht zufrieden gewesen. Sie scheinen noch zu fürchten, dass sie die Antwort auf ihre Fragen lediglich in Ausdrücken der Staatskunst erhielten, in Redewendungen über Gebietsverschiebungen und Macht-Zwistigkeiten und nicht in weittragenden Begriffen über Gerechtigkeit, Gnade und Friede, über Befriedigung dieser heissen Begierden, die tief im Herzen der unterdrückten und schmerzzerrissenen Männer und Frauen, sowie der unterjochten Völker tief wurzeln und die ihnen als die einzigen Dinge erscheinen, die der Mühe wert sind, einen weltverschlingenden Krieg durchzukämpfen. Vielleicht haben sie noch nicht überall unmittelbar Antwort auf die an sie gestellten Fragen gegeben, weil sie nicht wussten, wie eindringlich diese Fragen waren und welche Antwort gefordert wurde. Aber ich will gern immer und immer wieder antworten in der Hoffnung, es immer klarer zu machen, dass mein einziger Gedanke ist, diejenigen zu befriedigen, die in Reih und Glied kämpfen, und die vielleicht vor allen andern ein Recht haben auf eine Antwort, deren Sinn niemand missverstehen kann, wenn er überhaupt die Sprache versteht, in der man spricht, oder wenn er jemanden finden kann, der denselben in seine Muttersprache überträgt.

Und ich glaube, dass die Leiter der Regierungen, mit denen wir im Krieg beteiligt sind, ebenso deutlich sprechen werden, wie ich zu sprechen versucht habe, wenn sich ihnen die Gelegenheit dazu bietet. Ich hoffe, dass sie sich frei fühlen werden, zu sagen, ob ich in irgendeinem Grade in meiner Auslegung der Kriegsprobleme oder in meinen Ansichten über die Mittel, durch die ihre befriedigende Lösung erreicht werden kann, mich geirrt habe. Die Einheitlichkeit der Absichten und Entschlüsse ist in diesem Kriege ebenso zwingend notwendig, wie die Einheitlichkeit der Führung auf dem



Schlachtfelde. Aus der vollkommenen Einheitlichkeit der Absichten und Entschlüsse wird auch die Sicherheit eines vollständigen Sieges erfolgen. Sie ist auf keinem anderen Wege zu erreichen, „Friedensoffensiven" können nur dann erfolgreich vereitelt und zum Schweigen gebracht werden, wenn man zeigt, dass jeder Sieg der gegen Deutschland verbundenen Nationen die Völker jener Art von Frieden näher bringt, die aller Welt Sicherheit und Beruhigung schafft, und die Wiederkehr eines solchen Kampfes mitleidloser Gewalten und mitleidlosen Blutvergiessens für immer unmöglich macht. Ein anderes Mittel gibt es nicht. Deutschland deutet fortwährend die Bedingungen an, die es anzunehmen bereit wäre, doch es erfährt immer wieder, dass die Welt keine „Friedensbedingungen" haben will. Sie will den endgültigen Triumph der Gerechtigkeit und des anständigen Handelns.



INHALTSVERZEICHNIS





Präsident Wilson

DER KRIEG * DER FRIEDE

Sammlung der Erklärungen
des Präsidenten
der Vereinigten Staaten von
Amerika über Krieg und Frieden

Vom 20. Dezember 1916 bis zum
27. September 1918

KOMMISSIONS-VERLAG:
ART. INSTITUT ORELL FÜSSLI
ZÜRICH

1918












UNIVERSITY OF ILLINOIS-URBANA
3 0112 055083072